



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die Demokratische Konsolidierung in Griechenland.

**Die Rolle der
Panhellenischen Sozialistischen Partei (PASOK)
nach der Militärdiktatur 1974 in der
Etablierung demokratischer Strukturen.**

Verfasser

Michael Glatz

zur Erlangung des akademischen Grades

Magister der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, Oktober 2008

Studienkennzahl:
Studienrichtung:
Betreuer:

A 300/295
Politikwissenschaft
Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

Ich widme diese Arbeit meiner Mutter Aikaterini, die nie den Zweifel hat aufkommen lassen, dass ich das Studium beende und meinem Vater Bernhard Glatz, der sich dies schweigend mitangetan hat. Ich danke euch, dass ihr nach jahrelangem, zähem Ringen den Glauben an mich nicht verloren habt. Meiner Freundin Miya dafür, mir in Stunden der Unsicherheit Mut gemacht zu haben. Nina und Katharina für euren unermüdlichen Einsatz, mich zum Beenden meines Studiums zu bewegen. Allen meinen Freunden für ihre Unterstützung, ihren Rat und ihr Feedback. Ich möchte mich aufrichtig bei Herrn Dr. Wimmer bedanken, der die Verfassung dieser Arbeit durch seine Betreuung überhaupt erst ermöglicht hat.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	3
Einleitung.....	6
1 Entwicklung des Parteiensystems in Griechenland	11
1.1 Grundzüge der griechischen Politik bis zum Zweiten Weltkrieg.....	11
1.2 Griechenland in der Nachkriegszeit.....	12
1.2.1 Griechenland im Bürgerkrieg 1946-1949	12
1.2.2 Aufbau und Krise der Demokratie 1949-1967	13
2 Die Militärdiktatur	17
2.1 Voraussetzungen für die Militärdiktatur 1967-1974.....	18
2.1.1 Interventionen von Außen	19
2.1.2 Die wirtschaftlichen Voraussetzungen.....	19
2.1.3 Die gesellschaftlichen Voraussetzungen	20
2.1.4 Die Rolle des Militärs.....	20
2.1.5 Gründe des Niederganges der Militärdiktatur	22
3 Zusammenfassung und Erläuterung zum griechischen politischen System bis 1967.....	25
3.1 Wurzeln des griechischen politischen Systems	25
3.2 Anmerkungen zum Klientelismus-/Patronagesystem Griechenlands.....	27
3.3 Zur strukturellen Entwicklung des griechischen politischen Systems.....	32
3.3.1 Das Dilemma der „Ungleichzeitigkeit“	32
4 Anmerkungen zur Rolle der Kirche im griechischen politischen System	35
4.1 Zum Verhältnis von Staat und Kirche vor der Verfassung von 1975.....	36
4.2 Zum Verhältnis von Staat und Kirche nach der Verfassung von 1975	36
5 Theorien zur demokratischen Konsolidierung	38
5.1 Funktionalistische Theorien.....	38
5.2 Transnationale Theorien.....	39
5.3 Genetische Theorien.....	40
5.4 Interaktive Theorien	40
6 Demokratietheorie	43
6.1 Demokratiedefinition in der Konsolidierung.....	43
6.2 Begriffsdefinition in der Konsolidierung.....	44

6.2.1	Bedingungen der Transformation	44
	Assoziations- und Koalitionsfreiheit.....	45
6.2.2	Phasen im Systemwechselprozess	45
6.3	Das Vier-Ebenen-Modell der Demokratisierung	46
6.3.1	Die institutionelle Konsolidierung.....	48
6.3.2	Die repräsentative Konsolidierung.....	49
6.3.2.1	Parteiensysteme	49
6.3.2.2	Verbändewesen	50
6.3.3	Eliten und Zivilgesellschaft	51
6.4	Das Parteiensystem in der demokratischen Konsolidierung.....	53
7	Die demokratische Konsolidierung in Griechenland.....	55
7.1	Konsolidierung des griechischen Parteiensystems.....	55
7.1.1	Die Nea Demokratia (ND).....	56
7.1.2	Die Panhellenische Sozialistische Partei (PASOK)	57
7.1.3	Die Kommunistische Partei (KKE/KKE-ES/Synaspismos)	59
7.2	Der Übergang von der Militärdiktatur zur ersten demokratischen Regierung	61
7.2.1	Die Regierung der „Nationalen Einheit“ unter Konstantinos Karamanlis.....	62
7.2.2	Die Parlamentswahlen 1974 und die Verfassungsrevision	64
7.2.2.1	Republik oder Monarchie? Das Referendum von 1974.....	65
7.3	Die Verfassung von 1975	66
7.3.1	Zur Bedeutung des Präsidenten in der griechischen Verfassung	67
7.3.2	Abschließende Anmerkungen zur Verfassung von 1975	69
7.4	Maßnahmen nach der Konsolidierung der Verfassung.....	69
7.4.1	Zur Entpolitisierung des Militärs	70
7.5	Gewerkschaften und Verbände im Konsolidierungsprozess.....	72
7.5.1	Zum relativen Einfluss der Interessensverbände vor und nach der Diktatur	73
7.5.1.1	Die Gewerkschaften in Griechenland	74
7.5.1.2	Die Industrie- und Wirtschaftsverbände in Griechenland.....	76
7.5.1.3	Die Agrarverbände in Griechenland	76
7.6	Politische Kultur und Gesellschaft nach der Militärdiktatur	78

7.7	Wirtschaftsentwicklung nach der Diktatur.....	79
7.8	Auswertung der Entwicklungen nach 1974.....	81
7.9	Die Parlamentswahlen 1977.....	83
8	Exogene konsolidierende Faktoren der griechischen Demokratie	85
8.1	Wiedereintritt in die NATO.....	85
8.2	Der EG-Beitritt	86
9	Die Wahl von 1981 – das Ende der konservativen Ära	88
10	Die Panhellenische Sozialistische Partei Griechenlands (PASOK) und ihre Bedeutung in der demokratischen Konsolidierung	91
11	Voraussetzungen der PASOK 1974.....	92
12	Die strukturellen Besonderheiten der Gesellschaft und der politischen Kultur Griechenlands.....	94
12.1	Die Vorgeschichte der PASOK – Die Panhellenische Befreiungsbewegung (PAK). 97	
12.2	Die programmatischen Vorstellungen der Partei.....	99
12.3	Die organisatorischen Merkmale der PASOK	101
12.4	Die Wählerschaft der PASOK	104
13	Die PASOK von 1974-1981	107
14	Die PASOK an der Macht 1981-1996.....	110
15	Von der Sozialistischen Partei zur Sozialdemokratie?	115
	Zusammenfassung.....	118
	Abkürzungsverzeichnis.....	125
	Literaturverzeichnis.....	127
	Internetquellen.....	134
	Abstract	135
	English Abstract	137
	Lebenslauf	138

Einleitung

Der Staatsstreich, der 1967 zur Diktatur in Griechenland führte, war das Ergebnis einer Vielzahl an Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Sämtliche Bemühungen der eingesetzten Regierungen nach 1945 liefen vor allem darauf hinaus, das Land vor einer „kommunistischen Bedrohung“ zu bewahren. Dementsprechend wurden jene Entwicklungen in der griechischen Gesellschaft, die zu einem Interessenausgleich hätten führen können, und zu der Möglichkeit, dass die bisher unterdrückte Arbeiterschicht ihre Anliegen und Interessen in Form von Vereinen und/oder Gewerkschaften hätte artikulieren können, im Keim erstickt.

Griechenland war im Zuge des Ost-West Konflikts von Stalin bereits an den Westen „abgegeben“ worden. Die kommunistischen Widerstandszellen, die vorwiegend den organisierten Widerstand gegen die Besatzung der Nationalsozialisten in Griechenland geführt hatten, wurden in der Folge von den Engländern zusammen mit den Kollaborateuren des soeben besiegten nationalsozialistischen Regimes gnadenlos verfolgt und unterdrückt, was zum Bürgerkrieg führte.

Das Land war somit tief gespalten, alle Regierungen ab 1949 wurden vor allem von den rechts-konservativen Parteien gestellt. Ein Regierungswechsel 1964 und die Bündelung gesellschaftspolitischer Veränderungen wurden daher keineswegs von einer radikalen „linken“ Gegenbewegung herbeigeführt, sondern von einer „Zentrums“-Partei der Mitte der sog. „EK“. Das politische System Griechenlands und die demokratische Konsolidierung waren aufgrund dieser Entwicklungen nur bedingt vorhanden. Ein Kennzeichen dessen stellt die Exklusion großer Teile der Bevölkerung von politischen Entscheidungsfindungsprozessen dar. Zu diesem Zeitpunkt ist Griechenland keineswegs industriell weit entwickelt. Die Wirtschaft ist zum Großteil landwirtschaftlich geprägt. In diesem Sinne wäre Griechenland in der Zeit von 1949–1967 als „*defective democracy*“ zu bezeichnen.

Die Diktatur selbst wurde von großen Teilen der Bevölkerung nicht unterstützt. Aus diesem Grund musste sie auf ein System der Repression, Unterdrückung und Angst zurückgreifen, um sich an der Macht zu halten. Auch ist ihre Akzeptanz innerhalb Europas nicht mehr vorhanden, da autoritäre Regime nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs mehr als „Lösung demokratischer Instabilitäten“ gesehen wurden.

The close interdependence of economies together with the special integrative framework of the European Community, as well as the existence across western Europe of very or fairly stable liberal democracies are factors which have had an important influence on the transition to democracy in Spain, Greece and Portugal[...] (Diamandouros N. P., 1984, S. 22)

Die Demokratiekonsolidierung in Griechenland war durch die Person K. Karamanlis geprägt, der bereits vor der Militärdiktatur von 1955-1963 mit der von ihm gegründeten konservativen Partei ER, die Regierung stellte. Er war nach der Diktatur jene Person, die es geschafft hat, sowohl rechte als auch linke Interessen zu bündeln. Dies beruht meiner Einschätzung nach vor allem auf zwei Gründen. Einerseits war er definitiv frei von jedem „kommunistischen Einfluss“ und konnte somit auch gegenüber dem Militär als Führungsperson akzeptiert werden. Andererseits war zu der Zeit, aufgrund der besonderen Situation des griechischen politischen Systems, keinerlei ernst zu nehmende Konkurrenz vorhanden.

Man führe sich in Erinnerung dass, die Rechte in Griechenland bis zu ihrer Abwahl 1981, ununterbrochen 46 Jahre an der Macht war. Die PASOK steckte noch in den Kinderschuhen, die Kommunistische Partei trat zum ersten Mal in ihrer Geschichte zur Wahl an. Dementsprechend wurde Karamanlis bei den Parlamentswahlen am 17. November 1974 mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet.

Dennoch ist der Aufstieg und die Etablierung der PASOK unter Andreas Papandreou als „Kennzahl“ demokratischer Konsolidierung zu betrachten. Dies hat vor allem zwei Gründe: zum einen, je stärker organisiert und vernetzt die Parteienstruktur der PASOK wurde, desto mehr Wählerstimmen konnte sie akkumulieren, und sich gleichzeitig als „Gegengewicht“ zum rechtskonservativen *Status Quo* etablieren. Zum anderen ist der Sieg der PASOK selbst, sieben Jahre nach ihrer Gründung ein Kennzeichen dafür, dass demokratische Prozesse in Griechenland vollzogen werden und Machtwechsel durchgeführt werden können.

Das Konzept einer „funktionierenden“ Demokratie ist grundsätzlich schwierig zu definieren, da je nach Bedarf Komponenten und Kriterien angeführt oder auch nicht berücksichtigt werden können. Des Weiteren kann meiner Meinung nach nur ungenügend ein Raster allgemein gültiger Regeln und Normen für funktionierende Demokratien aufgestellt werden, da regionale Besonderheiten, geschichtliche Entwicklungen und Traditionen zumeist nicht

berücksichtigt werden. Auch sämtliche Diskussionen zu demokratischen Begrifflichkeiten leiden an genau diesem Symptom. Wenn wir über die Demokratiekonsolidierung Griechenlands sprechen, so werden wir schon sehr früh auf ein sehr stark ausgeprägtes System „bürokratischen Klientelismus“ treffen (Lyrintzis, 1984, S. 99-116). Interessant dabei ist, dass dieses System eine Kontinuität aus der jüngeren, griechischen Geschichte darstellt (Korisis, 1980, S. 207-212), (Axt, 1985, S. 19, 30-40). In der Diskussion um die Stabilität und die Konsolidierung demokratischer Systeme werden jedoch derart ausgeprägte Patronagesysteme als durchwegs negativ, bzw. negativen Einfluss ausübend, klassifiziert.

Die Diskussion um die demokratische Klassifizierung Griechenlands und das Zeichnen eines Pakets an „Mindestanforderungen“ wird in der Folge einen weiteren Mittelpunkt dieser Arbeit bilden, sodass entsprechende Tendenzen der Konsolidierung aufgezeigt werden können. Im Speziellen wird dabei die Rolle der Parteien in der Konsolidierung hinterfragt. Die Rolle der PASOK ist dabei in zweifacher Weise von Interesse. Einerseits leitete sie mit ihrem Wahlsieg 1981 den zweiten Umbruch im griechischen politischen System ein, und führte den gesellschaftlichen Wandel zu Ende, der von den Obristen¹ und ihrer Diktatur, mit dem Sturz der Demokratie 1967, abrupt zum Stillstand gebracht worden war. Dabei stellt sich die Frage, wie demokratisch war das politische System in der Zeit davor? Andererseits spielte die PASOK in der Frage der Konsolidierung eine wichtigere Rolle, als ihr in der bisherigen Diskussion eingeräumt wurde. Sie hat über ihre eigene Verankerung im jungen demokratischen, politischen System und ihren daraus resultierenden Erfolg immanent zur Etablierung der Demokratie in Griechenland beigetragen. Dabei stellt sich die klassische Frage nach Ei und Henne und was zuerst da war. Hat der Erfolg der PASOK zur demokratischen Konsolidierung beigetragen oder die Konsolidierung den Erfolg der PASOK?

Ich habe bereits angesprochen, dass als Indikator zur Konsolidierung demokratischer Systeme „Mindestanforderungen“ herangezogen werden. In der demokratischen Konsolidierung Griechenlands haben vor allem traditionelle politische Entwicklungen eine nachhaltige Rolle gespielt, bis zu dem Zeitpunkt der Machtübergabe der Obristen an die „Regierung der nationalen Einheit“ 1974. Aus diesem Grund habe ich meine Arbeit wie folgt aufgebaut.

¹ Die Militärdiktatur in Griechenland von 1967-1974 ist auch bekannt unter dem Namen das „Regime der Obristen“.

Die historischen Entwicklungen des griechischen politischen Systems werden bis zur Übernahme der Macht durch die Militärdiktatur kurz skizziert. Hierbei erhebe ich nicht den Anspruch auf eine historisch umfassende Dokumentation der jüngeren griechischen Geschichte, da dies den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Allerdings sind die Ursachen jener Prozesse, die zur Militärdiktatur und zur spezifischen Form der demokratischen Konsolidierung in Griechenland geführt haben, dort zu suchen.

Danach möchte ich kurz die Theorien, die in der Konsolidierungsforschung verwendet werden, um ein politisches System und das „demokratische Stadium“, in dem es sich im Konsolidierungsprozess befindet, zu bewerten. Hier versuche ich dennoch auch eine Demokratiedefinition, die in der weiteren Folge Anwendung in der Analyse der Abläufe, die im Konsolidierungsprozess stattgefunden haben, findet. Dazu möchte ich anhand des „4-Ebenen-Modells“ von Wolfgang Merkel jene Prozesse herausstreichen, die zur Etablierung der Demokratie in Griechenland geführt haben. Dieses Modell findet im Rahmen der Vorgänge nach dem Fall der Militärdiktatur ab 1974 Anwendung, weshalb ich den theoretischen Exkurs an dieser Stelle als notwendig erachte.

Insgesamt orientiert sich die gesamte Arbeit an folgenden Leitfragen:

Welche Rolle spielen die historischen und nationalen Besonderheiten in Griechenland?

Welche Entwicklungen haben zur Militärdiktatur geführt?

Welche Rolle spielten die politischen Parteien und im Besonderen die PASOK im Konsolidierungsprozess ab 1974?

Wie ist die Rolle der Zivilgesellschaft in der demokratischen Konsolidierung zu beurteilen?

Wieso war der Konsolidierungsprozess nach 1974 erfolgreich?

Welche Bedeutung hatte die Parlamentswahl 1981 für das griechische politische System?

Inwiefern wirkte sich internationale Einflussnahme stabilisierend/oder behindernd auf das politische System aus?

Lesehinweise:

Zur Vereinfachung des Leseflusses wird im Verlauf dieser Arbeit für personenbezogene Substantive die männliche Form verwendet. Diese Schreibweise schließt beide Geschlechter

mit ein und bedeutet keine Wertung. Des Weiteren sind alle Übersetzungen aus dem Griechischen, so nicht anders gekennzeichnet, von mir.

1 Entwicklung des Parteiensystems in Griechenland

1.1 Grundzüge der griechischen Politik bis zum Zweiten Weltkrieg

Um das politische System in Griechenland zu verstehen, ist es unumgänglich sich die Entstehungsgeschichte anzusehen. Auf diese Weise ist das heute sehr stark ausgeprägte „hinkende Zwei-Parteien-System“² (Nea Demokratia, PASOK und Kommunisten) zu verstehen, aber auch das vorherrschende Patronage-/Klientelsystem, das sich aus den durch die osmanische Herrschaft geprägten politischen, gesellschaftlichen und sozioökonomischen Strukturen entwickelt hat, ist so zu erklären (Katsoulis, 1981, S. 207-209).

Griechenland konnte sich erst 1828 aus der über 400-jährigen türkischen Herrschaft befreien. Nach einer Zeit der Präsidialdemokratie (1821-1831) entstand eine absolutistische Monarchie, die 1861 nach einem unblutigen Aufstand in eine konstitutionelle Monarchie geändert werden musste. Im 20. Jahrhundert ist die Parteienlandschaft vor allem von zwei großen, rivalisierenden Blöcken geprägt: der royalistischen „Volkspartei“, gleichzeitig die älteste der griechischen Parteien, und der republikanischen „Liberalen Partei“. Die Konflikt- und Unterscheidungslinie zwischen den beiden zog sich vor allem entlang der Stellung zur Frage der Monarchie aber auch zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen.

Repräsentierte die „Volkspartei“ die Machtzentren rund um den Königshof (Großgrundbesitzer, Großkaufleute ...), die in der Person des Monarchen die Integrationsfigur sahen und die auch breite Schichten der Bauern anziehen konnte, so war es die „Liberalen Partei“, die vor allem das aufkommende Bürgertum in den Städten ansprechen und aktivieren konnte. Diese stand in direktem Konflikt mit der Monarchie, da die Aufrechterhaltung der Macht der herrschenden halbfeudalen Klasse, sowohl der Industriellen Revolution, als auch der von ihnen geforderten „Landreform“ im Wege waren.

Im Jahre 1924 wurde die erste Republik ausgerufen, die bis 1935 andauerte. In dieser Zeit wurden viele soziale Errungenschaften umgesetzt. Der Acht-Stunden-Tag, ärztliche Versorgung, die Landreform, soziale Versicherung u.v.m. wurden in dieser Zeit gesetzlich verankert. Auf diese Weise war es auch möglich gewesen einen Großteil der Not zu lindern, die durch die Niederlage der griechischen Armee in Kleinasien ausgelöst worden war und die

² Als „hinkendes Zweiparteiensystem“ wird die Dominanz zweier, annähernd gleicher Parteien in einem politischen System bezeichnet.

Umsiedlung von über 1,5 Mio. griechischen Flüchtlingen zur Folge hatte. In dieser Zeit manifestierte sich als dritte politische Kraft die Kommunistische Partei Griechenlands (KPG) deren Stimmenanteil 1935 bei 9,6% lag.

1935 gewann die konservative „Volkspartei“ wieder die Wahlen und setzte die Monarchie wieder ein. Um den daraus resultierenden Unruhen beizukommen wurde eine „konservative Königsdiktatur“ mit faschistischen Zügen unter dem Hitler-Verehrer General Metaxas errichtet (Katsoulis, 1981, S. 215-222). 1941 verlor das Land durch die Besetzung durch die deutsche Wehrmacht seine Souveränität. Die Zeit des Widerstandes gegen die deutsche Besatzung ist gleichzeitig auch die Zeit des Aufstiegs der Kommunistischen Partei, da diese der Hauptträger eben dieses bewaffneten Widerstandes war. Deren Hauptorganisationen waren die (Nationale Befreiungsfront) EAM und die (Nationale Volksbefreiungsarmee) ELAS, die von der Kommunistischen Partei (KKE) dirigiert wurden (Korisis, 1980, S. 212).

1.2 Griechenland in der Nachkriegszeit

Nachfolgend werden die Entwicklungen in Griechenland direkt nach dem Zweiten Weltkrieg skizziert. Diese sind wichtig um den Einfluss auf politische Entscheidungen bis in die Zeit nach der Militärdiktatur zu dokumentieren und um die tiefe Spaltung, die sich zu dieser Zeit durch die Gesellschaft zieht und den Katalysator darstellt, der die Militärdiktatur 1967 auslöst, zu verstehen.

1.2.1 Griechenland im Bürgerkrieg 1946-1949

Gemäß der Absprache der Großmächte im Oktober 1944 von Jalta wurde Griechenland dem westlichen Einfluss überantwortet. Allerdings leitete dies gleichzeitig auch die erste Phase des griechischen Bürgerkriegs ein. Die britischen Truppen verfolgten, nach Unruhen in Athen, zusammen mit den zuvor mit der deutschen Wehrmacht zusammenarbeitenden Kollaborateuren, die von den Kommunisten angeführte ELAS. 1946 kommt es zum Friedensvertrag von Varkiza, der wiederum die ersten Parlamentswahlen ermöglicht. Diese finden ohne die EAM und ohne die Kommunisten statt und hatten einen absoluten Sieg der königsfreundlichen Kräfte, insbesondere des konservativen Verbundes „Ηνωμένη Παράταξη Εθνικοφρόνων - Vereintes Bündnis der Nationalgesinnten“, welcher die erste Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg stellte. Dieser ließ am 1.9.1946 eine Volksabstimmung

durchführen, die die erneute Einführung der konstitutionellen Monarchie und somit die Rückkehr König Georgs II. ermöglichte. Allerdings darf eines nicht übersehen werden: Die griechische Politik wird in der Nachkriegszeit maßgeblich von Großbritannien, gesteuert. Ab 1946 sind es dann die USA deren bestimmender Einfluss auf die Innenpolitik Griechenlands bis in die Gegenwart reicht.

Der nachfolgende Bürgerkrieg sollte drei weitere Jahre, von 1947–1949, dauern. Dem griechischen Heer gelang es schließlich mit amerikanischer Unterstützung die kommunistischen Truppen zu schlagen. Die Bilanz ist ernüchternd: 160.000 Todesopfer und weitere 100.000 Flüchtlinge, die ihr Heil in den nördlichen vornehmlich kommunistischen Nachbarstaaten suchten. Der wirtschaftliche Schaden selbst beläuft sich auf über 1 Mrd. Dollar (Wert von 1948) (Korisis, 1980, S. 213). Griechenland war „im Sinne“ der Truman Doktrin „gelöst“ worden. Der Einfluss der „Schutzmacht“ USA bleibt sollte bis zur Gegenwart erhalten bleiben.

Die zwei bewaffneten Konflikte mit den Kommunisten 1944 und anschließend von 1947 bis 1949 sollten in der Folge eine über 20-jährige „Hexenjagd“ gegen Sozialisten/Kommunisten beginnen, und prägend für die neuere griechische Geschichte sein. Eine Befriedung der griechischen Gesellschaft war somit nicht in Sicht. Es kam in der Folge immer wieder zu Terror- u. Willkürakten von beiden Seiten. Freiheitsbeschränkungen, polizeiliche Übergriffe, und die einsetzende Verselbstständigung von Polizei und Militär erschütterten die Rechtsordnung Griechenlands. Durch den politischen Ausschluss der Kommunisten und der Linken konnte sich keine stabile parlamentarische Demokratie entwickeln.

1.2.2 Aufbau und Krise der Demokratie 1949-1967

Das politische Leben in Griechenland war geprägt durch den Ausnahmezustand, der auch noch lange nach dem Bürgerkrieg beibehalten worden war. Die griechischen Parteien waren zu diesem Zeitpunkt vor allem Honoratioren- und Klientelparteien, ohne festes Programm und ohne organisierte Anhängerschaft. Die „liberalen“ Parteien, die die Vorherrschaft der Rechten von 1950-1952 unterbrechen und die Regierung stellen konnten, scheiterten in ihrem Versuch, die tiefe Kluft, die der Bürgerkrieg in Griechenland hinterlassen hatte, durch eine Generalamnestie zu überwinden. Jedoch sind dabei auch einige weitere Faktoren zu berücksichtigen (Katsoulis, 1981, S. 216). Es war vor allem der Kalte Krieg und die neue

„Schutzmacht“ USA die sämtliche Versuche in Griechenland Regierungen an die Macht kommen zu lassen, die eine Zusammenarbeit mit den Linken ermöglichen konnten, im Keim erstickten, die royalistische Rechte unterstützten und so deren Wahlsieg 1952 ermöglichten.

Aber auch das in der Zeit bis 1952 praktizierte Verhältniswahlrecht förderte die Parteienzersplitterung und erschwerte Regierungsbildungen. Da es jedoch der liberalen Partei ermöglicht hatte, die Mehrheit zu erlangen wurde es 1952 auf Druck der USA zugunsten eines Mehrheitswahlrechts geändert, das die konservativen Parteien unterstützte. Die Neuorganisation des rechten Zentrums war dem früheren Feldmarshall Papagos, der erfolgreich gegen die Italiener und 1949 gegen die Kommunisten gekämpft hatte, zu verdanken, dessen („Hellenische Sammlung“) „ES“ einen überragenden Wahlsieg einfuhr. Diese stabile Parlamentsmehrheit als auch die starke Persönlichkeit Papagos ermöglichten in Griechenland einen sozialen wie auch gesellschaftlichen Aufschwung, sowie auch den Wiederaufbau Griechenlands nach dem Zweiten Weltkrieg und dem nachfolgenden Bürgerkrieg.

Es war wiederum der König, der nach dem Tod Papagos dem bis dahin relativ jungen und unbekannten Konstantinos Karamanlis den Auftrag zur Regierungsbildung überantwortete. Dieser gründete die Nationale Radikale Union (ERE), um sich aus dem Schatten seines Vorgängers zu lösen und der sich fast alle Abgeordneten der ES anschlossen. Somit war Karamanlis nicht mehr nur durch den König ins Amt berufen wurde, sondern auch tatsächlich unumstrittener Parteiführer (Lyrintzis, 1984, S. 100).

Zwar erreichten die in einer Koalition zusammengeschlossenen Oppositionsparteien (DE) bei der Wahl die meisten Stimmen(48,2%), das gemischte Wahlrecht erlaubte ihnen jedoch nur 132 Sitze (vgl. ERE 165 Sitze für 47% der Stimmen) (Voigt, 1980, S. 669). Nachdem sich der Wahlverbund der Oppositionsparteien auflöste, gelang es Karamanlis in den nachfolgenden Wahlen 1958 und 1961 wiederum überlegen die Mehrheit zu erzielen. Bei den Linken war ein Führungsstreit zugange, der schließlich durch den Tod von Sophokles Venizelos „gelöst“ wurde, und eine Neuorientierung ermöglichte. Georgios Papandreou gründete die Zentrumsunion (EK), der in der Folge die Zusammenfassung der Kräfte der politischen Mitte und der Mitte Links Gruppierungen, einschließlich der Liberalen gelang.

Bis zum Beginn der 60er Jahre war die politische Tätigkeit der in Griechenland für Demokraten, Republikaner und Kommunisten erheblich erschwert – man konnte auch von einer „Polizeidemokratie“ sprechen. Die konservative ERE erhielt bei den Wahlen 50,8% der Stimmen, allerdings wurde die Regierung unter Mithilfe von Polizei, Militär und Geheimdienst, aber auch Mitgliedern des Königshauses, des Wahlbetrugs bezichtigt. Die Ermordung des linken Abgeordneten Lambrakis bei einer Kundgebung in Thessaloniki heizte das an sich schon gespannte Klima zusätzlich an.

Das Bündnis politische Rechte – Königshaus – USA war somit in Schwierigkeiten, da es den Konservativen vor allem nicht gelungen war, das Land aus den politischen und ökonomischen Schwierigkeiten herauszuführen. Mit dem Amtsantritt J. F. Kennedys' als Präsident der USA kommt es zu einem kurzfristigen Wechsel in der Außenpolitik der USA und die amerikanische Botschaft initiierte Verhandlungen unter den liberalen Führern, die zur Gründung der Zentrumsunion (EK) unter Papandreou führten. Gleichzeitig erfolgte durch den persönlichen Konflikt zwischen Karamanlis und dem Königshaus der Bruch mit demselben, nachdem sich der König vermehrt ohne Absprache mit „seinem“ Ministerpräsidenten in verschiedenen innen- wie außenpolitischen Fragen zu profilieren und seine eigene unabhängige Position in der griechischen Politik suchte. Karamanlis verlor diesen Machtkampf und zog sich Ende 1963 aus der Politik zurück. Bei den Wahlen im November 1963 ging die Zentrumsunion (EK) Georgios Papandreous mit 42% der Stimmen als stärkste Partei hervor, und Karamanlis ins selbst gewählte Exil aus dem er erst 1974 wieder zurückkehren sollte.

Im Februar 1964 wurden abermals Parlamentswahlen abgehalten. Mit demselben Ergebnis – die Regierung Papandreou wurde bestätigt und blieb etwas mehr als ein Jahr an der Macht. In dieser Zeit schaffte die EK eine radikale Bildungsreform, und durch die Anhebung der Einkünfte der unteren Schichten eine Abschwächung der sozialen Unterschiede zu erzielen. Auch bewirkte die Stärkung der Massenkaufkraft eine Belebung der griechischen Konsumgüterindustrie. Allerdings scheiterte Papandreou an einer nachhaltigen Konsolidierung der Demokratie (Korisis & Lepszy, 1991, S. 217-219). Es war wiederum das Königshaus, nunmehr in der Person Konstantin II., der nach dem Tod König Pauls die Geschäfte übernahm und einen Machtkampf provozierte, indem er, als Papandreou das Verteidigungsministerium übernehmen und den königstreuen bisherigen

Verteidigungsminister ersetzen wollte, diesem vorwarf staatsschädigend zu agieren und ihm selbiges verwehrte. 1965 trat Papandreou zurück und der König spaltete die Regierungspartei indem er Abgeordneten der EK hohe Summen und Ministerposten bot, um sich seiner „Renegatenregierung“ anzuschließen, die auch von der ERE, unter Missachtung des Parlaments, unterstützt wurde, da diese auf diese Weise eine Rückkehr Papandreous verhindern wollten. Die Krise dauerte bis 1967 und bevor die Parlamentswahlen am 28. April 1967 stattfinden konnten, putschte eine Gruppe von Militäroffizieren und errichtete eine Militärdiktatur, die bis 1974 an der Macht blieb.

Der Wahlsieg Georgios Papandreou 1964 wäre eine Chance gewesen die Demokratie durch die „Entfernung“ demokratiefeindlicher Armeeeoffiziere und Beamten zu stabilisieren. Allerdings verabsäumte er dies, da er dem Westen keinen Anlass zum Misstrauen geben wollte (Katsoulis, 1981, S. 216). Das Militär wird zu diesem Zeitpunkt im Zusammenhang mit der Aufdeckung der sogenannten „Aspida“ – Verschwörung ins Spiel gebracht. Dabei werden 28 linksgerichtete missliebige Armeeeoffiziere vor Gericht gestellt und 15 verurteilt, im Rahmen einer Verschwörung die Armee unter ihre Kontrolle bekommen, und die Monarchie abschaffen zu wollen. 1967 erfolgte der Staatsstreich durch Giorgios Papadopoulos um die Nation vor der „kommunistischen Übernahme“ zu retten. Der König sieht in der drohenden Militärdiktatur das kleinere Übel und unterstützt diese (Tzermias, 1999, S. 194).

2 Die Militärdiktatur

Der Putsch am 21. 4 1967 einer Gruppe von mittleren Offizieren, folgte auf eine Reihe von gewaltigen Massendemonstrationen, die nach der Entlassung Papandreuos stattfanden, und den König zwangen, Neuwahlen festzusetzen. Der abzusehende Sieg Papandreuos' und der Druck der Massen hätten eine Verschiebung der Machtverhältnisse und eine radikalere Politik gegen die herrschenden Interessen zur Folge gehabt. Während der Zeit der Diktatur waren alle politischen Parteien verboten, wobei sich die innenpolitische Repression nach dem verunglückten Gegenputsch des Königs 1967 in Thessaloniki noch verschärfte. Trotz der großen programmatischen, wie auch ideologischen Unterschiede zwischen der Zentrumsunion (EK) und den rechts-konservativen Parteien, vor allem der ERE, blieb deren Kollaboration mit dem Regime der Obristen in Griechenland, auf Einzelfälle beschränkt. Das Gegenteil war der Fall, führende ERE-Politiker leisteten aktiv Widerstand (z.B. G. Rallis, E. Averoff), was nach dem Fall der Diktatur auch den politischen Neuanfang der Konservativen unter neuem Namen erleichtern sollte.

Grundsätzlich war die Unterstützung der griechischen Militärjunta in der griechischen Gesellschaft keine große, nachdem die Koalition des anti-kommunistischen Blocks zerbrach, der, bestehend aus Militär, Königshof und parlamentarischen Rechten, die bisherige Grundlage der Dominanz der griechischen Rechten gebildet hatte. Der Putsch sollte sowohl politische und soziale Veränderungen verhindern, er sollte aber vor allem auch die Vormachtstellung des Militärs festigen. Allerdings war dieser nur von einem Teil des Militärs (ohne Marine und Luftwaffe) durchgeführt worden, und auch das Königshaus distanzierte sich schließlich spät aber doch von der Diktatur.³

Auch fand der griechische Militärputsch in einem internationalen Klima großer Skepsis gegenüber autoritären Regimen statt, gerade in Europa hatten autoritäre Regierungsformen seit dem Faschismus und Nationalsozialismus keinen guten Ruf mehr (Diamandouros N. P., 1991, S. 128-164). Um sich an der Macht zu halten, musste die Militärdiktatur jedoch die bisherigen Machtzentren und das gängige Klientel- /Patronagesystem zerstören und durch eigene loyale Netzwerke ersetzen. Trotz verschiedenster Willkürmaßnahmen und einer weitreichenden Pressezensur gab es immer stärker werdenden Widerstand, vor allem von

³ siehe auch Gegenputsch 1967

studentischer Seite aber auch anderen gesellschaftlichen Eliten. Die große Zahl der politischen Häftlinge hatte mehrere Gründe: sämtliche politischen Parteien und gewerkschaftlichen Organisationen zu schwächen, die Bevölkerung einzuschüchtern und Gehorsam zu erzwingen und nicht zuletzt auch über „Geiseln“ zu verfügen.

Die starke gesellschaftliche Repression hatte jedoch vor allem eine Folge: die Diktatur richtete sich in ihrer Politik des übersteigerten Nationalbewusstseins und des übertriebenen Nationalstolzes gegen alle gesellschaftlichen Schichten gleichzeitig. Dass sie dabei keinen Unterschied zwischen Rechten, Liberalen und Kommunisten machte, führte ironischerweise genau zu der Einigung, die in der griechischen Politik seit beinahe 200 Jahren nicht möglich gewesen war, und die die Diktatur eigentlich zu verhindern suchte. Nach dem Motto: „Nichts eint mehr als der gemeinsame Außenfeind“ konnte sie zum einen die Einigung zwischen den Eliten und Massen nicht verhindern, im Gegenteil, sie spielte in deren gemeinsamen Widerstand eine katalytische Rolle. Zum anderen ist ihre schwache administrative wie auch gesellschaftliche Verwurzelung am nicht vorhandenen Krisenmanagement zu beobachten. Die erneute Mobilisierung der Zivilgesellschaft, die 1967 mit dem Putsch bereits einmal unterdrückt wurde, und mit dem Aufstand der Studenten des Athener „Polytechnikums“, bei dem es in der Folge zu einem militärinternen Staatsstreich kam, wobei die Hardliner danach noch sieben Monate weiterregierten, erneut ihren Ausdruck fand, konnte dieses Mal nur mehr nach hinten verschoben werden. Schließlich scheiterte die Diktatur am eigenen Vorgehen im Zypern-Konflikt.

Ich möchte nun genauer auf die Voraussetzungen eingehen, die die Militärdiktatur ermöglicht haben. Dies ist für eine Behandlung der Konsolidierungsprozesse, die nach dem Ende der Diktatur 1974 folgen sollten, meiner Meinung nach unentbehrlich. Wie bereits mehrfach angesprochen, befand sich Griechenland 1967 an einem gesellschaftlichen Wendepunkt. Die rechte Vorherrschaft, die bis dahin Griechenland fest in der Hand hatte, war dabei ihre Macht an eine erstarkende, selbstbewusstere Gesellschaft, zu verlieren.

2.1 Voraussetzungen für die Militärdiktatur 1967-1974

Den Übergang von der Militärdiktatur zur Demokratie unabhängig von den historischen Entwicklungen Griechenlands zu betrachten, würde nicht genügen, stellt doch die Systemtransformation der 70er Jahre nur den vorläufigen Endpunkt eines langwierigen und

durchwegs schwierigen Demokratisierungsprozesses dar. Wie bereits im vorangegangenen Kapitel skizziert, zeichnet sich das griechische politische System durch eine, auch historisch bedingte, hohe Instabilität aus. Die Diktatur von 1967 war das Resultat eines Kreislaufs von „[...]sich gegenseitig bedingenden und verstärkenden Defiziten“ (Spengler, 1995, S. 59). Kennzeichen dessen waren der Konflikt zwischen Krone und Republikanern, dysfunktionale Institutionen, sowie das verzerrte Demokratieverständnis einer traditionsgebundenen Gesellschaft. Hervorzuheben ist dabei die Gewohnheit des Militärs, sich als Hüter der Verfassung zu sehen, und permanent bei Entscheidungen der politischen Machthaber zu intervenieren. Auch die Strukturschwächen der Wirtschaft und die bereits mehrfach genannte Abhängigkeit und Interventionspolitik durch Schutzmächte verstärkten diese negative Spirale.

2.1.1 Interventionen von Außen

Seit der Unabhängigkeit Griechenlands vom Osmanischen Reich 1821 versuchten die europäischen Großmächte durch wiederholte Eingriffe in die innenpolitischen Auseinandersetzungen des Staates ihre eigenen ökonomischen, wie auch strategischen Interessen durchzusetzen. Bereits 1829 wurden ohne Rücksicht auf griechische Struktur und Tradition dem Land eine Erbmonarchie aufoktroziert, Rechtsnormen, Partei- und Verwaltungssystem bestimmt. Durch das Ignorieren der soziopolitischen Gegebenheiten wurde eine schrittweise Anpassung an die immanenten sozialen und wissenschaftlichen Veränderungen unmöglich gemacht. Die Idee eines „großgriechischen Reiches“ (μεγάλη ιδέα = „große Idee“) wurde nach der „Kleinasiatischen Katastrophe“ 1922 fallen gelassen. Allerdings bestand Athen auf eine Wiedervereinigung (Enosis = ενώσεις) mit Zypern, mit der Begründung, dass 80% der zypriotischen Bevölkerung griechischer Abstammung seien. Die Türkei hingegen beharrte auf der Unabhängigkeit oder einer Teilung der Insel, sollte die Autonomie nicht gewährleistet werden können. Die Auseinandersetzungen sollten schließlich zum Niedergang der Diktatur und dem Einmarsch der Türken auf Zypern 1974 führen.

2.1.2 Die wirtschaftlichen Voraussetzungen

Der Übergang von einer vorkapitalistischen Subsistenz- zu einer industriellen Marktwirtschaft in den 50er Jahren, führten das Land in eine immer stärkere Export-, Kredit-,

und Investitionsabhängigkeit. Verfassungs-, wirtschafts-, und außenpolitische Schwächen waren die Ursachen für eine sehr hohe Systeminstabilität. Das griechische Parteiensystem war geprägt von heterogenen und an charismatischen Führern ausgerichteten Honoratiorenparteien, die sich zusätzlich kaum voneinander unterschieden. Diese Parteien bestellten ein fragmentiertes, arbeitsunfähiges Parlament, das wiederum die Basis für instabile Regierungskoalitionen lieferte. Permanente politische Instabilität wiederum, hat häufig den Ruf nach einem „starken Mann“ und eine militärische „Lösung“ zur Folge.

2.1.3 Die gesellschaftlichen Voraussetzungen

Das griechische Sozialgefüge bestand zum Großteil aus einer stagnierenden Agrarschicht, die sich noch mal in eine breite bäuerliche Unterschicht, und eine kleine Oberschicht der Finanz- und Handelsbourgeoisie unterteilte. Industrielles Besitzbürgertum sowie liberale Mittelschicht waren sehr schwach ausgeprägt oder kaum vorhanden. Die Industriearbeiterschaft war wenig konzentriert und die Voraussetzungen für die Herausbildung stringent strukturierter sowie kohärenter Massenparteien wenig bis gar nicht vorhanden. Diese wurde durch das ausgeprägte Klientelwesen noch weiter in ihrer Entwicklung behindert. Ein weiterer Nachteil lässt sich durch das Lösen von Konflikten durch persönliche Beziehungen erkennen: die Entstehung von sozialistischen Gewerkschafts- und Bauernbewegungen wird untergraben. Somit war für Griechenland im Gegensatz zu den anderen europäischen Staaten eine „Revolution von unten“ von vornherein ausgeschlossen, da politische Auseinandersetzungen inter- bzw. intraelitär ausgetragen wurden (Spengler, 1995, S. 61), (Mouzelis, 1987, S. 271-274).

2.1.4 Die Rolle des Militärs

Um die Voraussetzungen, die zur Militärdiktatur geführt haben, zu verstehen, ist es notwendig, die Funktion des Militärs zu untersuchen. Das Militär nutzte 1967 nicht zum ersten Mal die Gelegenheit die Macht zu ergreifen. Bereits 1909 war der antimonarchistische Flügel der Streitkräfte in der Lage, erstmalig eine liberale Regierung unter Venizelos einzusetzen. Nach der „Kleinasiatischen Katastrophe“ 1924 agierte Venizelos als Drahtzieher bei der Ablösung der präsidialen Monarchie Konstantin I. durch eine Republik, und in beiden Fällen war die Armee von republikanischen Zivilisten zur Hilfe gerufen worden. Das Militär beruft sich somit auf ein Selbstbild als „Garant der inneren

Ordnung“. Dennoch entging auch dieses der gesellschaftlichen Polarisierung in republiktreue Venizelisten und royalistische Demokratiegegner nicht. Daraus entwickelten sich wiederum den entsprechenden Seiten zugehörige Militärgeheimbünde. Erst Anfang der 60er Jahre, nachdem die faschistische „Metaxas-Diktatur“ überwunden war, konnte sich der royalistische Block, nach der Durchführung intensiver Säuberungen durchsetzen. Als Bilanz hatte die Diktatur 1935 die elfjährige Republik nach 37 Militärinterventionen, vier Präsidenten und 28 Regierungen formal als Monarchie Georg II. abgelöst. Damit war eine Verlagerung des Gleichgewichts zwischen Monarchie und Republik zugunsten des vom Militär unterstützten Königs passiert. Die Rolle des Königs war alles andere als rühmlich.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es diesem zu keinem Zeitpunkt gelungen die Stabilität der Regierungen zu gewährleisten oder auch nur die nationale Einheit zu sichern.

Parlamentswahlen wurden von ihm untergraben, da er immer wieder willkürlich Regierungschefs ernannte, denen mit manipulierten Wahlen und Polizeiterror nachträglich zu einer parlamentarischen Mehrheit „verholfen“ wurde. Beauftragte König Paul I. 1955 den Abgeordneten K. Karamanlis nach dem Tod des konservativen Regierungschefs Papagos⁴ noch mit der Regierungsbildung ohne sich mit dem Parteiführer der „Hellenischen Sammlung“, Kanellopoulos, abgesprochen zu haben, so setzte er diesen 1963 ebenso willkürlich wie verfassungswidrig wieder ab, als dieser sich mit seiner Marionettenrolle nicht mehr zufrieden geben wollte. Somit waren die Weichen zur Beseitigung der Demokratie 1967 gestellt. Die vorherrschende Polarisierung zwischen Kommunisten und Antikommunisten nutzen zuerst Paul I. und danach sein Sohn Konstantin II. immer wieder aus, um die eigene Machtbasis auszubauen. Drohte der eigene Machtanspruch auch seitens der Rechten nicht mehr gewährleistet zu sein, so entzog er der jeweiligen Regierungspartei den Boden, indem er Abgeordnete der parlamentarischen Mehrheit abwarb (Woodhouse, 1985, S. 1-8), (Woodhouse, 1977, S. 283-289). Auf diese Weise wurde die Unterwanderung der „königlich parlamentarischen Demokratie“ beschleunigt, das infolge sozialer Unruhen bereits angespannte politische Klima angeheizt, und die Weichen zur Beseitigung der Demokratie, wie sie 1967 erfolgen sollte, waren gestellt (Spengler, 1995, S. 62).

⁴ Ironischerweise gehörte bereits Papagos einer Geheimorganisation innerhalb des Militärs an (der I.D.E.A. – dem „heiligen Bund griechischer Offiziere“), und gründete die Vorläuferorganisation der ERE – die „Hellenische Sammlung“ vor seinem Rücktritt 1951, die die legale Machtübernahme der Konservativen sichern sollte (Bakojannis, 1972, S. 73-74).

2.1.5 Gründe des Niederganges der Militärdiktatur

Der Hauptgrund warum das Obristenregime in Griechenland zum Scheitern verurteilt war, liegt in dessen Unfähigkeit sich durch eine entsprechende Institutionalisierung und Legitimierung nachhaltig zu installieren. Es sind jedoch auch eine Reihe weiterer Faktoren für den Niedergang zu nennen.

Die Machtergreifung durch den Staatsstreich am 21. 4. 1967 hatte eine schwerwiegende Folge. Waren die Obristen nunmehr die alleinigen Machthaber, so zerstörten sie damit auch die bis dahin dominierende traditionelle, antikommunistische Koalition aus parlamentarischer Rechten, Thron und Streitkräften (Diamandouros N. P., 1991, S. 146).

Nach dem gescheiterten Gegenputsch des Königs am 13. 12. 1968 fiel dieser als Legitimationsgrundlage und Stütze der Junta aus, obwohl diese noch in der Verfassung von 1968 an der Monarchie festhielt. Der Putsch zeigte jedoch auch, dass die Spaltung des Offizierskorps in die mehrheitlich royalistische Luftwaffe und Marine auf der einen, und der die Junta unterstützende Armee auf der anderen Seite, trotz der durchgeführten Säuberungen tiefer ging, als die Obristen vermutet hatten. Neben den bisher aufgezählten „organisatorischen“ Problemen, wog viel schwerer, dass sich die politische Rechte weigerte, mit der Junta zu kooperieren und ihr so die gewünschte Legitimationsbasis zu verschaffen (Bakojannis, 1972, S. 102-103). Dies war darauf zurückzuführen, dass die Erinnerung an den Bürgerkrieg allmählich verblaßte, eine neue Generation heranwuchs, und die rapiden sozioökonomischen Veränderungen die durchgeführte repressive Politik nicht mehr durch die Angst vor dem Kommunismus oder dem daraus resultierenden gesellschaftlichen Chaos gerechtfertigt werden konnte. Gleichzeitig lehnten die Obristen sowohl die parlamentarisch-demokratischen Institutionen ab, da diese als „korrupt“ und „verdorben“ angesehen wurden, aber auch die politische Klasse wurde für die „Degenerierung der moralischen Rechtschaffenheit“ des griechischen Volkes verantwortlich gemacht (Bakojannis, 1972, S. 105-107).

Anstatt die Spaltung des Landes in „Nationalgesinnte“ und „Nationalfeinde“ oder auch „Nicht-Kommunisten“ und „Kommunisten“ voranzutreiben, bewirkten der Putsch und die nachfolgende Diktatur den Abbau der Polarisierung, die in der Nachkriegszeit vollzogen worden war, sowie auch eine Modernisierung der politischen Rechten, die nunmehr als

unüberwindbares Hindernis für die Legitimierung und Institutionalisierung des Regimes darstellte.

Zwar versuchte man die ideologische Legitimation über ein diffuses Programm religiöser Indoktrinierung zu erreichen, allerdings konnte keine der gewählten Methoden die Loyalität, den Beistand und die Integration der Bevölkerung gewährleisten. Eine systemgestützte Volksbewegung, die alle Schichten gleichermaßen zu motivieren verstanden hätte, war somit keineswegs entstanden. Trotz aller geäußerten Vorbehalte war das konstante In-Aussicht-Stellen der Rückkehr zu demokratischen Institutionen und der Schaffung eines „regenerierten“ demokratischen Systems ebenfalls Teil jenes Vorgehens das ideologischen Rückhalt schaffen sollte.

Auch wirtschaftlich konnten die im Modernisierungsprogramm vertretenen Ziele wegen der mangelnden Erfahrung und Flexibilität der militärischen Führung nicht der Realität standhalten. Das in den ersten Jahren der Diktatur anhaltende Wirtschaftswachstum resultierte in einem hohen Erwartungsdruck durch die Bevölkerung. Um deren Verbesserung des Lebensstandards zu gewährleisten, wurden hohe Importe veranlasst, die wiederum eine galoppierende Inflation verursachten und das Wirtschaftswunder in ein Wirtschaftschaos übergehen ließen. Dem nicht genug entzog der gestiegene Lebensstandard, der eine systemische Unzufriedenheit und Frustration im Hinblick auf das repressive und autoritäre System zur Folge hatte, der Diktatur weitere Legitimation (Spengler, 1995, S. 113).

Schließlich ist der Niedergang, wie bereits angedeutet, vor allem darin zu suchen, wie und auf welche Weise Ablauf und Gestaltung der Liberalisierung passieren sollte. Die Diktatur befand sich im Spannungsfeld zwischen dem Versuch große Bevölkerungsteile zur eigenen Legitimation gewinnen zu müssen und andererseits die Liberalisierung in jenen Bahnen zu beschränken, dass sie die Konsolidierung des eigenen intendierten Regimes nicht in Frage stellte und dessen längerfristiges Überleben nicht untergrub. Als Beispiel dafür kann die Verfassung von 1968 gesehen werden, die ein zwar fadenscheiniges Bekenntnis zu parlamentarisch-demokratischen Prinzipien und bürgerlichen Rechten enthält, aber gleichzeitig auch an der Monarchie festhält. Dadurch hoffte man sowohl die Bevölkerung als auch die politische Rechte und den König für sich einzunehmen, ließ jedoch schließlich davon ab diese „restriktive Verfassungskarikatur“ (Kallis, 1999, S. 271) umzusetzen (Bakojannis,

1972, S. 113-117). In der Verfassung von 1973, die die Trennung von Legislative und Exekutive völlig außer Kraft setzte und die Monarchie abschaffte, wurden dem „Präsidenten der Republik“ unverhältnismäßig viele Rechte gegeben. Zwar wurden in der Folge Liberalisierungsmaßnahmen getroffen, z.B. durch die „zivile Regierung“ Markezinis. Allerdings versetzten die aufkommenden Studentenunruhen dem Regime einen Schlag, von dem es sich schließlich nicht mehr erholen sollte (Tsakalidis, 1999, S. 14). Das Regime war nicht in der Lage gewesen das Spannungsfeld, resultierend aus der beabsichtigten und von der Gesellschaft geforderten Liberalisierung und der einsetzenden Mobilisierung derselben, auszugleichen. Der größte Fehler bestand also darin, die Öffnung des Systems als Mittel zur Konsolidierung nutzen zu wollen, bevor die Institutionalisierung der Diktatur abgeschlossen war. Aus diesem Grund konnten weder die Erwartungen der Zivilgesellschaft noch die Ansprüche der Fraktionen innerhalb der Streitkräfte erfüllt werden. Die direkte Folge war eine Verselbstständigung der Politisierung, über die Papadopoulos, angesichts der sich verschärfenden sozioökonomischen Probleme während der Studentenunruhen, die Kontrolle verlor. Dieser Prozess konnte auch durch die Auflösung der Studentenorganisationen und der Verhängung von Pressezensuren und Kriegsrecht den Sturz des Diktators nicht mehr verhindern. Die Liberalisierung war somit ohne eine grundlegende Veränderung des Systemcharakters unmöglich.

3 Zusammenfassung und Erläuterung zum griechischen politischen System bis 1967

Nachfolgend möchte ich Ursachen und Wirkungen der Entwicklungen im politischen System Griechenlands näher betrachten. Politische Systeme entwickeln sich selten losgelöst von lokalen Gegebenheiten, historischen Voraussetzungen und Traditionen. Griechenland wechselt sehr stark zwischen demokratischen und diktatorischen Systemen, die demokratische Entwicklung passiert sehr langsam, konsolidiert ist sie bis nach der Diktatur lange nicht. Grundlegendes Kennzeichen in dieser langen Übergangszeit ist die Herausbildung klientelistischer Netzwerke, die eng verbunden bleiben mit der Macht und in sich zwar geschlossen bleiben, jedoch interdependent durchlässig sind und sich so ihre eigene Machtbasis schaffen und gleichzeitig sichern. Auch ist der Einfluss durch ausländische „Schutzmächte“ nicht zu vernachlässigen. Wurden deren Interessen anfangs durch den König vertreten und umgesetzt, verwischten diese Grenzen mit der stärkeren Konsolidierung politischer, demokratischer Strukturen zusehends. Dennoch blieb der Einfluss desselben auf die griechische Politik, bis zu seiner endgültigen Absetzung durch das griechische Volk, maßgeblich.

3.1 Wurzeln des griechischen politischen Systems

Griechenland weist einige grundlegende strukturelle Eigentümlichkeiten auf, die sich nicht zuletzt aus seiner geopolitischen Lage, der Erfahrung jahrhundertelanger türkischer Herrschaft und der daraus resultierenden Verbindung zum Orient ergeben. Während sich die meisten europäischen Staaten bereits im Stadium des „bürgerlichen Industrialismus“ befanden, trafen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts „westliche Ideen“ auf durch die Türkenherrschaft geprägte, politische, gesellschaftliche und sozioökonomische Strukturen. Ein geringer Grad an Institutionalisierung und Formalisierung gesellschaftlicher Strukturen, der ausgeprägte Personalismus und das Klientelwesen sind wichtige Beispiele dafür.

Eine positive Identifikation mit dem Staat, seinen politischen Institutionen, Administration und seinen Gesetzen konnte sich in dieser vorindustriellen, traditionellen, agrarischen Gesellschaft, unter den Bedingungen der osmanischen Herrschaft nicht entwickeln. Als Ersatz boten die Großfamilien sowie das Netzwerk der lokalen Klientelbeziehungen

Sicherheit vor dem Staat und Identifikationsmöglichkeiten. Im Klientelsystem, das sich auf gegenseitige Abhängigkeiten gründete, sorgte der Ranghöchste des Dorfes für Schutz und Interessenswahrung gegenüber den staatlichen (türkischen) Stellen, und bekam Gegenleistungen der Beschützten und – was noch viel wichtiger war – Loyalität. Diese bereits unter der osmanischen Herrschaft entstandenen Klientelnetze wurden nach der Gründung des griechischen Nationalstaates 1832 zunehmend als Macht- u. Einflusselemente von den vormaligen „Beschützern“ parteipolitisch instrumentalisiert. Das Gewähren von Gefälligkeiten, Interventionen bei staatlichen Stellen und die Besetzung von Stellen in der staatlichen Bürokratie, konnten auf der anderen Seite in politischer Unterstützung bzw. Umrechnung auf Wählerstimmen für die Klientelchefs entsprochen werden. Das griechische Parteiensystem entwickelte sich daher auf Basis miteinander rivalisierender Klientelgruppen. Bis heute bestimmen die klientelistischen und personalistischen Grundmuster die griechische Politik. Statt an anonymen Programmen und Ideologien oder gar an fernen Parteiorganisationen orientiert man sich an lokalen, zumindest in der subjektive Wahrnehmung einflussreichen Persönlichkeiten, die im gegenseitigen Abhängigkeitsgefälle, Gefallen/Intervention - Wählerstimme (nicht nur der eigenen, sondern auch aller im persönlichen Netzwerk der Großfamilie vorhandenen) agieren können (Korisis, 1980, S. 208-219).

Griechenlands bürgerliche Schicht hatte somit - für Europa einmalig - ihre führende Stellung nicht im Gebiet des späteren Nationalstaates erlangt, sondern im Gebiet der beherrschenden Macht, nämlich des osmanischen Reiches (Bakojannis, 1972, S. 23).

Schließlich funktionierten die Parteien auf nationaler Ebene ebenso. Diese formierten sich um bestimmte Politikerpersönlichkeiten, weshalb der sog. „Politadel“, die eigene Herkunft, noch immer eine bestimmende Rolle im politischen System Griechenlands spielt. Von der Person des Parteiführers wird charismatische Ausstrahlungskraft erwartet – und spielt vor allem in der Situation nach 1974, im Zuge des demokratischen Neubeginns, eine herausragende Rolle. Die Parteien entwickelten sich nicht primär auf Grundlage eines Programms, sondern in der vordiktatorischen Tradition, als personalistisch ausgerichtete, machtpolitische Instrumente der jeweiligen Führungspersönlichkeiten.

Im Parteien-System, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hatte, war auf jeden Fall ein Mitbewerber (KKE) aufgrund der vorherrschenden antikommunistischen

Ideologie, den autoritären Rechten Regierungen und der repressiven Möglichkeiten, die dem Staat zu Verfügung standen, ausgeschlossen. Das Militär, Hüter der existierenden politischen Ordnung, war zu jedem Zeitpunkt darauf vorbereitet zu intervenieren, um mögliche oder auch nur eingebildete Bedrohungen „von unten“ zu verhindern. Die Hauptmerkmale der übrigen politischen Parteien waren ihre schwache Organisationsstruktur und ihre klientelistische Natur. Der Wahlerfolg der EK und der ERE war somit hauptsächlich von der Persönlichkeit ihrer jeweiligen Parteiführer sowie der Effektivität ihrer klientelistischen Beziehungen abhängig. Ihre Inhalte betreffend waren die Unterschiede eher marginal.

Der Klientelismus ist jedoch nur ein wichtiges Merkmal des griechischen Parteiensystems. Ohne Zweifel spielten Klassenunterschiede, historischer Hintergrund und die Abhängigkeit von ausländischen „Schutzmächten“ eine weitere zentrale Rolle in der Entwicklung der griechischen Politik. Auf Ebene der Parteienorganisation waren es jedoch klientelistische Beziehungen die, vor allem den nicht kommunistischen Parteien Unterstützung, Akzeptanz bzw. die Mobilisierung der Massen ermöglichte (Lyrintzis, 1984, S. 102).

3.2 Anmerkungen zum Klientelismus-/Patronagesystem Griechenlands

Wie bereits erwähnt entwickelte sich das griechische politische System hauptsächlich unter dem Einfluss fremder „Schutzmächte“. Die daraus resultierende Abhängigkeit war sowohl wirtschaftliches als auch strukturelles Merkmal der griechischen Politik. Auch wurde der Staat als mächtige und allgegenwärtige Institution wahrgenommen, dessen Mechanismen nachhaltig von den jeweiligen Parteien in Regierungsverantwortung, zumeist rechte Parteien, implementiert wurden. Dies geschah, vor allem mit dem Ziel ihre eigene Machtbasis zu stärken und ihre klientelistischen Netzwerke zu erweitern. Durch den unterentwickelten und auch sehr beschränkten Grad der Industrialisierung nahm der Staat eine sehr bestimmende, dominante Rolle, nicht nur in wirtschaftlichen sondern auch in weiten Teilen sozialer und politischer Interaktion, ein. Gerade in der Nachkriegszeit wurde die Beteiligung des Staates in sozioökonomischer und politischer Hinsicht noch deutlicher. In der Verteilung großer ökonomischer Ressourcen, die in Form ausländischer Kredithilfen gewährleistet worden waren, und durch den zentralen Organisationsgrad in der wirtschaftlichen Entwicklung der 1950er und 1960er Jahre, bekamen staatliche Behörden eine noch bedeutendere Rolle im griechischen politischen System. Dies führte zur

Entwicklung eines sehr stark ineinander verzweigten interdependenten Systems, wobei der Staat die Bandbreite politischer Aktivitäten festlegte und die Parteien, vom Staatsapparat abhängig, diesen gleichzeitig formten, indem sie seine Mechanismen dazu benutzten, ihre Macht zu konsolidieren und sich die Unterstützung ihrer Wähler zu sichern (Lyrintzis, 1984, S. 102).

Diese Faktoren bedingen den schwachen Wirkungsgrad der politischen Institutionen, die zerbrechliche klientelistische Natur der politischen Parteien und das Oszillieren zwischen autoritären und demokratischen Regimes. Durch diese Umstände war es den griechischen politischen Parteien zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, unabhängige, organisierte und strukturierte Institutionen zu werden. Auch der Versuch ausländische Modelle zu kopieren, scheiterte. Sie blieben an den Staatsapparat gebunden, da sie nur auf diese Weise ihre Wählerschaft und somit ihr Überleben sichern konnten. Auf diese Weise kann auch die starke Identifikation der politischen Rechten mit dem Staat und das Fehlen organisatorischer Unabhängigkeit, die ein Charakteristikum aller nicht-kommunistischer Parteien darstellt, erklärt werden (Katsoulis, 1981, S. 217).

Die Kombination aus Klientelismus, Antikommunismus und alles durchdringendem Staat resultierte in der effektiven Überbrückung von Klassenunterschieden, hauptsächlich durch die Herausbildung vertikaler klientelistischer Netzwerke. Die Mittelschicht, die sich in der Nachkriegszeit neu formierte, bedingt durch die Umstände, dass der Staat nunmehr als der Hauptarbeitgeber in der Wirtschaft war, aber auch durch die nunmehr schnellen wirtschaftlichen Entwicklung und der daraus resultierenden Landflucht, wurde nahtlos in die klientelistischen Netzwerke der Rechten aufgesogen. Zusammen mit den Bauern gewährleistete die Mittelschicht die Wählerunterstützung, welche die parlamentarische Mehrheit der Parteien, des rechten politischen Spektrums, in jener Zeit sicherte. Die klientelistische Organisation der Parteien, das Versagen, alle politischen und auch sozialen Kräfte in das politische System zu integrieren, indem man die Kommunisten und Linken Parteien hinderte an der Politik aktiv zu partizipieren und sie politisch wie auch ideologisch isolierte, und nicht zuletzt der Versuch von oben alle soziale und politischen Entwicklungen, die zu einer Veränderung hätten führen können, zu blockieren, waren die Schlüsselemente eines Systems, welches man nach A. Weingrod als „*guided democracy*“ oder „*restricted parliamentarism*“ bezeichnen kann.

In den 1960ern setzte jedoch eine soziale wie auch politische Mobilisierung ein. Die Ungerechtigkeiten des politischen Systems, aber auch die plötzlichen wirtschaftlichen Veränderungen, lösten in der gesellschaftlichen Willensbildung das Bedürfnis aus, entgegen der bisherigen Gewohnheit, nach Inhalten zu wählen, die den eigenen Interessen entgegen kamen. Die „EK“ von G. Papandreou war es Mitte der 60er Jahre, die die Mobilisierung dieser Massen fokussieren und repräsentieren konnte. Seine Mitte-Links-Partei war die einzige die zu diesem Zeitpunkt nachhaltig und zugleich auch radikal das Bedürfnis nach Demokratie und sozialen wie auch politischen Reformen ansprechen konnte. Die Aussicht dass die Zentrumsunion (EK) die folgenden Wahlen hätte gewinnen können, provozierte schließlich den Putsch der parlamentarischen Demokratie. Das politische System von 1946-1967 hatte in einem grundlegenden Element von Demokratien versagt. Der Akzeptanz von Machtwechseln.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das griechische politische System in seiner klientelistischen Ausrichtung durchwegs Veränderungen unterworfen war. Es war nicht mehr der Einfluss lokaler Persönlichkeiten, sondern vielmehr ein System der *„party-directed patronage“* (Lyrintzis, 1984, S. 103) in welchem die Parteiführung und vor allem der Parteivorsitzende selbst eine zentrale Rolle auf Kosten lokaler Fraktionen spielte. Die zunehmende Bedeutung der Parteiführung im Gewähren von Gefallen und Belohnungen in Kombination mit der Rolle des Staatsapparates lässt jedoch eher auf die Definition eines „bürokratischen Klientelismus“ schließen (Lyrintzis, 1984, S. 103). Diese spezielle Form des Klientelismus entsteht bei der systematischen Infiltration der staatlichen Behörden und Institutionen mit Parteianhängern und dem jeweiligen Erfüllen von Wünschen darüber. Des weiteren werden existierende Stellen und Sektionen im öffentlichen Sektor ausgebaut und neue hinzugefügt, um Macht zu sichern und die Wählerschaft zu erhalten. Ist der Staat der Hauptakteur politischer wie auch wirtschaftlicher Entwicklung, so ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass politische Parteien an der Macht, sich den Staatsapparat zu Nutze machen um diese nachhaltig zu konsolidieren, was wiederum ihrer eigenen Parteistruktur, Organisation und Ideologie Schaden zufügt. Auf diese Weise wird aus der politischen Partei der kollektive Patron, der sein klientelistisches Netzwerk durch eine vielschichtige Kombination der Parteimechanismen und des Staatsapparates bedient. In einem derartigen System ist die öffentliche Bürokratie nicht mehr darauf ausgerichtet effektive Leistung zu erbringen,

sondern parasitäre Jobs für die eigene politische Klientel in den sensiblen Ressorts zu schaffen und sich somit ihrer politischen Unterstützung zu versichern.

Dennoch ist es laut Lyrantzis gerade aufgrund des schlechten Organisationsgrades der politischen Parteien noch zu früh um von einem reinen „bürokratischen Klientelismus“ zu sprechen. Dieser sollte gerade nach dem Fall der Diktatur in Griechenland, mit der Neugründung und Neuorganisation der Parteien, die diesem Terminus bei weitem mehr entsprachen, zu neuer Blüte finden. Bei der Diskussion um die demokratische Konsolidierung Griechenlands nach 1974 wird uns dieser Begriff jedoch wieder begegnen (Lyrantzis, 1984, S. 104).

Es lassen sich also folgende Faktoren anführen, für das politische System Griechenlands, die das politische Leben und die Existenz und Tätigkeit der griechischen Parteien bestimmend beeinflusst haben.

Die ökonomische Labilität, die durch das privilegierte, aber ökonomisch adynamische Bürgertum verschärft wurde.

Der Einfluss der jeweiligen ausländischen „Schutzmacht“ in die inneren Angelegenheiten des Landes, und die daraus resultierende Unterstützung der Rechten.

Die Einmischung des Königs, die auch gegen die eigene Verfassung gerichtet war.

Die parallele Existenz politischer Entscheidungsfaktoren (Militär, Geheimdienst), die die Regierung kontrollierten und Druck auf Entscheidungsfindungen ausübten.

Die politische Exklusion der Kommunisten/Sozialisten/Linken von der politischen Partizipation.

Die Machtkonzentration klientelistischer Netzwerke, die die Konsolidierung der Demokratie in Griechenland nach dem Bürgerkrieg verhinderten.

Die Unfähigkeit, Machtwechsel im demokratischen System zuzulassen.

Die Rechte verdankt ihre Stärke aber noch drei weiteren Faktoren: der Kontrolle der Gewerkschaften, den Wahlrechtsmanipulationen und ihrer finanziellen Überlegenheit. Die lange Vorherrschaft der Rechten war auch deswegen möglich, weil sie es von Anfang an verstanden hatte, die Gewerkschaften unter ihren Einfluss zu bringen. Dies gelang durch eine ausgeklügelte Gesetzgebung, die der Zersplitterung in der Gewerkschaftsbewegung

Vorschub leistete und somit die Arbeiterbewegung auf Jahrzehnte zu disziplinieren und selbige zu kontrollieren, vermochte. In Griechenland existieren immer noch über 3.500 Einzelgewerkschaften, die in ca. 50 Berufsverbänden und vier Dachorganisationen zusammengeschlossen sind. Zwar verfügen die Dachorganisationen dieser nur über eine sehr geringe Anzahl an Mitgliedern – dank der Gesetzgebung stellen diese auf den Kongressen jedoch die Mehrheit. Diese Zersplitterung ermöglicht es in die Spitzengremien der Gewerkschaft die der Regierung nahestehenden Kandidaten wählen zu lassen, die sich wiederum einer größeren Vereinigung und damit einer Erhöhung des eigenen Erpressungspotentials entgegenstellen.

Die oftmals angesprochene Dominanz der rechten Parteien wurde vom Wahlsystem unterstützt, das immer wieder zu eigenen Gunsten geändert wurde. Sämtliche Wahlen der Nachkriegszeit wurden auf der Grundlage von Wahlgesetzen durchgeführt, die es ermöglichten die eigene „rechte“ Mehrheit zu sichern. Es wurden auch Wahlbezirke der jeweiligen Machtsituation angepasst und entsprechend vergrößert oder verkleinert, oder auch Wahlkreise verändert, indem man diese nicht der Bevölkerungsentwicklung anpasste. So „versäumte“ man bei den Wahlen von 1952-58 die Ergebnisse der Volkszählung von 1951 bei der Verteilung der Parlamentssitze zu berücksichtigen und ließ nach den nunmehr veralteten Ergebnissen der Volkszählung von 1940 wählen. So benötigte ein Kandidat in den Großstädten und traditionell eher liberalen und linken Wählerschichten 25.000 Stimmen, auf dem Land hingegen und dort wo vornehmlich rechte Wählerschichten vorherrschten nur 7.000 Stimmen, um ins Parlament zu kommen (Katsoulis, 1981, S. 219).

Zusammenfassend lässt sich folgendes sagen. Die Parteientwicklung war im Typus einer Honoratiorenpartei steckengeblieben. Der charismatische Führer, der seine Macht auf sein klientelistisches Netzwerk stützt, das bis hin zu jedem einzelnen Wähler reicht, bestimmt das Erscheinungsbild der bürgerlichen Parteien. Diese Struktur wird zusätzlich, durch die bereits im 19. Jahrhundert vollzogene Identifikation der Konservativen mit der Monarchie, unterstützt. Durch die Integrationsfigur der konservativen Interessen - den König - konnten sowohl die Interessen innerhalb der Konservativen ausgeglichen werden, es konnte aber auch eine Kontinuität aufgebaut und gewahrt werden, die anderen Parteien vorenthalten blieb. Diese „Integrationsfigur“ sollte erst mit dem Ministerpräsidenten K. Karamanlis nach

1974 in der Konsolidierungsphase der griechischen Demokratie, nach und nach, für die konservativen Wähler, ersetzt werden (Katsoulis, 1981, S. 223).

3.3 Zur strukturellen Entwicklung des griechischen politischen Systems

Abschließend möchte ich noch einige besondere Entwicklungen und Kennzeichen des griechischen politischen Systems zusammenfassen. Einige Komponenten haben in ihrem direkten Einfluss auf die Entwicklung und das Eigenverständnis des politischen Systems eine besondere Stellung. Auf die Entwicklung des Patronage- und Klientelsystems habe ich bereits im vorangegangenen Kapitel Bezug genommen. Näher betrachten werde ich die Rolle der Kirche und die Problematik der, wie Wenturis sie nennt, „Ungleichzeitigkeit“ (Wenturis, 1984, S. 35). Damit sind die unbewältigten Strukturen von „[...]Seins- und Bewusstseinszuständen vergangener Epochen“ gemeint (Wenturis, 1984, S. 35): Eine gewaltige Vergangenheit, in der die Griechen eine Führungsfunktion im kulturellen, politischen und wissenschaftlichen Bereich hatten und ihre bescheidenen Zukunftsaussichten innerhalb des zeitgenössischen internationalen Systems nach der Gründung eines unabhängigen und souveränen Staates.

3.3.1 Das Dilemma der „Ungleichzeitigkeit“

Der griechische Staat entstand also im Spannungsfeld „[...]manchmal in der Rolle der Herrschenden, und wiederholt in der Rolle der Beherrschten zu sein. Die sozialisationsbedingte unbewusste und bisweilen auch bewusste Abkapselung gegenüber pluralistischen Einflüssen aus dem „Westen“ hatten u.a. zur Folge, dass [...]eine politische und zugleich ökonomische Feudalstruktur die Morphologie des griechischen Systems beherrscht“ (Wenturis, 1984, S. 33).

Dadurch herrscht in Griechenland eine politische wie auch ökonomische Feudalstruktur im System nach der Staatsgründung vor. Feudale Merkmale in Staat, Parteien und Wirtschaft bewahren den „Klientelismus“ als zentrales Strukturprinzip mit der Folge, dass eine tatsächliche Trennung zwischen Staat und Gesellschaft bis heute nicht erfolgen konnte. Der Staat wird als das Symbol für nationale Einheit, des Nationalbewusstseins schlechthin, wahrgenommen, durch welchen gesellschaftliche Prozesse legitimiert werden können. Bakojannis schreibt dazu: „Das auffällige Nationalgefühl der Griechen ist deshalb nicht

einfach nur der Nachhall der antiken Tradition [...], sondern, in starkem Maße eine Art Überkompensation der fehlenden historischen Identität“ (Bakojannis, 1972, S. 29).

Dementsprechend werden in Griechenland Gruppen- und sonstige Gesellschaftsinteressen, sobald diese verfolgt werden, als ein Angriff auf das „normative geltende System“ empfunden, weil dadurch Gegensätze aufgezeigt werden könnten, die nach der so schwer erkämpften gemeinsamen Staatsbildung einfach nicht existieren dürfen. Dadurch wurde die Entstehung eines Systems aus Protektionismus, Nepotismus und zentralistischem Bürokratismus beschleunigt, dessen Auswirkungen und Traditionen bis heute Bestand haben. Die Herausbildung einer „sekundären Klientelherrschaft“ führte zu einer Mischform des griechischen soziopolitischen und ökonomischen Systems, bestehend aus Parentela- und Clientelaverhältnissen und bürokratischen Subsystemen andererseits (Wenturis, 1984, S. 35).

Beschleunigt wurden diese Entwicklungen durch den oktroyierten Staatszentrismus und absoluten Monarchismus König Ottos (1833-63). Aber auch die immer wieder auftretenden „Schutzmächte“ lösen eine grundlegende Skepsis bzw. eine Abwehrhaltung gegenüber jeder bewusst gewordenen Präsenz von ausländischen Einflussnahmen. Ein weiteres Kennzeichen, bedingt durch die historischen Abläufe, ist der griechische Typus eines „parakapitalistischen“ Systems (Skriver, 1972, S. 57), das durch Zirkulationskapital, transitorischen Handel und Transportindustrie einerseits, feudale Agrarstrukturen und Honoratiorenparteien andererseits innerhalb eines autoritär-zentralistischen Systems gekennzeichnet ist. Bis heute schlagen sich diese historischen Entwicklungen in der Wahrnehmung und Umsetzung des griechischen politischen Systems nieder. Diese langandauernde griechische Tradition, nach der wirtschaftliche Entwicklungspolitik in erster Linie unter der Regie und der direkten Einflussnahme des Staates passieren muss, eröffnet somit eine Fülle von Patronagemöglichkeiten für die eigenen Parteimitglieder und Anhänger (Korisis, 1980, S. 224). Die starken klientelistischen Netzwerke und das sich daraus bedingende Patronagesystem schwächen systematisch politische Institutionen, da zum einen keine wirkliche „Elitenrekrutierung“ stattfinden kann, sondern Loyalitäten über „existentialistische“ Zugeständnisse (Arbeit, finanzielle Versprechen) eingeholt werden. Diese nebenstaatlichen Netzwerke sind Teil des täglichen Lebens und werden zur Lösung von Problemen herangezogen. Auch ist staatliche Kontrolle in Strukturen mit derartig stark

ausgeprägten klientelistischen Netzwerken schwierig zu vollziehen. Hier beißt sich die Katze gleichsam in den Schwanz: Diese Netzwerke garantieren den Parteien ihre Macht. Zu versuchen sie abzubauen und durch „gesichtslose“ Institutionen zu ersetzen, würde bedeuten, den politischen Ast auf dem man im griechischen politischen System sitzt, abzusägen (Gefou-Madianou, 1997, S. 137-140). Ein Gleichgewicht zu finden zwischen politischen Verteilungstraditionen hin zu einem effektiven, ansatzweise modernen Regieren und staatlichem Organisieren wird eine Herausforderung sein, die alle Parteien in Zukunft noch bewältigen müssen. Antworten darauf sind die Großparteien durchwegs schuldig geblieben.

Um die Rolle der Kirche im griechischen politischen System zu verstehen, muss kurz die Rolle und Bedeutung der Kirche bei der Staatsbildung Griechenlands erläutert, und verschiedene Anknüpfungspunkte erklärt werden, die ihr Handeln und ihren Stellenwert in der Gesellschaft erklären.

4 Anmerkungen zur Rolle der Kirche im griechischen politischen System

Nach der Gründung des neugriechischen Staates unternahm die griechische Kirche den Versuch eine „nationale Theorie“ aufzubauen, die eine Identitäts-Konstruktion von „Kirche und Nation“ implizierte. Dadurch hoffte sie, ihre Führungsansprüche innerhalb der griechischen Gesellschaft behaupten und vor allem legitimieren zu können. Daraus entstand eine künstliche „helleno-christliche“ Kultur, die mit Hilfe einer „Identitäts-Kontingentierung“ die Orientierung des Individuums in einer reaktionären Tradition „[...]mit krudem normativem Charakter“ (Wenturis, 1984, S. 34) vorzugeben versuchte. Ihren direkten Niederschlag konnte sie in der Diktatur von Metaxas (1936-1940) und in der Militärjunta von Papadopoulos (1967-1974) finden.

Tatsächlich funktionierte die griechische Kirche als „Penetrationskanal“ durch den die Aufrechterhaltung und schließlich auch die Reaktivierung des griechischen Nationalbewusstseins erfolgten. Dennoch war dies nur möglich, weil das Patriarchat in Konstantinopel von den Osmanen weitgehend als eine Instanz im staatsrechtlichen Sinne aufgefasst wurde (Wenturis, 1984, S. 35). Kein Zweifel besteht an der Tatsache, dass die sprachliche Kontinuität in der griechischen Bevölkerung u.a. auf die Bildungsaufgabe der orthodoxen Kirche zurückzuführen ist (Bakojannis, 1972, S. 24). Doch begegnete die Kirche gerade dem wichtigsten Aspekt des „griechischen Nationalbewusstseins“, dem „Hellenismus“ mit sehr großer Skepsis. Zum einen aufgrund ihrer Assoziation mit der heidnischen Umwelt der Antike und ihrer Kulturinhalte, zum anderen aufgrund ihrer Unsicherheit gegenüber der Verbindung aus „Altertumsbegeisterung“ und westeuropäisch geprägtem Nationalismus. Auch versuchte die Kirche den Verfassungsentwurf von Rhigas Faraos, der insbesondere unter dem Prinzip der Volkssouveränität geschrieben wurde, mit der Begründung dieser verletzte Grundsätze des orthodoxen Glaubens, zu verhindern. Abschließend soll festgehalten werden, dass der Einfluss der Aufklärung auf die griechische Bevölkerung das Nationalbewusstsein mit einer deutlichen Emanzipationsbewegung verbunden hat, und somit jene Voraussetzungen gegeben waren, die zur Aufnahme neuer politischer Ideen notwendig waren (Wenturis, 1984, S. 33).

4.1 Zum Verhältnis von Staat und Kirche vor der Verfassung von 1975

Somit kann zusammengefasst werden, dass die Rolle der Kirche eine durchwegs zwiespältige ist. Die orthodoxe Kirche wird als „vorherrschende Religion“ in der Verfassung genannt, und stellt einen Pol der Wahrnehmung als Nation dar. Dahingehend ist das Bildungs-, Ehe- und Familienwesen als Fundamente der griechischen Gesellschaft wiederum in den Prinzipien der Kirche verankert. Andererseits „braucht“ der griechische Staat den Segen der orthodoxen Kirche bei Festlichkeiten. Dennoch wird der Begriff der „vorherrschenden Religion“ deklaratorisch als Bekenntnis der überwiegenden Mehrheit der griechischen Bevölkerung zu dieser Religion, ausgelegt (Spyropoulos, 1981, S. 136).

Ein genauerer Blick enthüllt auch das geschichtliche Kräfteressen zwischen Staat und Kirche um den ausgeübten Einfluss auf die jeweils andere Institution. Hierbei wird immer wieder auf das Staatskirchentum⁵ hingewiesen, den Einfluss des Staates der unterdrückend auf die orthodoxe Kirche ausgeübt wurde. Ein Schritt zur tatsächlichen Freiheit der Kirche wurde mit der liberalen Grundordnung 1923 getätigt. Hierbei wurde ein synodales Verwaltungssystem eingeführt. Durch die Abschaffung des Vetorechts des Kommissars bei dieser Synode, wollte man eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche herbeiführen. Versuchte sich die Kirche auf diese Weise als eigenständiger Akteur zu etablieren, so wurde während der Militärdiktatur 1969 der staatliche Einfluss des Staates noch einmal verstärkt: Im Elementar- und Mittelschulwesen wurde der orthodoxe Unterricht verpflichtend eingeführt und die Einhebung der Steuer zur Finanzierung des orthodoxen Klerus oblag ebenfalls dem Staat.

4.2 Zum Verhältnis von Staat und Kirche nach der Verfassung von 1975

Zusammengefasst haben folgende Tendenzen und Entwicklungen nach der Militärdiktatur stattgefunden. Im Allgemeinen wurde die Beziehung zwischen Staat und Kirche liberaler als früher ausgestaltet. Das Bildungswesen wird von den „helleno-christlichen Idealen“ gelöst. Auch ist der Präsident der Republik nicht mehr verpflichtet, sich zur orthodoxen Kirche zu

⁵ Der Begriff Staatskirchentum bezieht sich auf ein Grundmodell des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, ein System enger Verbindung, das unter staatlicher Hoheit eine Gesamtkörperschaft bildet. Demgemäß wäre der Einfluss auf die Kirche, durch die Möglichkeit der Gesetzgebung derselben, der Besetzung der höheren Kirchenämter, die konfessionelle Bestimmung aller öffentlichen Institutionen, bis hin zur Besteuerung aller Einwohner des Staates für die Staatskirche, grundlegend. (Spyropoulos, 1981, S. 141)

bekennen. In der neuen Verfassung wurde der bereits angesprochene „Staatskommissar“ bei der Synode tatsächlich abgeschafft und der Staat verzichtet auf eine Einmischung in die Besetzung der höheren Kirchenämter. Die staatliche Kompetenz zur gesetzlichen Normierung der Ordnung der Kirche wurde jedoch einbehalten (Spyropoulos, 1981, S. 144-145).

5 Theorien zur demokratischen Konsolidierung

Ich möchte in diesem Kapitel die Theorien zur demokratischen Konsolidierung in der Transitionsforschung beleuchten und werde auf vier verschiedene theoretische Ansätze eingehen: den funktionalistischen, den transnationalen, den genetischen und den interaktiven Ansatz. Diese sehen ihren Schwerpunkt in den Schnittstellen zwischen Wirtschaft und sozialen und strukturellen Voraussetzungen, internationalen Einflüssen und Entwicklungen, den Strategien politischer Eliten und deren Entscheidungen und der dynamischen Beziehung zwischen Politik und Gesellschaft. Während der funktionalistische und der genetische Ansätze als Denkschulen der Transitionsforschung bezeichnet werden können, so sind der transnationale und interaktive Ansatz geeignet, zwei weitere Interpretationsmöglichkeiten zur Hand zu haben (Pridham, 2000, S. 3). Das demokratische System in Griechenland weist einige strukturelle Besonderheiten und Merkmale auf, die auf die eigene Tradition und Geschichte zurückzuführen sind und in der „Stunde Null“, nach dem Fall der Diktatur ihre Berücksichtigung finden. Die o.a. Theorien sollen es ermöglichen, die Konsolidierung des demokratischen Systems in Griechenland zu erklären, aber auch die Transitionsphase zu skizzieren, welche sich in der Entwicklung der einzelnen Bereiche der Konsolidierung überlappt, aber auch parallel vollzogen wird.

5.1 Funktionalistische Theorien

Diese konzentrieren sich vor allem auf die notwendigen ökonomischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen für einen demokratischen Wandel. Sie beziehen sich auf Modernisierungstheorien und deren Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Mobilisierung. In ihrer Grundthese gehen die funktionalistischen Theorien davon aus, dass Gesellschaften unterschiedliche Voraussetzungen zur Umsetzung von Demokratie mitbringen, womit der erfolgreiche Vollzug derselben, entscheidend von der sozioökonomischen Entwicklung abhängt. Modernisierung wird hiermit die Möglichkeit zum Wertewandel zugeschrieben, welcher Demokratisierungsprozesse ermöglicht. Daraus entwickelte sich eine „politisch-kulturelle“ (Pridham, 2000, S. 4) Version der funktionalistischen Theorie.

Funktionalistische Theorien betonen die vorrangige Bedeutung von Wirksamkeitsvoraussetzungen. Als Beispiel wird Robert Dahls Konzept der „Polyarchie“ -

Dahl nennt Demokratien Utopien, denen man sich nur annähern kann - herangezogen. (Dahl, 1972) „Polyarchien“ sind bei Dahl politische Systeme, prozedural und institutionell bestimmt, durch Partizipation und freien Wettstreit. Der Schwerpunkt in Dahls „Polyarchie“ auf die starke demokratische Entwicklung, den verschiedenen sozioökonomischen Ebenen, und der Analyse der Machtkonzentration, brachten ihm aber gleichzeitig die Kritik ein, zu deterministisch zu sein, da sie eine zu lineare Sicht von politischer Entwicklung vertraten, und gleichzeitig auch materiellen Faktoren zu viel Bedeutung zumaßen. Dennoch ist die von Dahl aufgezeigte Verbindung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratie heute nicht mehr zu leugnen. Auch wenn die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes nicht mehr als Voraussetzung für Demokratie gesehen wird, so korreliert diese doch gut mit der Nachhaltigkeit von Demokratie und mit dem Konsolidierungsprozess.

5.2 Transnationale Theorien

Diese haben sich aus den funktionalistischen Theorien hin zu einem komplexeren Bereich interner wie externer Komponenten der Konsolidierung entwickelt, mit dem Schwerpunkt auf internationale Faktoren und deren Einfluss auf innerstaatliche Veränderungen. Samuel Huntington versuchte den Übergang zu demokratischen Regimen durch eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren zu erklären (Schmidt, 2006, S. 21). Dabei fanden soziale, kulturelle, wirtschaftliche und externe Faktoren ihre Berücksichtigung und er formulierte daraufhin die These der „Wellen“ der Demokratisierung. Er beschreibt diese „Wellen“ als eine Gruppe von Übergängen von nicht-demokratischen zu demokratischen Regimen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums stattfinden und Transitionen in die umgekehrte Richtung zahlenmäßig signifikant übertreffen. Gerade bei der „vierten Welle der Demokratisierungen“ sei die Ausbreitung der globalen Kommunikation ausschlaggebend gewesen. Dennoch fehlt es diesem Zugang an einem brauchbaren Rahmen um Wirkung und Ursache zu erklären. Es ist nicht genug, anzunehmen Demokratisierung sei das logische Ergebnis einer Abfolge von Ereignissen, wie sie z.B. eine größere gemeinsame Interdependenz zwischen Staaten verlangen würde.

5.3 Genetische Theorien

Genetische Theorien unterscheiden sich grundlegend von den funktionalistischen und transnationalen Theorien. Der Fokus der genetischen Theorien in der Demokratieforschung liegt dabei in der Dynamik des Prozesses selbst, wobei vor allem der Übergang zur Demokratie in Augenschein genommen wird und nicht so sehr die Konsolidierung an sich. Dabei wurden verschiedene Zugangsweisen entwickelt: Untersuchung von Pakten und Bündnen, Analyse politischer Entscheidungen und Pfadabhängigkeiten. Bei der Untersuchung von Pakten und Bündnen werden aus der Aktion von politischen Führern, die strategische Überlegungen anstellen und pragmatische Entscheidungen treffen, Analysen und Erklärungsmuster herausgelesen. Die Analyse politischer Entscheidungen, oder wie es Pridham nennt des „*political crafting*“ (Pridham, 2000, S. 5), zeigt auf, wie „plötzliche Einigungen“ (*elite settlement*) (Burton & Higley, 1998, S. 47) grundlegender Konflikte auf der Ebene der Eliten zustande kommen und untersucht dabei auch die Qualität politischer Führung. Die Pfadabhängigkeit hingegen lehnt kausale Erklärungsmodelle in demokratischen Transitionen ab und optiert dafür, unterschiedliche Entwicklungen und Wege hin zur Demokratie zu akzeptieren. Pfadabhängige Erklärungsmodelle lehnen sich stark an die Theoriekonzepte der „Kontingenz“⁶ an.

An den genetischen Theorien wird kritisiert, dass sie zu elitär und voluntaristisch seien und dem Zusammenhang zwischen politischen Aktionen und sozioökonomischen Faktoren keine Bedeutung beimessen. Sie tendieren dazu, den Akteuren in der Transitionsphase zu viele Freiheiten und Möglichkeiten zuzugestehen, auch wenn dieser Prozess sehr unberechenbar und unstet sein kann (Pridham, 2000, S. 5).

5.4 Interaktive Theorien

Die interaktiven Theorien beziehen sich auf die genetischen Theorien, bieten jedoch ein viel breiteres und dynamischeres Bezugssystem. Auch erfassen interaktive Theorien den Demokratisierungsprozess gesamt und nicht nur die Transitionsphase. Interaktive Theorien waren in der Regimetheorie bereits von Anfang an vorhanden, entwickelten sich aber erst in

⁶ „Kontingent ist etwas, was weder notwendig ist noch unmöglich ist; was also so, wie es ist (war, sein wird), sein kann, aber auch anders möglich ist. Der Begriff bezeichnet mithin Gegebenes (zu Erfahrendes, Erwartetes, Gedachtes, Phantasiertes) im Hinblick auf mögliches Anderssein; er bezeichnet Gegenstände im Horizont möglicher Abwandlungen“ (Luhmann, 2001, S. 152).

den 1990er Jahren, als aufgrund zahlreicher Transformationen eine größere Anzahl an Interpretationsmöglichkeiten benötigt wurde. Dankwart Rustow argumentiert, jede „genetische Theorie“ der Demokratie müsse einen interdependenten Kausalitätsfluss, oder eine Form kreisförmiger Interaktion zwischen Politik und ökonomischen und sozialen Bedingungen annehmen (Rustow, 1970, S. 344). Hier kommt es zum Brückenschlag mit dem politischen Aufbauprozess. Die Feststellung, dass Demokratisierungsprozesse nicht nur unbestimmt, sondern komplex und multidimensional ablaufen, unterstützt breitere und offenere Zugänge der Theorien über Regimewechsel.

In seinem Artikel von 1965 hat Otto Kirchheimer über die „beschränkenden Bedingungen“ und „revolutionären Durchbrüche“ (Kirchheimer, 1965, S. 964-974) die erste ernst zu nehmende Herangehensweise an die Probleme der Regimewechsel herausgearbeitet. In diesem Artikel bezeichnete er die „beschränkenden Bedingungen“ (*confining conditions*) als jene Umstände, die bei der Geburt von Regimen vorhanden sind und stellt die Frage, in welchem Ausmaß diese Bedingungen die nachfolgenden Entwicklungen und Aktionen beeinflussen. Gerade die Regimewechsel in Zentral- und Osteuropa haben die Notwendigkeit aufgezeigt, Interpretationsmodelle zu finden, die das Verhältnis zwischen ökonomischer und politischer Transformation, im Hinblick auf die relative Abfolge von Ereignissen und der gegenseitigen Interdependenz, erklären können. Dies führte auch zur nachhaltigen Debatte über Begriffe wie „Simultanität“, „Sequenzierung“ und „Asynchronität“. Es ist jedoch unbestritten, dass sich politischer und ökonomischer Umbruch gegenseitig positiv verstärken. Diese können nur von der dritten Form des Umbruchs bedroht werden – territorialer Integrität und Nationalstaatlichkeit.

Von den bisher angeführten Theorien, scheint die interaktive Theorie noch am ehesten dazu in der Lage, die wachsende Vielfalt und Komplexität der Faktoren in Regimewechseln erklären zu können und darüber hinaus der Notwendigkeit, multiple Transformationen zu verarbeiten, gewachsen zu sein. Das dynamische Potential der interaktiven Theorien erlaubt es auch, historische Determinanten zu berücksichtigen, wie z.B. Altlasten der Vergangenheit die Gegenwart beeinflussen, aber auch das Wechselspiel zwischen „*bottom-up*“ und „*top-down*“ Ansätzen. Anhand einiger Faktoren kann man verfolgen, wie stark ein junges demokratisches System konsolidiert ist. Ich möchte anhand der Ebene der institutionellen Konsolidierung (zentrale Verfassungsorgane und politische Institutionen wie z.B.

Staatsoberhaupt, Regierung, Parlament, Judikative, Wahlsystem) und der Ebene der repräsentativen Konsolidierung (Parteien und Interessenverbände aber auch der Ebene der Verhaltenskonsolidierung und der Ebene der Konsolidierung der Bürgergesellschaft lt. Merkel (Merkel, 1999, S. 148), (Zervakis, 1999, S. 637-672) (Merkel & Puhle, 1999, S. 9-22) die Entwicklung aufzeigen, die zur demokratischen Konsolidierung nach der Diktatur beigetragen hat.

6 Demokratietheorie

6.1 Demokratiedefinition in der Konsolidierung

Im Rahmen der Transitionsforschung ist es notwendig, konsolidierte Demokratien von autoritären Regimen zu unterscheiden. Um die verschiedenen Niveaus demokratischer Konsolidierung zu unterscheiden, wurden Modelle mit unterschiedlich weit greifenden Konzepten zur Identifizierung erarbeitet. Diese reichen von "minimalistischen" bis hin zu "maximalistischen" Interpretationen, wichtig erscheint dabei jedoch, dass der Begriff der demokratischen Konsolidierung nur bis zur Erreichung eines bestimmten Demokratiegehalts gilt, nicht jedoch für eine immer weitere Ausdifferenzierung bereits etablierter Demokratien.

Wann denn nun Demokratisierungsprozesse abgeschlossen sind, wie diese auszusehen haben und wann sie schlussendlich erfolgreich sind, darüber ist man sich keineswegs einig. In einer Diskussion vom 30. 1. 2007 im Rahmen eines Artikels von Thomas Carothers „Debating the ‚Sequencing Fallacy‘“ (Carothers, 2007, S. 12-27) mit Thomas Carothers, Jack Snyder und Francis Fukuyama werden die unterschiedlichen Demokratievoraussetzungen diskutiert und zeigen die Bandbreite der Positionen (Carothers, Snyder, & Fukuyama, 2007).

Ich möchte in der Folge dem formalen demokratischen Minimum von Robert Dahl und Juan Linz folgen, das sich an Schumpeters „realistischer Demokratietheorie“ anlehnt und sowohl prozedurale als auch institutionelle Minima umfasst, die in der Folge als „[...]unverzichtbare, unteilbare demokratische essentials“ (Puhle, 1997, S. 144) gelten: „[...]gleiches Bürgerrecht mit hoher Einschussrate, Anerkennung der klassischen Menschen- und Bürgerrecht inkl. Assoziationsfreiheit und Garantien für freie Information, Rechtsstaatlichkeit, regelmäßige, wirksame, freie und kompetitive Wahlen sowie die ausschließliche Ausübung politischer Macht durch gewählte und entsprechend verantwortliche und kontrollierbare Funktionsträger.“ (Puhle, 1997, S. 144)

Diese, wie Hans Jürgen Puhle sie nennt, „harten institutionellen Konsolidierungsanforderungen“ verhindern ein Verwischen der wichtigen Trennlinien zwischen Diktaturen und Demokratie, auch wenn sie auf den ersten Blick unflexibel scheinen. Die demokratische Konsolidierung ist als nicht eindeutig abgrenzbare Phase der Demokratisierung zu verstehen, sondern beginnt bereits mit ersten Wahlen und überlagert

sich mit der zweiten Hälfte des Transitionsprozesses. Adam Przeworskis Definition von Demokratie unterbietet hingegen noch Schumpeters' Minimaldefinition. Das konstituierende Merkmal für Demokratie ist für ihn die Unbestimmtheit der Ergebnisse politischer Entscheidungsprozesse.

6.2 Begriffsdefinition in der Konsolidierung

Wann spricht man von einer Transformation, wann von einer erfolgreichen Transformation, und welche Bedingungen und Hindernisse können auf dem Weg dorthin auftreten? Im nachstehenden Kapitel sollen die Begriffe, die zur Beschreibung von Konsolidierungsprozessen verwendet werden, eingegrenzt und definiert werden.

Grundsätzlich sind nicht einzelne „Bedingungen“ oder „singuläre Ereignisse“ dafür verantwortlich, die die Demokratisierung politischer Systeme erlauben oder verhindern, sondern es sind jeweils, „wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Bedingungskonstellationen und Restriktionssyndrome die über den Erfolg und das Scheitern von demokratischen Transformationen mitentscheiden.“ (Merkel & Puhle, 1999, S. 11)

Wirtschaftliche und soziokulturelle Voraussetzungen geben die Transformationsergebnisse jedoch keineswegs vor. Diese bilden vielmehr den Rahmen in dem die politischen Akteure, d.h. Eliten und die Massen, in kooperativen Koalitionen oder konfliktreichen Auseinandersetzungen den Ablauf bestimmen.

6.2.1 Bedingungen der Transformation

Als „Bedingungen der Transformation“ sind vorhandene, wie auch durch politische Handlungen geschaffene, Voraussetzungen für eine „erfolgreiche Transformation“ zu bezeichnen. Als „erfolgreich“ wird eine Transformation dann bezeichnet, wenn die Etablierung und Konsolidierung demokratischer Institutionen und Entscheidungsmechanismen stattgefunden hat, die das oben bereits erwähnte „polyarchische Minimum“ Robert Dahls (Dahl, 1972, S. 3) erreichen oder überschreiten.

Dieses beinhaltet nachstehende acht institutionelle Garantien für funktionierende Demokratien:

Assoziations- und Koalitionsfreiheit

Recht auf freie Meinungsäußerung

Recht zu wählen (aktives Wahlrecht)

Recht in öffentliche Ämter gewählt zu werden (passives Wahlrecht)

Recht politischer Eliten um Wählerstimmen und Unterstützung zu konkurrieren

Existenz alternativer pluralistischer Informationsquellen

Freie und faire Wahlen

Institutionen, die die Regierungspolitik von Wählerstimmen und anderen Ausdrucksformen der Bürgerpräferenzen abhängig machen.

Die „Transformation“ beschreibt den Systemwechsel von autokratischer zu demokratischer Herrschaft. „Erfolgreich“ ist hiermit gleichzusetzen mit der Konsolidierung und Etablierung einer effizienten, marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung (Merkel, 1999, S. 11). Dennoch herrscht, wie bereits im vorangegangenen Kapitel erwähnt, alles andere als Einigkeit darüber, welche politischen, sozialen und ökonomischen Institutionen konsolidiert sein müssen, um von einer krisenresistenten Stabilität demokratischer System sprechen zu können.

6.2.2 Phasen im Systemwechselprozess

Philippe Schmitter teilte den Systemwechselprozess in drei verschiedene Phasen:

Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung, wobei sich die Konsolidierung mit der Demokratisierung überlappt, also vor dem Abschluss der Demokratisierungsphase beginnt.

Aus der Sicht des Beobachters hängt die Dauer des demokratischen

Konsolidierungsprozesses jedoch immer auch von der jeweiligen Definition ab, was unter

einem demokratischen System zu verstehen ist. Für Adam Przeworski ist eine Demokratie

konsolidiert, wenn ein bestimmtes System von Institutionen „the only game in town“ ist

(Przeworski, 1991, S. 26). D.h. wenn kein relevanter Akteur außerhalb der demokratischen

Institutionen agiert und auch diejenigen, die ihre Macht verloren haben, diese unter jenen

demokratischen Regeln wiederzugewinnen suchen, unter denen sie sie verloren haben. Für

Südeuropa haben Gunther, Diamandouros und Puhle ein Konzept „mittlerer Reichweite“ aus

ihren Analysen zur Demokratisierung in Südeuropa entwickelt. (Puhle, Diamandouros, & Gunther, 1995, S. 7) Ein demokratisches System gilt dann als konsolidiert, wenn alle politisch relevanten Gruppen alle zentralen politischen Institutionen als den einzigen legitimen Handlungsrahmen für den Wettbewerb um die politische Macht betrachten. Dieses System ist vor allem auf politische Institutionen und Verhaltensnormen ausgerichtet, es blendet jedoch die politischen Kulturmuster der breiten Bevölkerung aus.

An dieser Stelle ist auch der Konsolidierungsansatz Samuel Huntingtons zu erwähnen, der besagt, dass die Bevölkerung lernen müsse, dass Demokratie nicht primär bedeutet, gesellschaftliche Probleme zu lösen, sondern, dass Regierungen abgewählt werden können.

Democracies become consolidated when people learn that democracy is a solution to the problem of tyranny, but not necessarily to something else (Huntington, 1993, S. 263).

Hiermit unterscheidet Huntington zwischen der Anpassung der Eliten an demokratische Entscheidungsprozeduren und dem Lernprozess in einer Gesellschaft. Daher nimmt Huntington als vornehmlichen Konsolidierungsindikator einen „zweimaligen machtpolitischen Wechsel“ an (Huntington, 1993, S. 266). Dieser zeige, dass die zwei politischen Führungsgruppen des Landes den erlittenen Machtverlust nach demokratischen Wahlniederlagen akzeptieren. Des weiteren wird dokumentiert, dass die Massen zwar die Regierung, nicht aber das demokratische Regime ersetzen wollen (Merkel, 1996, S. 37). Das Problem an Huntingtons Darstellung ist jedoch der „Rezeptcharakter“ dieser Aussage. Es können politische Machtwechsel durchaus auch stattfinden, obwohl ein politisches System gleichzeitig von Dekonsolidierungserscheinungen betroffen ist bzw. umgekehrt wäre die Nachkriegsdemokratie der Bundesrepublik Deutschland erst 1982 als konsolidiert anzusehen gewesen.

6.3 Das Vier-Ebenen-Modell der Demokratisierung

In Anlehnung an die vorher vorgestellten Konsolidierungstheorien hat Wolfgang Merkel auf Basis einer von Linz und Stepan vorgestellten Systematik ein Mehrfachebenen-Modell der Konsolidierung entwickelt (Merkel, 1997, S. 10).

Die Ebene der konstitutionellen Konsolidierung.

Die Ebene der repräsentativen Konsolidierung.

Die Ebene der Verhaltenskonsolidierung potentieller Vetoakteure.

Die Ebene der Konsolidierung der Bürgergesellschaft (Merkel, 1996, S. 38).

Die institutionelle Konsolidierung beschreibt Merkel als die Konsolidierung der zentralen Verfassungsorgane und politischen Institutionen wie Staatsoberhaupt, Regierung, Parlament, Judikative und Wahlsystem. Diese wirken durch ihre normative, strukturierende und handlungseingrenzende Vorgaben auf die nachfolgenden Ebenen der „intermediären Interessensvermittlung“ ein (Merkel, 1996, S. 39).

Die repräsentative Konsolidierung findet auf der Ebene der Parteien und Verbände statt. Der Stand der Konsolidierung der repräsentativen und institutionellen Ebene entscheidet schließlich darüber ob auf der Ebene der Verhaltenskonsolidierung politische Eliten und Machtgruppen abseits der demokratischen Institutionen und demokratisch legitimierten Akteure ihre Eigeninteressen durchzusetzen suchen.

Abgeschlossen sieht Merkel den Vorgang der Konsolidierung schließlich wenn die Zivilgesellschaft als „Unterbau der Demokratie“ selbst konsolidiert ist. Dies dauert erfahrungsgemäß am längsten und kann sogar erst durch einen Generationenwechsel geschehen. Man kann davon ausgehen, dass die Konsolidierung der ersten Ebene meist am frühesten abgeschlossen ist und die auf der vierten Ebene am längsten dauert. Einzelne Ebenen der Konsolidierung wirken dabei auf andere, so wirkt zum Beispiel die erste Ebene durch normative, strukturierende und handlungseingrenzende Vorgaben auf die zweite Ebene der intermediären Interessensvermittlung ein. Die Konsolidierung entsteht nach diesem Verständnis aus der Summe konsolidierter, untereinander dependenter Teilregime (Merkel, 1997, S. 10).

Ein auf allen vier Ebenen konsolidiertes demokratisches System birgt hohe Widerstandsreserven gegen exogene Destabilisierungsschocks, die durch dramatische ökonomische oder außenpolitische Krisen entstehen können. Aber selbst dann müsste sich der „[...]Dekonsolidierungsprozess (...) über längere Zeitperioden hinziehen und alle vier

Ebenen erfassen, bevor Autokratisierungstendenzen den demokratischen Systemcharakter zerstören können.“ (Merkel, 1996, S. 40)

6.3.1 Die institutionelle Konsolidierung

Für Merkel ist die institutionelle Konsolidierung, diejenige die am frühesten abgeschlossen wird. Diese trägt dazu bei, die „fixierten Verfassungsnormen“ als ersten Schritt in die demokratische Konsolidierung zu begründen. „[...]Die institutionelle, intermediäre, Verhaltens- und einstellungsbezogenen Konsolidierungsebenen[...]“ können sowohl nacheinander als auch parallel verlaufen. Die Ebenen der repräsentativen Konsolidierung und der Konsolidierung der Zivilgesellschaft können bereits abgeschlossen sein, während die Organisation von Parteien und Verbänden noch erheblichen Schwankungen unterworfen ist bzw. nur schwach in der Gesellschaft verwurzelt sind. Hierbei spielen für Merkel stärker noch als die Wahlen, die „fixierten Verfassungsnormen“ eine entscheidende Rolle für die demokratische Konsolidierung, da diese am Anfang des gesamten Konsolidierungsprozesses steht. Dadurch prägt sie die Chancen der nächsten Ebene, - ihre übergeordnete Rolle kommt dann zum Tragen, wenn sie im Laufe des Konsolidierungsprozesses erstmalig zu einer „[...] drastischen Reduzierung der Verhaltenskontingenz führt“ (Merkel, 1996, S. 41). Die Verfassung verpflichtet die politischen Akteure auf einen Grundkonsens und verhindert übermäßiges gegenseitiges Misstrauen. Hierbei sind wiederum die drei nachstehenden Kriterien formaler Legitimation zu beachten:

Die Verfassung ist demokratisch legitim zustande gekommen.

Das Verfahren innerhalb der verfassungsgebenden Versammlung folgt demokratischen Prinzipien.

Der Verfassungsentwurf wird dem Volk im Rahmen eines Referendums vorgelegt und von diesem angenommen (Merkel, 1996, S. 42).

Die Wirkung der Verfassung auf die faktische Politik und die gesellschaftlichen Verhältnisse, löst gleichzeitig ein hohes Maß an Unterstützung aus und stärkt ihre Legitimation. Diese „empirische“ Legitimation wird von nachstehenden Kriterien unterstützt:

Die soziale und politische Inklusion ist gewährleistet – es sind keine größeren strukturellen Minderheiten oder politische und soziale Gruppen beim Zugang zur Macht grob benachteiligt worden.

Die Effizienz politischer Institutionen ist durch rasche Entscheidungen und Implementationen gegeben.

Die politische Effektivität ist durch Entscheidungen, die sichtbar zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen, gewährleistet.

Entscheidend ist für die demokratische Konsolidierung, auf welche Weise die zentralen politischen Institutionen mit dem Wahl- und Parteiensystem, dem Verbändewesen, der staatlichen Verwaltung und der Elitenrekrutierung harmonisieren.

6.3.2 Die repräsentative Konsolidierung

Die Formen der Interessensvermittlung zwischen Gesellschaft und staatlichen Institutionen lassen sich in eine territoriale (Parteien) und eine funktionale Ebene (Interessensverbände) unterteilen:

6.3.2.1 Parteiensysteme

Parteien unterliegen in postautoritären Transformationsgesellschaften drei Einflüssen. Erstens dem Transformationskonflikt zwischen autoritärem Regime und demokratischer Opposition, zweitens der sozialen „*cleavage*“ Struktur und schließlich dem Wahlsystem selbst. Längerfristig sind es vor allem soziale, in geringerem Maße auch personale, Konfliktlinien, die Struktur und Wettbewerbsdynamik der Parteien prägen. Dabei ist zu beachten, dass Wahlsysteme Parteien „rationalisieren“ können (Merkel, 1996, S. 46). Relative und absolute Mehrheitswahlsysteme gefährden die demokratische Konsolidierung, da sie das „Gebot der Inklusion“ verletzen. Reine Verhältniswahlsysteme ohne Sperrklauseln hingegen erlauben keine Bildung stabiler Regierungsmehrheiten.

Positiv wirken sich Parteiensysteme auf die demokratische Konsolidierung aus, wenn sie nachfolgende Eigenschaften besitzen:

Fragmentierungsgrad: Konsolidierungsfördernd wirken v.a. Parteien mit einem niedrigen oder mittleren Fragmentierungsgrad. Sind Parteien stark fragmentiert, politisch ideologisiert

und gehen mit schwachen Koalitionsregierungen und häufigen Regierungswechseln einher, so gefährden sie das gesamte politische System. Einer der Hauptgründe, die zur raschen Konsolidierung der postautoritären Demokratie Griechenlands geführt haben, lag im geringen Fragmentierungsgrad des Parteiensystems.

Polarisierung und Antisystemparteien: Parteien, die eine geringe ideologische Distanz zu den relevanten linken und rechten Flügelparteien aufweisen, besitzen Konsolidierungsvorteile.

Wählerfluktuation: Parteiensysteme mit niedriger und mittlerer Wählerfluktuation wirken sich konsolidierungsfördernd auf das Gesamtsystem aus. Zeichnen sich postautoritäre Parteiensysteme noch durch eine hohe Fluktuation aus, so zeigt deren Rückgang an, dass sich ein „[...] stabilisierendes Element der Parteienidentifikation“ herausbildet.

Griechenland zeichnet sich bis heute durch eine starke Wählerfluktuation aus, die auch nachhaltig vom Wahlsystem unterstützt wird.

6.3.2.2 Verbändewesen

Die Interessensvermittlung zwischen Staat und Gesellschaft wird komplementär auf der territorialen Repräsentationsebene durch die Verbände ergänzt. Diese Ebene ist jedoch in postautoritären Strukturen kaum ausgebildet. Die grundlegende staatliche Dominanz autoritärer Regime hinterlässt in diesem Fall eine sehr schwache Zivilgesellschaft, die einen Raum zur Organisation wirtschaftlicher Interessen, sozialer Gruppen und kultureller Strömungen erst entwickeln muss. Verbände sichern die „[...]wechselseitige Akzeptanz“ und „[...]Organisierung sozialer und wirtschaftlicher Interessen“ (Merkel, 1996, S. 46) einer Gesellschaft und ermöglichen dieses kollektive Handeln gegenüber konkurrierenden Interessen und dem Staat. Verbände sichern somit ein Mindestmaß an „[...]reziproker Erwartungssicherheit“ für die wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Akteure (Merkel, 1996, S. 49).

Somit sichert verbandliche Selbstorganisation gegenüber dem Staat wirkungsvolle autonome Handlungsräume. Steht politische Unsicherheit unter den für Transformationsgesellschaften typischen Bedingungen an der Tagesordnung, so stellen repräsentative Interessensverbände ein erhebliches Ordnungspotential zur Reduzierung der steuerungspolitischen Unsicherheit dar. Dennoch sind die hier aufgezählten Voraussetzungen meistens nicht gegeben und die Erfüllung der vielfältigen Aufgaben, die gerade junge Verbände in unkonsolidierten

Demokratien bewältigen sollen, daher nicht möglich. Diese besitzen weder den für Konzertierungen notwendigen Organisations- und Zentralisierungsgrad noch die „[...] daraus resultierende Selbstverpflichtungsfähigkeit ihrer Mitglieder“ (Merkel, 1996, S. 50). Daher ist es nicht weiter verwunderlich, dass Verbände in der ersten Phase des Konsolidierungsprozesses keine nennenswerte Rolle spielen.

6.3.3 Eliten und Zivilgesellschaft

Wie bereits in der Einleitung dieses Kapitels besprochen, stehen die einzelnen Ebenen im Modell Merkels nicht für sich allein, sondern greifen ineinander, beeinflussen sich gegenseitig und bedingen einander teilweise. Ich möchte die beiden Ebenen der Vetoakteure und der Zivilgesellschaft hinsichtlich der demokratischen Konsolidierung daher zusammen behandeln, da die Interdependenz dieser stärker ist als die der beiden vorangegangenen Ebenen.

Zivilgesellschaft wird als nichtstaatliche Handlungssphäre angenommen, in der sich „[...]eine Fülle pluraler und miteinander konkurrierender wie auch kooperierender Initiativen bewegen um ihre Interessen wirkungsvoll und selbstorganisiert[...]“ zu vertreten. Diese Definition weist bereits darauf hin, dass Zivilgesellschaft kein homogener Akteur ist, sondern vielmehr ein Sammelbecken unterschiedlichster Akteure darstellt, die einen „normativen Grundkonsens“ teilen (Merkel & Puhle, 1999, S. 166). Somit können folgende Organisationen der Zivilgesellschaft zugerechnet werden: Verbände und Interessensgruppen, kulturelle, religiöse Vereinigungen, Bildungseinrichtungen und Informationsnetzwerke, Entwicklungsorganisationen (NGO's, Selbsthilfegruppen), ...

Diese Gruppen können individuell agieren, Netzwerke bilden oder sich gar zusammenschließen und gemeinsam handeln. Die Zivilgesellschaft stellt einen „Schutzmantel“ dar, der demokratietheoretisch betrachtet vor staatlicher Willkür schützen soll. Sie soll die Autonomie des Individuums garantieren, die Sicherung des Eigentums (lt. Locke) sicherstellen, eine vor dem Staat geschützte Sphäre sein, und soziale Konfliktlinien entschärfen. Ein sich wechselseitig überschneidendes Kommunikationsnetz, sowie überlappende Mitgliedschaften in Vereinigungen und Vereinen tragen zum Abbau sozialer Klüfte bei.

als Schule der Demokratie dienen. Die Ausbildung von Werten, und die Verankerung derselben, Toleranz, Akzeptanz und nicht zuletzt politischer Eliten.

ein Medium „[...]zu demokratischer Selbstreflexion“ (Merkel & Puhle, 1999, S. 170) herausbilden.

Die Zivilgesellschaft stellt der Demokratie ein „[...]normatives, und ein partizipatorisches Potential zur Verfügung“, das die Demokratie vor autoritären Angriffen und Versuchungen schützen soll. Am einheitlichsten artikuliert sich die Zivilgesellschaft in der Phase des Niedergangs eines repressiven Systems.

Der Grad der demokratischen Konsolidierung ist vor allem davon abhängig, auf welche Weise „konstitutionelle Arrangements“ erfolgen, wie die handelnden politischen Akteure (Regierung, Präsident, Parteien und Verbände) die durch die Institutionen definierten Handlungsspielräume interpretieren und akzeptieren. Merkel sieht die Akzeptanz der demokratischen Konsolidierung vor allem von ihrer Legitimität abhängig, wobei Legitimität als „[...]der Glaube, dass das Ensemble der existierenden politischen Institutionen und Verfahren besser ist, als jede andere Systemalternative“ (Merkel, 1996, S. 52) verstanden wird. Gleichzeitig fällt mit dem Anstieg der Legitimität eines demokratischen Systems die Attraktivität alternativer Herrschaftsformen, wobei gerade junge Demokratien, durch die Delegitimierung des autokratischen Systems zuvor, mit einem „Vertrauensbonus“ starten. Abschließend ist zu sagen, dass Legitimität auf den unterschiedlichen Ebenen unterschiedlich schnell angesammelt oder verloren werden kann.

Der Ausgang aller Systemwechsel ist prinzipiell offen. Der Institutionalisierungsprozess, wie auch der Konsolidierungsprozess können bei gezielten antidemokratischen Strategien der Vetoakteure, Fehlhandlungen, usw. in jedem Stadium seiner Entwicklung scheitern. Je fortgeschrittener jedoch der Institutionenbau und je tiefer Parteien und Interessensverbände in der Gesellschaft verankert sind, desto besser sind die Chancen zur Konsolidierung. Dementsprechend wichtig sind Weitblick und „Geduld“ der demokratiegeneigten politischen und marktwirtschaftlich orientierten ökonomischen Eliten. Besagte Eliten, aber auch die Massen, politische Organisationen und gesellschaftliche Gruppen müssen genügend längerfristige Anreize und mittelfristige Erfolge bekommen, um

dem demokratischen Konsolidierungskurs selbst bei längeren „Durststrecken“ weiterverfolgen zu wollen (Merkel & Puhle, 1999, S. 180) .

Demokratische Konsolidierung stellt jedoch keinen „[...]irreversiblen Endzustand dar“ (Merkel, 2007, S. 417), sondern ist ein Gleichgewicht der „[...]definierenden Bestandteile eines demokratischen Systems“ (Merkel, 2007, S. 417). Dementsprechend schwierig sind konsolidierte Demokratien zu destabilisieren, da dies auf allen Ebenen geschehen müsste, weshalb Demokratien gute Reserven besitzen, ökonomische und außenpolitische Krisen zu überstehen.

6.4 Das Parteiensystem in der demokratischen Konsolidierung

Parteien nehmen im demokratischen Konsolidierungsprozess eine „[...]eindeutige Präferenz noch vor allen anderen sozialen und politischen Organisationen“ (Merkel, 1997, S. 12) ein. Eingebettet in das weiter oben eingeführte Vier-Ebenen- Modell bedeutet dies, dass der Mesoebene der Parteien gegenüber der Makroebene der zentralen politischen Institutionen und der Mikroebene der korporativen Vetoakteure (Ebene 3) und den Bürgern (Ebene 4) fundamentale Vermittlungsfunktion zukommt. Somit entscheiden die dominierenden Parteitypen und ihre politischen Ausrichtungen, auf welche Weise sich die von ihnen selbst im Prozess der Verfassungsgebung definierten Normen und Strukturen auf der ersten Ebene konsolidieren.

Um es noch deutlicher zu zeichnen: Parteien sind partielle Regime, deren Konsolidierung die Stabilisierung des demokratischen Regimes insgesamt beeinflusst. Weitere Teilregime sind z.B. nationale, territoriale Integration, die Exekutive, rechtsstaatliche Ordnung, die sozioökonomische und soziopolitische Interessensvermittlung, die soziale Inklusion und das Produktions- und Wirtschaftsregime (Merkel, 1997, S. 13). Diese Teilregime sind somit durchwegs interdependent, wobei Parteien und Parteisysteme direkt oder indirekt in alle diese Teilregime hineinwirken, wie sie ihrerseits von diesen in der eigenen Konsolidierung geprägt werden. Die politische Performanz der Parteien macht aber auch vor den Ebenen 3 und 4 nicht halt, da sie zum einen das Verhalten potentieller Vetoakteure beeinflusst zum anderen auch die Herausbildung einer staatsbürgerlichen Kultur beeinflusst, die das Sicherheitsnetz des zivilkulturellen Unterbaus für eine krisenresistente demokratische Ordnung schafft (Merkel, 1997, S. 12).

Morlino definiert:

Party organizations [...] are in a position to most powerfully facilitate consolidation or, conversely, to bring about a regime crisis. They are the social actors most capable of forming, maintaining, expressing, and deepening attitudes relating to regime legitimacy or illegitimacy (Morlino, 1995, S. 315).

Parteien haben in sich konsolidierenden Demokratien somit erweiterte Aufgaben: Sie sind die zentralen Akteure der Aggregation, Zielfindung und Elitenrekrutierung und autonome Faktoren der Politikformulierung, funktionieren aber mit Fortschreiten der „Normalisierung“ demokratischer Politik als entscheidende „gatekeeper“ und Kanäle für politischen Einfluss. Gleichzeitig vergrößern sich auch die Anzahl der Politikfelder und politischen Arenen (Merkel & Puhle, 1999, S. 144).

Parteien befinden sich somit im Spannungsfeld einer wachsenden Anzahl von Akteuren und Interessenten. Diese stellen immer größere Anforderungen an die Integrations-, Artikulations- und, meiner Meinung nach als wichtigsten Punkt, der Interessensvermittlungsfähigkeit der Partei. Die Herausforderung ergibt sich daraus, all diese Punkte „[...]mit dem realen Zustand der Partei, ihrer Organisation, der dahinter stehenden Wählerkoalition“ abzugleichen (Merkel & Puhle, 1999, S. 144).

7 Die demokratische Konsolidierung in Griechenland

7.1 Konsolidierung des griechischen Parteiensystems

Im nachfolgenden Kapitel soll erläutert werden, wie sich die Parteien im Konsolidierungsprozess nach der Militärdiktatur in Griechenland verhalten haben, und der Frage nachgegangen werden, wie die Konsolidierung der Parteien selbst von statten gegangen ist. Festzuhalten ist dabei, dass Parteien aus „[...] gesellschaftlichen Evolutionsprozessen ohne Zentralsteuerung“ (Merkel & Puhle, 1999, S. 146), (Merkel, 1997, S. 13) hervorgehen. Sie können somit nicht, wie Sartori (Sartori, 1994) es ausdrückt, im Zuge eines „*constitutional engineering*“ entworfen werden. Davon ausgehend, dass drei institutionelle Grundvoraussetzungen bereits gegeben sind, ein existierendes Staatsgebiet, und demokratische akzeptierte Spielregeln (die Definition des Regierungs- und des Wahlsystems), möchte ich nunmehr die Konsolidierung der Demokratie in Griechenland behandeln.

In Griechenland hatte man, nach dem Sturz der Militärdiktatur im „Wahlgesetz 650“, am 2. Oktober 1974, das verstärkte Verhältniswahlrecht, basierend auf dem Wahlgesetz von 1963, bestätigt und im selben Jahr zusätzlich das parlamentarische Regierungssystem eingeführt. Griechenland erfuhr nach 1974 eine Fortsetzung der politischen Ordnung vor der Diktatur (Wenturis, 1984, S. 94). Dies war auch deshalb möglich, weil die Dauer der Militärdiktatur relativ kurz war und diese keine nachhaltigen Strukturveränderungen durchführen konnte. Ich bespreche in der Folge die Parteien, die zum Zeitpunkt der immanenten demokratischen Konsolidierung nach der Diktatur maßgeblichen Anteil an der Gestaltung derselben hatten. Es wurden in den 90er Jahren nach dem „[...]Muster des Austritts einer politischen Persönlichkeit aus einer Partei, die dann oft einhergeht, mit der Gründung einer neuen[...]“ (Tsakalidis, 1999, S. 40) noch zwei weitere Parteien gegründet, die POLAN und die DIKKI. Die „Partei des politischen Frühlings“ (POLAN) wurde von dem „ND-Abgänger“ und ehemaligen Außenminister Antonis Samaras gegründet, und sieht ihre Schwerpunkte als patriotisch liberale Partei, in der Volkssouveränität und der eigenständigen Entwicklung Griechenlands. Erhielt sie bei der ersten Wahl 1993 noch 5% der Stimmen, scheiterte sie bei der darauffolgenden Wahl 1996 bereits an der Drei-Prozent-Klausel und verpasste den Einzug ins Parlament mit 2,9% der Stimmen und sollte in der Folge wieder von der politischen Bühne

abtreten. Auch der „Demokratisch Sozialen Bewegung“ (DIKKI) erging es nicht viel anders. Von Dimitris Tsovolas gegründet, nachdem er in Zuge des „Koskotas-Skandals“ die PASOK verlassen hatte, versuchte sie sich als Partei der „kleinen Leute“ und Bauern zu profilieren. Tsovolas selbst, ehemaliger, langjähriger und treuer Weggefährte von Andreas Papandreou, lehnte sich inhaltlich an eine „frühe PASOK“ an. Auch wenn er seine Partei genauso personalistisch wie die von Papandreou auszurichten versuchte, so kam er nicht an die Außenwirkung von Papandreou heran und auch seine Partei verschwand, nachdem sie bei der ersten Wahl, bei der sie antraten, noch respektable 4,5% einholten, in der Folge vom politischen Antlitz.

7.1.1 Die Nea Demokratia (ND)

Die „Nea Demokratia“ unter ihrem Vorsitzenden Konstantinos Karamanlis versuchte als Partei zum einen an ihre organisatorischen, sozialen und historischen Wurzeln vor der Diktatur anzuknüpfen und die sich daraus ergebenden Konsolidierungsvorteile zu nutzen. Zum anderen konnte sie glaubhaft versichern, nach der Militärdiktatur die stabilisierende und ausgleichende Macht darzustellen. Unter dem Motto „Karamanlis oder die Panzer“ suggerierten sie die einzige demokratische Alternative zur Rückkehr der Militärdiktatur zu sein. (Korisis & Lepszy, 1991, S. 221)

Mit der Parteigründung der „Nea Demokratia“ sammelte Karamanlis die konservativen Parteigruppierungen des bürgerlichen Lagers, aber auch Politiker des liberalen Zentrums um sich. Somit konnte sich die ND als „stabile Fortsetzung“ etablieren. Es würde jedoch zu kurz greifen den folgenden Wahlsieg der ND darauf zu reduzieren. Durch die Neugründung der ND war es möglich gleichzeitig auch als neue Mittelschichtspartei aufzutreten, die, sich auf die Widerstandsposition während der Diktatur berufend, eine klare Trennungslinie zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Rechten ziehen konnte und sich damit vom Konservatismus absetzen und neue Wählerschichten der Mitte, ja sogar links der Mitte ansprechen konnte. Auch verwendete man die Eigenbezeichnung „liberal-konservativ“, um sich leichter mit den politischen Strömungen Westeuropas identifizieren zu können. Tatsächlich konnte man das konservative Zentrum jedoch nie dem Liberalismus englischer Herkunft zurechnen (Zervakis, 1999, S. 655). So wichtig die Parteigründung der ND war, um einen Bruch zur vordiktatorischen Strukturen herbeiführen zu können, blieb die Partei

dennoch nur Beiwerk zu ihrem charismatischen Führer, der unter anderem gerade dafür belohnt wurde, auch weitgehend unabhängig von seiner Partei zu agieren. (Puhle, 1997, S. 156)

7.1.2 Die Panhellenische Sozialistische Partei (PASOK)

Einen gänzlich anderen Weg bestreitet die „Panhellenische Sozialistische Partei“ – PASOK. Der junge Andreas Papandreou wirkte ebenfalls im Exil am Widerstand gegen die Diktatur. Allerdings war die Neugründung der PASOK auch eine tatsächliche, da es, wie schon im ersten Kapitel beschrieben, in Griechenland keinerlei nennenswerte Arbeiterbewegungstraditionen gab. Dadurch war es, lt. Puhle, Papandreou und der PASOK nicht möglich anfänglich am Konsolidierungsprozess teilzunehmen (Puhle, 1997, S. 156). Dennoch, durch seine eindeutige Position zur Militärdiktatur besaß Papandreou ein sehr hohes Maß an Glaubwürdigkeit, was ihm bei seinem ersten Antreten immerhin 13,58% (Voigt, 1980, S. 674) der Stimmen einbrachte. Davon ausgehend, dass Papandreou weder auf bestehende Parteiorganisationen und Strukturen, und schon gar nicht auf Wahltraditionen zurückgreifen konnte, ist dieses Ergebnis bemerkenswert. Bei den Wahlen 1977 erreichte er bereits 25,33% der Stimmen.

Dennoch war die PASOK von 1974 in ihrer Programmatik aber vor allem in der Rhetorik ihres Führers eine radikale Partei. Der radikale Charakter wird bis 1981 zwar zunehmend schwächer, dennoch ist dieser meiner Meinung nach notwendig gewesen, um der Partei das notwendige Profil zu verleihen und ihre Positionen gegenüber der ND abzustecken. Der grundsätzliche demokratiekonsolidierende Faktor der PASOK findet somit auf einer Ebene statt, die von der wissenschaftlichen Literatur in der Konsolidierungsdiskussion sehr stark vernachlässigt wird.

Um erfolgreich sein zu können, musste die PASOK neue und eigene Strukturen schaffen, sich ihre Basis und Netzwerke erarbeiten und Mitglieder anwerben, die bis in die kleinsten Orte hineinreichen sollten. Gerade diese Strukturen waren und sind das Kapital jeder „catch-all-party“. Um dies zu verdeutlichen möchte ich kurz die Mitgliederzahlen aufgreifen. Die PASOK hatte bei ihrer Gründung 1974/75 zwischen 3.000 - 4.000 Mitglieder. Das nachfolgende Wahlergebnis spiegelte sich auch in den Mitgliederzahlen wider. Diese waren nunmehr auf 28.000 angewachsen, ein Jahr später konnte die PASOK bereits 40.000 Mitglieder zählen.

Vor der Wahl 1981 konnte sie ihren Mitgliederanteil mit 85.000 Mitgliedern beinahe verdoppeln. Ende 1982 waren es bereits 150.000 (Axt, 1985, S. 62-63).

Natürlich sollte man auch hier den Gesichtspunkt der Patronage nicht vergessen, da zahlreiche leitende Funktionen in der Administration nur über Parteimitgliedschaften zugänglich sind. Das Charisma Andreas Papandreou verstärkte diese an sich problematische Tradition des Personalismus und Klientelismus innerhalb von Staat und Partei. Dennoch muss festgehalten werden, dass sich erstmals in einer griechischen bürgerlichen Partei eine Mitgliederstruktur mit einer ansatzweise ideologischen Ausprägung (sozialistischer, dezentraler Reform- und Wohlfahrtsstaat) und ein funktionsfähiger, regional wie lokal straff durchorganisierter, zentraler Parteiapparat (ca. 2.000 Büros, „κλαδικές“), der die Parteiführung entsprechend unterstützte (Zervakis, 1999, S. 657).

Die Richtlinien, an denen sich die neu entstandene Partei orientierte, lagen in dieser ersten Phase außenpolitisch vor allem im Kampf um die Unabhängigkeit von den USA und anderer imperialistischer Zentren, und innenpolitisch in der Umsetzung einer „Volksherrschaft“, der sozialen Befreiung und der Demokratisierung. In diesem Sinne verstand sich die PASOK als eine radikale sozialistische Kraft, die die Herstellung einer sozialistischen selbst verwalteten Gesellschaft erreichen wollte. Trotzdem sollte man nicht daraus folgern, dass die PASOK sich auf eine unumstößlich solide, ideologische Basis stützte. Die ideologischen Ansätze sollten ihr auch später eher als Mittel dienen, um die erwünschten Ziele zu verwirklichen.

Das Ergebnis bei den ersten Wahlen 1974 konnte einerseits als durchwegs erfolgreich für eine dermaßen junge Partei bezeichnet werden, allerdings konnte man nicht darüber hinwegsehen, dass Papandreou die griechischen Verhältnisse nicht richtig eingeschätzt hatte. Nach dem ersten „Schock“ waren eine innenparteiliche „Säuberung“ sowie eine bewusste Deeskalation der Sprache, der politischen Reden und insbesondere eine Neupositionierung des Parteiführers selbst angesagt. Dadurch wurde Papandreou die einzige Stimme der PASOKschen Politik und Ideologie, was sich anhand zweier Vorgänge äußerte: einerseits die fortgesetzte und rasche Organisation einer Massenorganisation mit links-radikalem Selbstbewusstsein und andererseits die politisch-wahlbezogene Annäherung an die Wähler der sog. politischen Mitte bzw. die „Mitte-Links“ Wähler. Zu dieser Zeit wurde auch die starke „Anti-Rechte“-Identität der PASOK geprägt, die aber gleichzeitig auch durch

ihre ständigen Versuche, sich von der kommunistischen Linken abzugrenzen, zu erklären ist. Dennoch ist die Positionierung der PASOK aufgrund ihrer ideologischen Inkohärenz schwierig: sie schwankt zwischen revolutionärer linker Ideologie und realpolitischem Streben nach Macht. Um diese Gegensätze zu vereinen, bedarf es des schon mehrfach genannten „Populismus“ der von Andreas Papandreou meisterhaft bedient wird, und sich in der Folge als fester Bestandteil in der Orientierung der Partei konstituieren sollte.

Trotz dieser innenparteilichen Widersprüche war es der PASOK gelungen, sich als die Partei des Wandels zu präsentieren – das war auch das Motto dieser Zeit, nämlich „αλλαγή“ (*Allaghi*-Wandel/Wechsel (Zervakis, 1999, S. 656)). Die PASOK verkörperte die angestiegene soziale Mobilität, eine starke Politisierung, den nationalen Unmut - daher wurde sie in den Wahlen 1977 zweitstärkste Partei, die nunmehr eine umfangreiche sozialpolitische Bewegung anführte bzw. unter sich versammeln konnte, deren gemeinsames Kennzeichen eine Ablehnung der „Rechten“ war. Diese Entwicklung in Verbindung mit dem Verlust der Gültigkeit des Parteienprogramms der ND und dem Rücktritt von K. Karamanlis (er wurde zum Präsident der Republik) führten zum Triumph der PASOK bei den Wahlen 1981 mit 48%.

7.1.3 Die Kommunistische Partei (KKE/KKE-ES/Synaspismos)

Die kommunistische Partei wurde 1918 gegründet und war aufgrund der ersten Diktatur (1936-1941) und der Besatzungs- wie Bürgerkriegszeit (1941-1949) die einzige Kraft im linken politischen Spektrum, allerdings war es ihr nur möglich, im Untergrund zu arbeiten, da sie verboten war (Tsakalidis, 1999, S. 33). Der Einfluss, den sie im Rahmen der Verfolgung nicht systemkonformer Linker in der Nachkriegszeit, als sog. „παρακράτος“ (*parakratos*) ausüben konnten, war zwar nur begrenzt, aber beständig (Zervakis, 1999, S. 656). Sie konnte sich, trotz ihrer Spaltung in einen schwächeren intellektuell-eurokommunistischen Flügel (KKE/ES Synaspismos) und in die zahlenmäßig und politisch bedeutendere marxistisch-leninistische Einheitspartei (KKE), nach 1974 fest im griechischen Parteienspektrum verankern. Ihr Ziel war und ist es, den Aufbau der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft zu erreichen.

Allerdings bekam sie Konkurrenz durch die PASOK, die sich zwar permanent abzugrenzen versuchte, dennoch kommunistische Wählerklientel abwerben wollte, indem sie sich als „nicht-dogmatische marxistische Bewegung“ präsentierte. Aus ihrer eigenen Geschichte

heraus, konnte die kommunistische Partei in Griechenland sehr glaubwürdig in der Vertretung linker Positionen und gesellschaftspolitischer Anliegen auftreten.

Dementsprechend hatte sie einen, wie es Voulgaris ausdrückt „[...]prägenden Einfluss auf die PASOK“, was linke ideologische Positionen betraf (Βούλγαρης, 2002, S. 106-107).

Auch ist die Entwicklung der griechischen kommunistischen Partei nicht zu trennen von den Entwicklungen der anderen südeuropäischen kommunistischen Parteien und der gesamt kommunistischen Entwicklungen. Eines der herausragendsten Merkmale der kommunistischen Partei Griechenlands, der Widerstand gegen rechte, faschistische und diktatorische Regime, garantiert ihr bis heute einen festen Platz in der politischen Wahrnehmung, doch scheint gerade dies in der Transitionsphase ironischerweise ein Grund zu sein, weshalb sie nicht in einem Maße Wählerstimmen lukrieren konnte, wie es die PASOK getan hatte. Sie war vielen zu sehr Mahnmal einer Zeit, die man selbst, im Zuge des demokratischen Wiederaufbaus, vergessen wollte (Βούλγαρης, 2002, S. 104).

Nach 1974 unterlag die nunmehr geteilte kommunistische Partei einem Prozess, der beiden Strömungen die Entwicklung eines voneinander abgegrenzten Profils, einer eigenständigen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und unterschiedliche politische Funktionen aufzwang. Sie vertraten die Wählerschaft, die im Zuge des Widerstands gegen die Diktatur, vor allem des studentischen Widerstandes, die ihnen noch Jahrzehnte später als Wahlklientel erhalten bleiben sollte. Ihre Aufgaben reichten jedoch weiter: sie stand für und verlieh jenen politischen Einstellungen, Stereotypen und Weltanschauungen, Ausdruck, die bis dahin nur als Subkultur existieren durften, und auf diese Weise ausschließlich mit der kommunistischen Linken assoziiert wurden.

Im Zuge des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie gilt für die griechischen kommunistischen Parteien, was auch für die PASOK schon gesagt wurde. Durch ihre Spaltung war sie zu sehr mit sich selbst und ihrer Positionierung im politischen System beschäftigt, um eine bestimmende Rolle im anfänglichen Konsolidierungsprozess zu übernehmen. Allerdings nahm sie weder am „anti-rechten Kreuzzug“ teil, den die PASOK ausgerufen hatte noch hatte sie eine Strategie hinsichtlich der Regierung der ND und Karamanlis. Sie kritisierte die ND hinsichtlich ihrer eigenen anti-imperialistischen und anti-monopolistischen Positionen. So

konnte die kommunistische Partei erstmalig in der griechischen Geschichte als konstante linke politische, historisch gewachsene Partei auftreten (Zervakis, 1999, S. 658-659).

Im Hinblick auf die PASOK war die KKE durchwegs auf Zusammenarbeit bedacht, vor allem nach den Wahlen 1977, als offensichtlich wurde, dass ein Sturz der ND tatsächlich möglich war. Immanenten Profit konnte sie jedoch aus dem Wechsel der Wähler in das linke Lager keinen ziehen. Allerdings kamen ihr die antirechte, anti-imperialistische und populistische politische Kultur insofern entgegen, dass sie sich im politischen System unverrückbar etablieren konnte. Man sollte an dieser Stelle nicht den Fehler begehen, anzunehmen aus PASOK und Kommunisten seien politische Freunde geworden. Das Gegenteil war der Fall. Der Druck, den die PASOK mit ihrer „Anti-rechten Kampagne“ ausübte, war immens. Daher mussten die Kommunisten einen, entgegen ihrer eigenen Tradition, konsensorientierteren Weg einschlagen (Βούλγαρης, 2002, S. 112-115).

7.2 Der Übergang von der Militärdiktatur zur ersten demokratischen Regierung

Generell kann man mit den Studierendenbesetzungen des Athener Polytechnikums im November 1973 und der daraus resultierenden landes- und weltweiten Sympathiebekundungen, den „*point of no return*“ für die Militärdiktatur erreicht sehen. Danach wurde Papadopoulos von seinem eigenen Militärapparat deinstalliert, und von Adamantios Androutsopoulos ersetzt, der auch der letzte von der Junta eingesetzte Präsident sein sollte. Dennoch muss darauf hingewiesen werden, dass es zu keinem „Sturz“ der Junta gekommen war. Vielmehr erfolgte der Übergang zur Demokratie im Sinne einer „[...]zielgerichteten und qualitativen Systemveränderung“ (Spengler, 1995, S. 120). Die Ablösung des Militärregimes erfolgte somit „*top down*“. Als Auslöser ist das Zusammenwirken zahlreicher Faktoren während der manipulierten Demokratisierung über selbst hervorgerufene Regimekrisen festzumachen. Der Systemwandel selbst ging wiederum von einer Fraktion innerhalb der Armee aus. Die Obristen hatten sich, um ihre eigenen Interessen zu sichern, bereit erklärt sich im Sinne einer Koalition mit den Führern der Altparteien zu arrangieren. Die Grundlagen für das folgende Repräsentativsystem wurden somit in diesen „Eliten-Verhandlungen“ gelegt (Woodhouse, 1985, S. 163-166).

7.2.1 Die Regierung der „Nationalen Einheit“ unter Konstantinos Karamanlis

Am 24. Juli 1974 ließ das Militärregime als Kompromiss zwischen der konservativen Rechten und den moderaten Generälen, Konstantinos Karamanlis von Phaedon Gizikis vereidigen, der die Leitung der Übergangsregierung der „Nationalen Einheit“ übernahm. Somit tauschten die Militärs ihren nunmehr fragilen Machterhalt gegen eine, in ihren Augen langsame und weniger radikale Transition, welche mit Karamanlis gesichert schien (Katsoudas, 1987, S. 19).

Wieso aber Konstantinos Karamanlis? Zum einen war er 1963 freiwillig ins Exil gegangen und somit in keinsten Weise in den Sturz der Demokratie involviert gewesen. Seine eigene politische Vergangenheit wies ihn als demokratieerfahren genug aus, das Vertrauen sämtlicher Politiker des gesamten politischen Spektrums zu bekommen. Von einem Großteil der Bevölkerung bereits als der „große Erlöser“ (Diamandouros N. P., 1984, S. 55) erwartet, schien er die besten Voraussetzungen für einen Ausweg aus der Krise und einen stabilen Verlauf des Transformationsprozesses mitzubringen.

Karamanlis selbst durfte daher in dieser sehr empfindlichen Phase den Konsens der Gründungskalition keinesfalls gefährden. Er versuchte die ursprünglich negative Verbindung von Regimegegnern so zu lenken, dass diese die Demokratisierung verstärkt vorantrieb und in einem „normalisierten“ Alltag die Reformierung der Normen und Strukturen zu vollziehen. Es galt daher, sich erst über demokratische Wahlen zu legitimieren. Danach war es möglich die fragmentierte Gesellschaft und die rivalisierenden Institutionen zu integrieren. Daher zielte die Politik von Karamanlis vornehmlich darauf ab, jegliche innenpolitische Fragmentierung zu verhindern, sodass diese nicht für extremistische Splittergruppen empfänglich waren. Vorher war es jedoch notwendig, die Hauptakteure der Diktatur gewaltlos zu entmachten und die an der Transition beteiligten nicht-demokratischen Eliten zurückzudrängen (Spengler, 1995, S. 121).

Zu diesem Zeitpunkt wird der faktische Ausschluss der Linken von der politischen Teilhabe mit der Gefahr eines Rückfalls in die Diktatur, argumentiert. Die Wahl Karamanlis setzte eine gewollte Unterordnung der politischen Parteien unter einen einzigen, mit nahezu uneingeschränkter Entscheidungskompetenz ausgestatteten „Überparteilichen“, voraus (Diamandouros N. P., 1991, S. 158- 160). Dementsprechend war Karamanlis in der Lage seine

Entscheidungen als Ministerpräsident sehr autonom und ohne die Opposition einzubinden, zu treffen (Kallis, 1999, S. 283).

Als demokratisierende Sofortmaßnahme war die Schließung des Gefängnisinsel Jaros verbunden mit einer Generalamnestie für politische Gefangene gedacht. Bis dato Verfolgte durften nach Griechenland zurückkehren und bekamen ihre Bürgerrechte wieder, Presse-, Meinungs-, und Versammlungsfreiheit wurden hergestellt und verbotene Zeitungen wieder zugelassen (Kallis, 1999, S. 285). 108.000 Beamte wurden rehabilitiert und alle demokratischen Altparteien anerkannt. Schließlich wurde die KKE zum ersten Mal nach 1963 offiziell rehabilitiert und kehrte in die Legalität zurück. Neben der Entfernung der Symbole der Junta wurden Militär und Polizei entmachtet, und schließlich unterzeichnete Außenminister Mavros auf den Genfer Zypernkonferenzen die Waffenstillstandsabkommen vom 30. Juli und 16. August 1974.

Obwohl die Türkei darauf mit der Besetzung Zyperns reagierte, sah Karamanlis von einer bewaffneten Antwort ab, da das Militär ansonsten einmal mehr eine zu starke politische Rolle eingenommen hätte. Somit waren die Grundlagen zur Stabilisierung der Demokratie in dieser Phase gelegt worden. Sowohl die Initiierung als auch die Durchführung der Konstituierungsphase war zum einen von der reformorientierten Generalität als auch von den konservativen politischen „Player“ umgesetzt worden. Somit waren die linke Opposition als auch andere gesellschaftliche Interessensvertretungen in dieser Phase ausgeschlossen gewesen.

Dies geschah jedoch in einem relativ kurzen Zeitraum von einigen Monaten, in denen sowohl durch Inklusion der konservativen Eliten der weitere Verlauf der demokratischen Transformation festgelegt wurde, als auch durch die bewusste Exklusion der politischen Linken das Konfliktpotential niedrig gehalten wurde. Allerdings war die Linke in Griechenland organisatorisch damit beschäftigt, ihre Strukturen zu formieren und sich nach den Jahrzehnten der Verfolgung zu etablieren. Auch das Bewusstsein, dass gerade in dieser empfindlichen Phase, die langsame Entmachtung des Militärs Vorrang hatte, hielt die „Aufregung“ der Opposition in Grenzen. Gegenüber den ehemaligen Machthabern zeigte die Regierung ein beinahe zögerliches Vorgehen, das vielfach auf Unverständnis stieß. Dabei ist

jedoch zu bedenken, dass im Zuge des Zypernkonflikts mit der Türkei Karamanlis keine weitere Schwächung des Militärs erlauben konnte.

7.2.2 Die Parlamentswahlen 1974 und die Verfassungsrevision

Zuallererst wurde von Karamanlis am 1. 8. 1974 die Verfassung von 1952 wieder in Kraft gesetzt, womit vorläufig eine Restauration stattfand, mit der Einschränkung, dass die Staatsform selbst erst mit dem Volksentscheid am 8. 12. 1974 festgelegt wurde. Das Verbot der Kommunistischen Partei wurde aufgehoben, und alle politischen Parteien wieder zugelassen. Die Verfassung der Diktatur von 1968 und ihrer Zusätze wurden für ungültig erklärt. Zwar ist zu diesem Zeitpunkt noch immer General Gizikis Präsident, allerdings wurde dieser sehr bald von Stasinopoulos ersetzt, der damit auch der letzte von den Militärs eingesetzte Präsident war. In einer geheimen Wahl wurde Konstantinos Tsatsos vom Parlament am 19. 6. 1975 zum Präsidenten gewählt, womit die Militärs endgültig ihre Präsenz in der Regierung verloren (Tsakalidis, 1999, S. 15).

Die Parlamentswahlen am 17. 11. 1974 gewann Karamanlis in der Folge mit 54,37% eindeutig (Voigt, 1980, S. 674). Die Zentrumsunion bekam 20,42% und die erstmals antretende PASOK 13,58%. Die Kommunistischen Parteien traten gemeinsam an und kamen auf 9,47%. Die Bevölkerung hatte somit Karamanlis einen eindeutigen Auftrag erteilt. Unter dem Eindruck des diktatorischen Systems hatte man sich für einen Kandidaten entschieden, der nicht polarisierte, und der die Gefahr eines erneuten Putsches durch das Militär gering hielt. Der Slogan „Karamanlis oder die Panzer“ dominierte die Wählerentscheidung grundlegend.

Dies erlaubte ihm, dem Parlament einen Revisionsentwurf der Verfassung von 1952 vorzulegen und darüber abstimmen zu lassen. Ausgestattet mit 220 von 300 Sitzen im Parlament wurde dieser Entwurf nahezu unverändert verabschiedet. Diese Vorgehensweise wurde von den Oppositionsparteien keineswegs wohlwollend aufgenommen – sie blieben der Abstimmung fern. Man kann ohne Übertreibung feststellen, dass mit der am 11. 6. 1975 in Kraft tretenden Verfassung Karamanlis den Neubeginn nachhaltig bestimmt hat, nachdem er keinerlei Diskussion darüber zugelassen hatte.

7.2.2.1 *Republik oder Monarchie? Das Referendum von 1974*

Dazwischen stand allerdings noch die Frage nach dem zukünftigen politischen System zur Disposition. Die Entscheidung, die von der Diktatur durchgeführte „Volksbefragung“ zur Bestätigung der Abschaffung der Monarchie nicht hinzunehmen, sondern einmal mehr durch ein Referendum zu klären, war vor allem auf die Befürchtung einer Polarisierung des rechten Lagers zurückzuführen, das sich bezüglich der Monarchie keineswegs mehr einig war. Ein weiterer Grund war, den Parteien der Linken die Profilierung über die Gegnerschaft zur Monarchie zu unterbinden. Das Ergebnis des Referendums war eindeutig: 69,18% der Abstimmenden sprachen sich für die Republik, 30,82% für eine Rückkehr des Königs aus (Tsakalidis, 1999, S. 16). Der König hatte zwar erklärt, sich dem Willen des Volkes beugen zu wollen, allerdings hält er seine Thronansprüche bis heute aufrecht.⁷ Die Volksabstimmung über den Verbleib des Königs wirkte ebenfalls struktur- und demokratiestabilisierend. Zum einen wurden einmal mehr Entscheidungen umgesetzt, die eine Willensbildung des gesamten Volkes voraussetzten zum anderen, ist durch die eindeutige Ablehnung der Monarchie ein Faktor politischer Unruhe in der griechischen Geschichte eindeutig und klar beseitigt worden. Wahlen und ihr respektiertes Ergebnis schulen die Bevölkerung in der Akzeptanz demokratischer Institutionen und Vorgehensweisen. Auch die ND entging ihrer zuvor befürchteten Spaltung in Royalisten und Republikaner ohne Weiteres.

Die rasche Abfolge von konstituierenden Abstimmungen und ihr eindeutiges Ergebnis signalisierten die Überwindung der zuvor so stark ausgeprägten Spaltung der Gesellschaft. Noch einmal muss angemerkt werden, dass die politische Rechte ihren Machterhalt vor allem über die Verfolgung der Linken in Griechenland aufrecht erhalten hatte. Insofern hat die Diktatur auf jeden Fall, in ihrem Versuch die Gesellschaft zu einen, letzteres zu ihren eigenen Ungunsten erreicht. Dennoch sollte die Spaltung der Gesellschaft in Zukunft noch eine maßgebliche Rolle spielen, und in die politische Diskussion zurückkehren.

⁷ 1993 wurde im Parlament die völlige und entschädigungslose Enteignung König Konstantins II. mit den Stimmen der PASOK und der Kommunisten beschlossen. Auch wurden ihm und seiner Familie die Pässe entzogen, wobei ihm die Möglichkeit einen neuen zu beantragen offen gelassen wurde, unter der Bedingung der Anerkennung des Referendums und der Verfassung Griechenlands.

7.3 Die Verfassung von 1975⁸

Nach der im vorangegangenen Kapitel beschriebenen Revision trat die neue Verfassung am 11. 6. 1975 in Kraft. Die Verfassung war das Ergebnis einer Mischung aus den vorhergehenden griechischen und westeuropäischen Verfassungen - auf die aktuellen Gegebenheiten „zugeschnitten“. Die Verfassung besteht aus 120 Artikeln und ist in weitere vier Teile unterteilt, die die Grundbestimmungen über die Staatsform und die Beziehungen zwischen Kirche und Staat, individuelle und soziale Rechte und Organisation und Funktionen des Staates enthält.

Bereits in Art. 1, Abs. 1 ist die Staatsform definiert als „republikanische demokratische Republik“, und diese weist einen weiteren Schutzmechanismus auf – in Art. 110, Abs. 1 ist sie explizit vor Verfassungsänderungen geschützt. Parallelen zum deutschen Grundgesetz und die Konsequenzen aus der Militärdiktatur kann man, bezüglich der zentralen Stellung, die die Achtung der Menschenwürde in der Verfassung eingeräumt wird, erkennen. Auch werden die Griechen in der Verfassung direkt aufgefordert entsprechend Art. 20 Abs. 4 des deutschen Grundgesetzes, Widerstand mit „[...]allen Mitteln“ zu leisten, „[...]gegen jeden der es unternimmt, die Verfassung mit Gewalt aufzulösen“ (Grothusen, 1980, S. 624), (Σβώλος, 1998, S. 363-364). Zusammenfassend lassen sich nachfolgende Strukturprinzipien in der Verfassung erkennen (Wenturis, 1984, S. 98):

Die Staatsform als Republik

Das Prinzip der Demokratie. Wobei Art. 1 Abs. 3 besagt, „[...]alle Gewalt geht vom Volke aus“ und jede Art staatlicher Betätigung auf einen Willensentschluss des Volkes zurückzuführen ist. Art. 51 u. 60, Abs.1 definieren dafür ein repräsentatives System, keine der Staatsgewalten wird unmittelbar vom Volk ausgeübt.

Das Prinzip des Rechtsstaates soll, vor allem mit Art. 2 die Achtung der Menschenwürde und mit Art. 4 – 25 die Grundrechte garantieren, wobei letztere sich vor allem auf die Eingriffe des Staates in die Privatsphäre beziehen. Art. 26 gewährleistet die Gewaltentrennung. Die personelle und sachliche Unabhängigkeit der Richter wird in Art. 87 geregelt. Die Bindung der Staatsorgane an die Rechtsnormen werden in Art. 49,52 und 86 definiert.

⁸ Die griechische Version der Verfassung in (Σβώλος, 1998, S. 287-385) eine deutsche Version in (Grothusen, 1980, S. 577-624)

Zwar ist in der Verfassung wörtlich die Bezeichnung „Sozialstaat“ nicht zu finden, allerdings regelt Art. 17, Abs. 1 die individuelle Bindung des Eigentums, und Art. 25, Abs. 4 und Art. 106, Abs. 2 beziehen sich auf die Einforderung der solidarischen Pflicht der Gesellschaft und der wirtschaftlichen Entwicklungen, die nicht auf Kosten des Individuums gehen dürfen, wobei Art. 21 und 22 Familie, Bedürftige, die Gesundheit der Bürger, Schutz der Jugend, sowie Arbeit, Gleichbehandlung und Sozialversicherung als Aufgabe des Staates festlegen (Wenturis, 1984, S. 98-99).

7.3.1 Zur Bedeutung des Präsidenten in der griechischen Verfassung

Des Weiteren kann man in der Organisation des griechischen Staates die Herausbildung von zwei Machtzentren erkennen, Präsident und Regierung sind von der Bedeutung her einander gleichgestellt. Allerdings bleibt das Parlament in dieser Konstellation außen vor und der Präsident besitzt in beinahe „monarchischer“ Tradition eine Reihe von verfassungsmäßigen Instrumenten, aktiv in die Regierungsarbeit einzugreifen. Hintergrund dessen war das Bestreben Karamanlis, eine unabhängige und starke Exekutive zu schaffen. Hier sind Parallelen zu den Institutionen der V. französischen Republik zu erkennen, wo Karamanlis sein zehnjähriges Exil in Paris verbracht hatte. Dadurch trägt die griechische Verfassung von 1975 trotz ihrer Festlegung auf das parlamentarische System starke präsidentielle Züge. Gerade im Amt des Präsidenten kommt es in der Frage der Machtaufteilung und Herrschaftsbegrenzung, und somit im Hauptprinzip der Kontrolle von Macht und Herrschaft, eindeutig zu einer „Bevorzugung“ der Position des Präsidenten. Dennoch, weder die Ämter des Staatsoberhauptes und des Regierungschefs sind in der Hand des Staatspräsidenten vereint, noch ist die Regierung in ihrer Amtsführung vom Vertrauen des Parlaments rechtlich unabhängig.

Daher sind als Ausgleich zur politischen Bedeutung des Präsidenten eine Reihe „unabhängiger“ Machttäger in das Regierungssystem eingeplant, die durch gegenseitige „amtliche“ Koordinierung miteinander verbunden wurden. Zum einen durch die oben bereits erwähnte Gewaltentrennung (Art. 26), zum anderen, um eine gegenseitige Blockade und die Lähmung der politischen Prozesse zu verhindern, sind an genau festgelegten „Berührungspunkten“ diese Machttäger in der Weise koordiniert, dass nur wenn sie im

auszuübenden Beschluss übereinstimmen, dieser verfassungsmäßige Gültigkeit erlangen kann (Art. 35, Abs. 1) (Wenturis, 1984, S. 101), (Zervakis, 1999, S. 641).

Der griechische Präsident wird aber nicht direkt vom Volk, sondern durch das Parlament gewählt, wodurch seine demokratische Legitimation verringert wird. Allerdings besitzt der Präsident das Recht das Parlament aufzulösen, während Parlament und Regierung selbiges nicht können (Art. 41, Abs. 1 u. 2). Auch ist der Präsident in der Lage die Parlamentsarbeit auszusetzen (Art. 40) und er darf auf Vorschlag des zuständigen Ministers im Rahmen eines besonderen Ermächtigungsgesetzes Rechtsverordnungen erlassen (Art. 43, Abs. 2.). Der Präsident darf auch in dringenden nationalen Fragen Volksabstimmungen anordnen und sich in Botschaften an das Volk wenden (Art. 44, Abs. 2. u. 3) (Grothusen, 1980, S. 594-595). Die Ernennung des Ministerpräsidenten erfolgt ebenfalls durch den Präsidenten (Art. 87), allerdings benötigt er dazu das Vertrauensvotum der Regierung und er muss dem Vorsitzenden der stimmenstärksten Partei den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen. Wird dieser jedoch im Parlament nicht durch eine Mehrheit bestätigt, so liegt die Regierungsbildungsinitiative wiederum beim Präsidenten, der nunmehr nach eigenem Ermessen einen Ministerpräsidenten ernennen kann. Der auf diese Weise ernannte Ministerpräsident hat das Recht das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszurufen. Auch kann der Präsident eine Regierung entlassen, unabhängig ob sie im Parlament über eine Mehrheit verfügt oder nicht (Art. 38, Abs. 2).

Besonders interessant ist Artikel 48, Abs. 1 der griechischen Verfassung. Dieser besagt im Fall des Notstands (Art. 16), dass das griechische Staatsoberhaupt „[...] oberstes politisches Schiedsorgan“ (Art. 30, Abs. 1) ist, allerdings haben gerade die Regierungskrisen der Jahre 1985, 1989/90 und 1995/96 deutlich gezeigt, dass der Staatspräsident keinen institutionellen Führungsanspruch mehr stellen darf. Theoretisch kann der Präsident jedoch immer noch Teile der Verfassung, auch die Grundrechte, außer Kraft setzen, den Ausnahmezustand erklären, Ausnahmegerichte einrichten, sowie auch alle weiteren Maßnahmen setzen, um eine Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung zu ermöglichen. Spätestens nach 30 Tagen ist dieser Sonderstatus jedoch beendet, es sei denn das Parlament stimmt einer Verlängerung zu (Wenturis, 1984, S. 104-105), (Katsoudas, 1987, S. 21-27).

Die Verfassung von 1975 erlaubt somit, je nach politischer Situation und personeller Besetzung, jeweils entweder dem Staats- oder dem Ministerpräsidenten die entsprechende Positionierung im Machtgefüge. Karamanlis selbst blieb Ministerpräsident im Jahr 1975, obwohl er eine Verfassung durchgesetzt hatte, die seinen Einfluss im weiteren politischen Gestaltungsprozess „einzementiert“ hätte. Seine klare Parlamentsmehrheit erlaubte es ihm auch ohne die rechtlichen Bevorzugungen des Staatspräsidenten, seine Vorstellungen umzusetzen. In Zeiten, in denen die Regierung jedoch durch eine Zersplitterung der Mehrheitsfraktion geschwächt und dadurch in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist, ist der Staatspräsident und seine Interpretation „politischer Stabilität“, für das weitere Vorgehen von umso größerer Bedeutung (Kallis, 1999, S. 306).

7.3.2 Abschließende Anmerkungen zur Verfassung von 1975

Die neue griechische Verfassung bemühte sich einen bewussten Bruch mit der Vergangenheit herbeizuführen. Die verfassungsrechtliche Verankerung der politischen Parteien soll deren Pufferfunktion zwischen Regierung und Parlament unterstreichen. Eine ausdrückliche Betonung in der Verfassung finden die Würde des Menschen und die Grund und Freiheitsrechte (Art. 4, Abs. 25). In der Verfassung ist Griechenland als Rechts- und Sozialstaat konzipiert. Hierbei ist zu beachten, dass die Bestimmungen über Staatsform, Volkssouveränität und Gewaltentrennung nicht geändert werden können. Auch der Gleichheits- und Freiheitssatz ist unantastbar.

Das Außerkraftsetzen von Gesetzen und die Revision der Verfassung sind daher äußerst schwierig. Ein wesentlicher Punkt war das Verbot der Monarchie. Die Verfassung weist der Demokratiepraxis der 3. Republik somit eine eindeutig neue Richtung, allerdings könnte die Sonderstellung des Präsidenten in einer Krisensituation theoretisch einen Rückfall zu diktatorischen Mitteln „erlauben.“

7.4 Maßnahmen nach der Konsolidierung der Verfassung

Nachdem die Fragen der Verfassung und der Staatsform innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums geklärt waren und die durchgeführten Wahlen Karamanlis und seine ND mit einer unbestreitbaren und klaren Mehrheit ausgestattet hatten, waren die weiteren anstehenden Probleme zu lösen. Hatte man den Militärs nunmehr verfassungstechnisch den Einfluss

genommen, so waren immer noch die institutionelle Säuberung und die gerichtliche Verfolgung derselben ausständig. Gerade dieses Thema war jedoch nur mit großer Sensibilität zu handhaben. Hierbei waren mehrere Faktoren zu beachten. Eine zu gemäßigte Strafverfolgung würde unweigerlich die Enttäuschung der durchwegs emotionsgeladenen Bevölkerung zur Folge haben, die wiederum der Regierung ihre politische Unterstützung und somit ihrer Legitimationsgrundlage berauben würde. Eine zu bedingungslose Verfolgung derselben hätte im Zuge des Konfliktes mit der Türkei ebenfalls fatale Folgen, angesichts der daraus resultierenden Desintegration der Streitkräfte (Gaitanides, 1980, S. 316-318).

7.4.1 Zur Entpolitisierung des Militärs

Die Umstrukturierung und der politische Einflussverlust des Militärs, wurden keineswegs emotionslos von diesem hingenommen. Einmal mehr übte man sich in der Tradition des Putsches im Zuge einer Offiziersverschwörung am 25. 2. 1975 (Spengler, 1995, S. 130), mit der man die Regierung Karamanlis zum Rücktritt, und die Freilassung der inhaftierten Junta-Mitglieder erreichen wollte. Dieser ist allerdings rechtzeitig aufgedeckt worden, und gab der Regierung den Anlass konsequenter gegen Juntasymphisanten in Armee, Verwaltung und anderen staatlichen Institutionen vorzugehen.

Als unmittelbare Konsequenz des Putsches wurden 39 der Vorbereitung des Putsches verdächtige Offiziere verhaftet und es folgte ein am 5. 3. 1975 gefasster Gesetzesbeschluss, betreffend Umbesetzungen der Führungsspitze der Armee und Reaktivierung von suspendierten Offizieren. 225 Offiziere, davon 62 Generäle, wurden wegen beruflicher Unzulänglichkeiten, oder als Sympathisanten des Regimes in den vorzeitigen Ruhestand geschickt. Waren die Säuberungen innerhalb des Militärs bereits mit März 1975 abgeschlossen, so folgte im Juli/August desselben Jahres, der Prozess gegen die Hauptverantwortlichen des Putsches vom 2.4. 1967, Papadopoulos, Pattakos und Makarezos. Dem vorangegangen war ein Beschluss des Parlaments, der die Machtergreifung der Obristen als Staatsstreich definierte und somit die Argumentation der Obristen, es handelte sich um eine Revolution, und dadurch sei „[...]besonderes Recht gesetzt worden“ (Kallis, 1999, S. 320) entkräftete.

Die verhängten Todesstrafen wurden jedoch bereits zwei Tage später von der Regierung in lebenslange Freiheitsstrafen umgewandelt, um etwaigen Reaktion seitens des Militärs

vorzubeugen, aber auch um eine erneute Spaltung des Landes zu verhindern. Über 500 Personen wurden angeklagt (Veremis, 1997, S. 172-174), weitere 108.000 Personen (das entspricht ungefähr 1% der griechischen Bevölkerung) (Gaitanides, 1980, S. 318) wurden umbesetzt oder aus dem Staatsapparat entlassen, allerdings blieb das gesamte administrative Gerüst in sensiblen Bereichen wie Justiz und Polizei beinahe unverändert und entsprach der Besetzung der Junta-Zeit. Zu einer umfassenden Entfernung von Juntakollaborateuren kam es jedoch im universitären Bereich, womit einer Forderung der Studenten nachgekommen wurde.

Somit wurde das Militär, zum ersten Mal nach über 40 Interventionen, Putschversuchen und Verschwörungen seit der Gründung des griechischen Staates, auf seine „Kernaufgaben“ – der Verteidigung und Garant der Aufrechterhaltung der Demokratie, zurückgedrängt (Bakojannis, 1972, S. 71). Mit dem Abschluss der Institutionalisierungsphase waren somit die wichtigsten und kritischsten Entscheidungen sowie politischen und institutionellen Arrangements getroffen. Die Demokratiegegner waren nicht in der Lage gewesen, sich zu organisieren und die Institutionalisierung der Demokratie zu verhindern, oder gar eine Restauration des autoritären Regimes zu erzwingen.

Der kurzfristige Transformationsprozess erwies sich als stabil genug die endogenen Bedrohungen überwinden zu können. Die Generalität hatte sich trotz des Verlusts ihrer Macht durchwegs noch politische Mitspracherechte ausgemalt. Da diese nicht berücksichtigt wurden, wurde das politische System immer wieder von möglichen Destabilisierungsversuchen bedroht, wie verschiedene Verschwörungen gezeigt haben. Hierbei ist natürlich auch zu beachten, dass das Militär in sich eben keine geeinte Gruppe war, sondern unterschiedliche Loyalitäten hegte. Der Konflikt mit der Türkei in Zypern hatte die Obristendiktatur zwar gezwungen ihre Macht abzugeben, er hatte das Militär (und damit die jeweilige Elite) jedoch gleichzeitig davor bewahrt, einer vollständigen Säuberung zu unterliegen. Im Gegenteil, das angespannte Verhältnis zur Türkei wirkte sich günstig auf das Ansehen und die Selbstachtung des Militärs aus, das durch die Diktatur und deren unrühmliches Ende stark diskreditiert war.

Auch sollte der Beginn der Demokratie nicht unter den Vorzeichen der Vergeltung stattfinden. Die Stabilisierung des Systems war somit nur möglich gewesen, indem man das

Gleichgewicht fand zwischen der Verfolgung und Verurteilung der Verantwortlichen der Diktatur und dem Konsens der zukünftigen Rolle des Militärs. Ein stabiles demokratisches System war nur mit dem Einverständnis des Militärs und dessen Akzeptanz seiner politischen Exklusion umzusetzen. Hinzuzufügen ist, dass man von Beginn des Demokratisierungsprozesses an die Armee oder das Offizierskorps nicht kollektiv für die Diktatur verantwortlich gemacht hat (Axt, 1985, S. 178). Die PASOK hat zu Beginn der 80er Jahre für ihr Programm des „Wandels“ verstärkt beim Militär geworben, und die Armee als Beschützer der „[...]nationalen Unabhängigkeit, territorialen Integrität, des Friedens in der Region und der demokratischen Institutionen“ bezeichnet (Axt, 1985, S. 179).

7.5 Gewerkschaften und Verbände im Konsolidierungsprozess

Die theoretische Bedeutung der Gewerkschaften und Interessensverbände für den Konsolidierungsprozess wurden in Kapitel 5.3.2.2. bereits besprochen, allerdings möchte ich an dieser Stelle vorwegnehmen, dass selbige gerade im Falle Griechenlands keine ausschlaggebende Rolle in der Konsolidierung spielten. Dies hing vor allem mit ihrer Funktion nach dem griechischen Bürgerkrieg zusammen, und mit der Tatsache, dass der GSEE (Dachverband der griechischen Gewerkschaften) weitgehend den Gewerkschaftsstatus aus der Zeit der Diktatur beibehielt.

Erschwerend kam hinzu, dass sich der rechtslastige Vorstand immer wieder bestätigen ließ. Auf diese Weise war es möglich, linke Gewerkschaftsorganisationen aus dem GSEE auszuschließen oder gar nicht erst aufzunehmen. Auch die finanzielle Abhängigkeit vom Staat determinierte die unwesentliche Rolle der Gewerkschaft als politischer Akteur und erlaubte keine weitere Machtzunahme. Die Gewerkschaften waren politisch zerstritten und organisatorisch stark fragmentiert. Zwar war das Streikrecht sowie die de facto Unabhängigkeit der Arbeitnehmerorganisationen verfassungsrechtlich festgeschrieben und gesetzlich spezifiziert, allerdings reichten diese Rahmenbedingungen nicht aus, den Gewerkschaftsbund grundlegend zu demokratisieren (Fakiolas, 1987, S. 174). Um die Entwicklung und die Rolle der Gewerkschaften und Interessensverbände zu verstehen, ist es daher notwendig deren Geschichte ein wenig näher zu betrachten.

7.5.1 Zum relativen Einfluss der Interessensverbände vor und nach der Diktatur

Der Organisationsgrad der Gewerkschaften ist mit einem Drittel aller Arbeitnehmer in Griechenland eher gering. Durch die hohe Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung konnte die Gewerkschaft nicht die gesellschaftliche Stellung einnehmen, die Gewerkschaften in anderen europäischen Ländern haben. Die Gründe dafür sind zum Teil in den historisch gewachsenen Strukturen zu suchen, die zum einen die Berufsgewerkschaften und darauf basierend die enge Definition der Berufsgruppen vorsieht, in Kombination mit einer Gesetzgebung, die diese organisatorische Selbstständigkeit absichert. Gleichzeitig verhindert diese lokale Ausrichtung der Gewerkschaften die produktive Zusammenarbeit und die Bildung starker Föderationen. Es ist somit auch ein „politisches Anliegen“ die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt innerhalb der Gewerkschaften bewusst zu schwächen. Die staatliche Legitimation dafür lieferte den griechischen Regierungen in den Jahrzehnten zuvor die „notwendige“ Abwehr des Kommunismus (Katsanevas, 1985, S. 108). Demgegenüber stehen äußerst gut organisierte Industriellenverbände, die ihren Einfluss in der Politik über Gremien bzw. sogar durch direkte Eingriffe in die Tagespolitik geltend machen können.

Aufgrund dieser spezifischen Ausgangsbedingungen spielten die Gewerkschaften im Konsolidierungsprozess sowie in der Bündelung und Artikulation spezifischer Zielgruppeninteressen keinen großen Einfluss. Da sie traditionell kein Mittel der Interessensartikulation dargestellt hatten, waren sie auch nicht in der Lage, nach der Diktatur eine glaubhafte organisatorische wie auch strukturelle Neuorganisation durchzuführen. Im Gegenteil, sie wurden als Akteur, durch die Beibehaltung des von der Obristendiktatur eingesetzten Personals, bewusst daran gehindert, am Konsolidierungsprozess teilzunehmen. Die Tatsache, dass die Linke erstmals in der griechischen Geschichte aus dem politischen Untergrund treten konnte, hatte zur Folge, dass diese sich zum einen im Konsolidierungsprozess orientieren mussten sowie gleichzeitig ihre Struktur und Organisation aufzubauen hatte. So waren die Organisation der Arbeiter und ein „Neustart“ der Gewerkschaften aus einer Arbeiterbewegung heraus, in diesem Kontext, nicht möglich.

Abschließend betrachtet bedingte die dezentrale Natur des griechischen Kapitalismus in Verbindung mit einer politischen wie auch wirtschaftlichen Entwicklung zum Nachteil der organisierten Arbeiterschaft, die Unterentwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Genauer gesagt, waren es die inhärenten Widersprüche der dezentralen Wirtschaft Griechenlands, die zusammen mit den Interventionen des Staates in den Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen ein Ungleichgewicht geschaffen haben.

7.5.1.1 Die Gewerkschaften in Griechenland

Seit ihrer Gründung war die Gewerkschaft Spielball der Interessen des Staates und davon gekennzeichnet, die Struktur mit den eigenen Leuten besetzen zu wollen. Die Gründung der Gewerkschaft selbst erfolgte nicht, wie in anderen europäischen Ländern mit dem Einsetzen der Industrialisierung, sondern als gegenteilige Entwicklung, weil die Industrialisierung ausblieb (Gollomazou - Papas, 1991, S. 250). Nach dem 2. Weltkrieg wurde im April 1948, Makres zusammen mit einigen weiteren Personen, die zuerst mit dem Metaxas Regime und danach mit den deutschen Besatzern kollaboriert hatten, zum Vorstand des Dachverbandes der Gewerkschaften - GSEE gewählt. 1952 begann die Kommunistische Partei in das politische und gewerkschaftliche Leben einzudringen, konnte die Führungsriege der GSEE jedoch nicht ablösen. Makres blieb bis 1964 mit einer kurzen zweijährigen Unterbrechung, durchgehend an der Macht. In dieser Zeit kommt es immer wieder zur Konfrontation zwischen der Führung der GSEE und der Kommunisten, die wiederum ihre eigenen Arbeitnehmervertretungen zu gründen und zu organisieren suchen.

Der Höhepunkt der Auseinandersetzung findet 1956 statt, als es zur Gründung der DSK (Demokratische-Gewerkschafts-Bewegung) und der Dachorganisation SEO (Koordinierende Verbandskommission) kommt. 1967 konnte die SEO bereits 720 Gewerkschaften unter sich vereinen, die meisten davon waren von der GSEE nicht anerkannt, oder von der Wahlliste gestrichen worden. Dadurch kam es zur sogenannten „Doppelstruktur“ der Gewerkschaftsbewegung in Griechenland. Diese „organisatorische Dualität“ hatte einen hohen Grad an Zersplitterung und Unübersichtlichkeit zur Folge. Die Gewerkschaften organisieren heute ca. 35% der Arbeitnehmer (Gollomazou - Papas, 1991, S. 251).

Obwohl 1967 Polizeikontrollen und Eingriffe in Versammlungen sehr massiv stattfanden, um kommunistische Gewerkschafter zu behindern, kam es immer wieder zu Streiks,

Demonstrationen und gewaltsamen Ausschreitungen von Arbeitern, Bauern und Studenten. Zu diesem Zeitpunkt standen den 4.300 berufsständischen und fachspezifischen Verbänden nur 200 Betriebsgewerkschaften gegenüber. Die 4.500 Einzelgewerkschaften waren wiederum auf nationaler Ebene zu Föderationen zusammengefasst, die sich um die Gunst des Staates und die Repräsentation der Arbeitnehmer gegenseitig das Wasser abgruben. Das Ergebnis der Konkurrenzbeziehung der Konföderationen, die immer nur versuchten den Wünschen der eigenen Klientel nachzukommen, hatte zur Folge, dass eine Zusammenarbeit oder Koordination derselben Interessen nicht möglich war. Selbst der öffentliche Dienst wurde von zwei rivalisierenden Organisationen der ADEDY (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst) und der SEDOL (Gruppe unabhängiger Gewerkschaftsorganisationen) (Hering, Demetriou, & Kelpanides, 1980, S. 88-106).

Die Regierung versuchte die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften nicht nur durch ein „teile-und-herrsche-“ Prinzip einzuschränken, sie unterstützte diese Entwicklung zusätzlich, indem sie innerhalb des GSEE-Vorstandes, also im „Dachverband“, Richtungsgewerkschaften installierten, die als Sprachrohr der politischen Parteien fungierten. Diese eindeutige politische Abhängigkeit schwächte die Stellung der Gewerkschaft zusätzlich gegenüber den Arbeitnehmern (Gollomazou - Papas, 1991, S. 265-266). Dem nicht genug kam es in Folge immer wieder zu Flügelkämpfen und Abspaltungen. Somit wurde eine kontinuierliche Arbeit der Vertretungen von vornherein unmöglich gemacht. Der Versuch überparteilicher Kooperationen wurde durch das Übergewicht der DS (Demokratische Zusammenarbeit) zusammen mit der faschistischen EDEK (Einheits-Demokratische-Zusammenarbeit) immer wieder verhindert. Diese Machtposition wurde zusätzlich durch das Mehrheitswahlrecht unterstützt, sodass „[...]die führungstreuen Splittergruppen, überrepräsentiert bleiben konnten“ (Spengler, 1995, S. 139).

Die Folge dieser Entwicklungen war, eine Polarisierung und überdurchschnittliche Politisierung der Gewerkschaften. Die Bindung der Gewerkschaften an die Regierung erfolgte jedoch auch finanziell und rechtlich (Katsanevas, 1985, S. 110). Die Einnahmen der Gewerkschaften kamen zum Großteil aus Subventionen des Sonderfonds des Arbeitsministeriums und nur ein kleiner Teil wurde über Spenden und Aufnahmegebühren eingehoben. Die Verteilung der „Zwangsbeiträge“, die sowohl von ArbeitgeberInnen und Arbeitnehmer zu entrichten waren, erfolgte durch die staatliche Verwaltungsorganisation

von Sondereinnahmen der Arbeitskörperschaften „ODEPES“ (Organisation zur Verwaltung der Gewerkschaftsbeiträge) durchgeführt (Hering, Demetriou, & Kelpanides, 1980, S. 108). Erschwerend kam hinzu, dass das kollektive Streikrecht mit der Gesetzesänderung von 1976/77 eingeschränkt wurde.

Somit sind die relative Bedeutung der Gewerkschaft und ihre Leistung im besten Falle unzureichend. Der geringe Organisationsgrad der Arbeiter, zwischen 28% und 36%, der auf die relativ kleinen Betriebe und die langjährige Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zurückzuführen ist, schlägt sich proportional auf die Durchsetzungskraft und das wenig vorhandene Erpressungspotential der Gewerkschaften nieder.

7.5.1.2 Die Industrie- und Wirtschaftsverbände in Griechenland

So zersplittert und uneins die Gewerkschaften in Griechenland auftreten, so effektiv und durchsetzungsfähig sind die Industrie- und Wirtschaftsverbände. Sie kamen ohne Dachorganisation aus, waren jedoch branchenübergreifend, lokal oder regional organisiert und mit einem sehr effizienten Verwaltungsapparat und einem hohen Organisationsgrad ausgestattet (Spengler, 1995, S. 140). Nicht von Nachteil waren natürlich ihre Finanzkraft, Interessenshomogenität und wirtschaftliche Expertise. Der größte und bedeutendste Industrieverband, der „Verband der griechischen Industrien“ (SEB – „Σύνδεσμος Ελληνικών Βιομηχανιών“), ist somit ein Mischverband, der sowohl Regional- und Branchenverbände als auch einzelne Unternehmen vertritt. Diese Entwicklung ist auf die Struktur der griechischen Wirtschaft zurückzuführen. Wenige große marktbeherrschende Unternehmen stehen einer Vielzahl an Klein- und Mittelbetrieben gegenüber. Der Einfluss des SEB war weitreichend. Er ist sowohl in den Beratungsgremien der Regierung und im Wirtschafts- und Sozialrat vertreten, und agierte zusätzlich als Berater bei Gesetzesentwürfen. Ihm unterstand auch das Institut für Wirtschafts- und Industrieforschung, womit der SEB ständig in die Politik eingreifen konnte (Hering, Demetriou, & Kelpanides, 1980, S. 111).

7.5.1.3 Die Agrarverbände in Griechenland

Betrachtet man die Agrarverbände 1976, so zeichnet diese neben der Erwirtschaftung von 17% des Brutto Sozialprodukts auch noch ein ausgesprochen hoher Organisationsgrad von 63% aus, wobei 90% davon sogar als aktive Mitglieder geführt werden. Allerdings ist durch

die Zersplitterung des Genossenschaftswesens mit 7.000 Einzelgenossenschaften, die jeweils weniger als 75 Mitglieder aufweisen, alles andere als eine einflussreiche, schlagkräftige Interessensvertretung möglich. Dies ist zurückzuführen auf die Bodenreform von 1923, mit der zwar ein unabhängiges Bauerntum geschaffen wurde, durch die Parzellierung des Grundbesitzes allerdings wirtschaftliche „[...]Klein- und Zwergbetriebe geschaffen wurden“ (Hering, Demetriou, & Kelpanides, 1980, S. 113), deren Situation mit der Kommerzialisierung der Landwirtschaft zunehmend schlechter wurde.

Um Preissteigerungen und zu starken Abhängigkeiten vom Staat vorzubeugen, übernahm man die Förderung landwirtschaftlicher Genossenschaften über die Gründung der sog. „Agrarbank“ (ΠΑΣΕΓΕΣ, 2008). Schließen sich mindestens 15 Einzelgenossenschaften zusammen, bilden sie eine regionale Genossenschaftsunion, schaffen es wiederum fünf dieser Genossenschaftsunionen sich zusammenzuschließen, so kann eine Zentralgenossenschaft gegründet werden. Dieser können wiederum sowohl Einzelgenossenschaften als auch weitere Genossenschaftsunionen beitreten. Diese können auf allen Ebenen sowohl horizontal, also innerhalb der Zentralgenossenschaft, als auch vertikal mit anderen Genossenschaften, -unionen, und Zentralunion kooperieren. Die Spitze dieser Verbandspyramide bildet der „Panhellenische Zentralverband der Unionen landwirtschaftlicher Genossenschaften – PASEGES (ΠΑΣΕΓΕΣ, 2008) als oberster nationaler Interessensverband der griechischen Landwirtschaft. Die PASEGES ist sieht sich vor allem als Dienstleistungsorganisation. Sie vergibt Ausbildungsförderungen und beschafft Kredite, ist aber auch im Bereich der Forschung und Beratung tätig. Sie wird deshalb ihrem Anspruch die Interessen der eigenen Basis auch politisch vertreten zu wollen, kaum gerecht. Die Kontrolle durch den Staat wird dann offensichtlich, wenn man sich einmal mehr die Besetzung der Führungsgremien näher ansieht. Hier beschickt der Staat in oligarchischer Manier vor allem die Kreditgenossenschaften. Letztere vermitteln die Kredite der staatlichen Agrarbank. Um an derartige Kredite zu gelangen müssen die beantragenden Bauern wiederum unbedingt Mitglied in diesen Genossenschaften sein. Damit sind die Genossenschaften fest in staatlicher Hand. Diese Konstruktion erlaubte staatliche Interventionsmöglichkeiten durch die staatliche Agrarbank und den quasi-staatlichen Status vieler Aktiengenossenschaften (Hering, Demetriou, & Kelpanides, 1980, S. 116-117).

Die Frage ob diese Form und der Umgang mit den Genossenschaften der demokratischen Konsolidierung zu- oder abträglich war, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Die direkten staatlichen Besetzungen und Kontrollmöglichkeiten durch existenzsichernde bzw. existenzgefährdende Maßnahmen (Kreditvergaben), sind eindeutig nicht demokratiefördernd. Auch die zentralistischen Besetzungen und Sanktionsmöglichkeiten spiegeln die scheindemokratischen Strukturen innerhalb der Genossenschaften wider. Selbst die Pflichtmitgliedschaft in den Genossenschaften ist vor diesem Hintergrund kaum als konsolidierend zu identifizieren, da jegliche unabhängige bzw. nicht staatskonforme Interessensartikulation zwangsläufig an der „gläsernen Decke“ der staatlich besetzten Führungsgremien scheitert. Die Etablierung als Institution ist in diesem Kontext zwar durchaus erfolgt, allerdings wurde auf die derart gebündelten Interessen nur sehr selektiv von staatlicher Seite zugegriffen und dann eher um selbige zu kontrollieren als um sozialpartnerschaftliche Übereinstimmungen zu treffen. Im Konsolidierungsprozess waren sie somit wie schon die Gewerkschaften zuvor durch diese Maßnahmen als Akteur ausgeschlossen.

7.6 Politische Kultur und Gesellschaft nach der Militärdiktatur

Die politische Entwicklung in Griechenland nach der Militärdiktatur musste zu ihrer Konsolidierung neben dem institutionellen Aufbau, und der verfassungsrechtlichen Basis vor allem auch die Voraussetzungen in der Bevölkerung schaffen, um die Demokratie als glaubwürdige und bedingungslose Alternative zum vorhergehenden diktatorischen System zu etablieren. Durch die Selbstauflösung und den repressiven Charakter des diktatorischen Systems, startete die neu gegründete Republik natürlich mit einem Vertrauensvorschuss. Dennoch wurde gerade am Anfang ein nochmaliger Rückfall in eine weitere Diktatur befürchtet. Allerdings war dem Sturz der Diktatur vor allem auch ein gesellschaftlicher Prozess vorangegangen.⁹ So musste der Institutionalisierungsphase nach dem Obristenregime auch die Transformation der Einstellungsmuster, Verhaltensweisen und Wertvorstellungen folgen. Nimmt man die Wahlbeteiligungen des Jahres 1977 als Kennzahl, so kann bei 80% durchwegs von einer Akzeptanz des neuen politischen Systems in der griechischen Bevölkerung gesprochen werden. Die Zunahme der Mitgliederzahlen bei

⁹ Dabei sind vor allem die gegen Ende der Diktatur zunehmenden Proteste aus der Bevölkerung (Studentenunruhen ...) anzuführen.

Parteien und Verbänden kann ebenfalls als steigende Akzeptanz in der Bevölkerung herangezogen werden, allerdings interferiert diese mit dem vorhandenen Klientel-, Patronagesystem. Zu dieser Zeit laufen Vergangenheitsbewältigung und Aufklärung im Unterricht und in den Medien. Die stattfindenden gesellschaftlichen Veränderungen und Reformen hatten auch zur Folge, dass sich Mittelschichten herausbildeten, die in der aktiven Artikulation ihrer Bedürfnisse begannen, diese direkt an die Politiker zu richten. Das erwachende politische Bewusstsein ließ sich auch durch eine Verlagerung der politischen Interessen zugunsten der Linken beobachten.

Die PASOK vertrat mit dem von ihr lancierten Schlagwort des „Wandels“ mehr als nur ein Programm. Es war gleichzeitig der Ausdruck aller gesellschaftlichen Veränderungen in Griechenland, wie auch die Hoffnung, dass diese Veränderungen die eigene soziale Situation miteinschließen würde. Äußerst hilfreich für die Demokratisierung erwies sich die durch die Medien betriebene Aufklärungsarbeit. Dabei stand das Griechische Radio und Fernsehen (ERT) als Körperschaft öffentlichen Rechts unter staatlicher Kontrolle, Privatsender waren noch in weiter Ferne, da zu diesem Zeitpunkt verboten (Diepgen, 1980, S. 417). Dennoch wurde die demokratische Grundhaltung der staatlichen Sender nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Die wichtigsten Tageszeitungen deckten hingegen beinahe das gesamte politische Spektrum ab und waren auch parteipolitisch unabhängig. Die Bevölkerung wurde durch die Medien im Großen und Ganzen ziemlich gut erreicht. Umgekehrt hatten sie jedoch keinen Einfluss auf die Regierungsarbeit oder Politik. So stark die Interessensverbände in staatlicher Hand waren, so wenig waren staatliche Interventionen bei Presse und Medien möglich, und obwohl gerade die Zeitungen mit Auflagenproblemen und Konzentrationstendenzen zu kämpfen hatten, nutzten die Medien die verfassungsrechtlich verankerte Pressefreiheit und kamen ihrem Informationsauftrag, aber auch der Kontrolle der neuen Machttträger engagiert nach (Diepgen, 1980, S. 415), (Spengler, 1995, S. 142).

7.7 Wirtschaftsentwicklung nach der Diktatur

Einer der Gründe für die Auflösung der Diktatur war die Misswirtschaft und die Korruption derselben in diesem Bereich. Die Dollar- und Ölkrise hatte 1973 äußerst bedrohliche Ausmaße für Griechenland angenommen. Das vorangegangene griechische Wirtschaftswunder war das Ergebnis einer „überhitzten Weltkonjunktur“ gewesen, und nicht

das Ergebnis langfristiger Planung (Freris, 1986, S. 155-200). In Folge führte dies zu einem Kreislauf der nur mehr schwer zu durchbrechen war. Der Rückgang der industriellen Produktion und das Fehlen von agrarischen Erzeugnissen sollten durch eine Steigerung der Importe wettgemacht werden, womit sich die Kluft zwischen Import und Exporterträgen weiterhin empfindlich weitete. Auch die Preisoffensive der Ölproduzenten traf Griechenland härter als die meisten anderen Länder. Das Handelsbilanzdefizit konnte nicht mehr aus den Einnahmen durch den Tourismus und die Schifffahrt wettgemacht werden, wodurch sich die Auslandsverschuldung vervierfachte. Die der Diktatur inhärente politische Instabilität ließen die Kapitalzuflüsse aus dem Ausland zum Stillstand kommen. Der Versuch der Obristen die Inflation durch dirigistische Preiskontrollen in den Griff zu bekommen scheiterte an der Preisoffensive der Ölproduzenten, womit eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um über 30% einherging (Gaitanides, 1980, S. 301-102).

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die junge griechische Demokratie waren somit denkbar schlecht. Karamanlis versuchte durch eine Vielzahl an Maßnahmen eine Stabilisierung herbeizuführen. Dabei verfolgte er einen Ansatz der eine liberale Marktwirtschaft vorsah, sich dabei jedoch staatliche Interventionen vorbehielt. Dabei hatte er bereits das längerfristige Ziel des Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft im Auge. Aus diesem Grund wurde versucht, Importe zu begrenzen und durch Preis- und Lohnkontrollen und Investitionen in Forschung, Technologie, Regional- und Stadtplanung die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands zu erhöhen (Gemtos, 1980, S. 148). Diese Modernisierungspolitik zeigte bereits 1977 erste Erfolge (Τσουλφίδης, 2003, S. 285-286). Alle Bereiche der Wirtschaft konnten stabilisiert werden, das Pro-Kopf-Einkommen wuchs ebenso wie das BSP und die Exporte. Ebenfalls konnte die zuvor galoppierende Inflation von 30% auf 12% gesenkt werden (Gemtos, 1980, S. 150).

Somit war die wirtschaftliche Situation als einer der bedeutendsten destabilisierenden Faktoren in relativ kurzer Zeit gelöst worden. Der Tiefpunkt der wirtschaftlichen Rezession schien somit 1977 überwunden zu sein. Die Maßnahmen wurden von der Bevölkerung mitgetragen, da der private Konsum für diesen kritischen Zeitraum sehr stark eingeschränkt wurde. Dennoch konnte durch den gezielten Ausbau und die Investitionen in die eigene Infrastruktur auch in der eigenen Bevölkerung Verständnis gesichert werden. Der Erfolg der wirtschaftlichen Konsolidierung ist jedoch ausschlaggebend gewesen, die Akzeptanz

gegenüber dem vorhergehenden System zu steigern, und die eigene Legitimation zu festigen.

7.8 Auswertung der Entwicklungen nach 1974

Die Ausgangssituation war nach der Militärdiktatur keineswegs ein „rauschendes Fest der Demokratie“. Die Vielzahl der ungelösten Wirtschafts- und außenpolitischen Probleme waren durchwegs dazu geeignet die Stabilität der Demokratie zu gefährden. Wenn man von „unbedingten Grundvoraussetzungen“ demokratisch konsolidierender Faktoren ausgeht, so waren die meisten davon ausständig. Das vorhandene Mehrheitswahlrecht verfälschte das Wahlsystem, die Massenparteien waren zu diesem Zeitpunkt nur rudimentär ausgebildet, die Opposition und das Parlament in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Auch die bisherige Verankerung der alten Machteliten in Justiz, Bürokratie und Universitäten war bei der Umsetzung demokratischer Strukturen nicht hilfreich. Dem nicht genug stand das Militär weiterhin als Bedrohung im Raum, weshalb es galt eine doppelte Politik umzusetzen, die zum einen Zugeständnisse im Sinne eines „Appeasement“ beinhaltete (Veremis, 1997, S. 173), zum anderen dafür sorgen musste, dass das Militär als Staat im Staat, die Erfolge der Demokratisierung nicht gefährdete. Gleichzeitig wurden bei den nachfolgenden „Junta-Säuberungen“ die Interessen des Militärs berücksichtigt, wie schon erwähnt auch im Hinblick auf den Zypernkonflikt mit der Türkei. Zusätzlich musste das Militär jedoch diese Niederlage verkraften. Insofern hing die Frage, ob das Militär die zivile Suprematie in Frage stellen würde, als „Damokles-Schwert“ über dem Kopf der sich konsolidierenden Demokratie.¹⁰

Auch politisch befand man sich in einer neuen Situation. Die nunmehr aus dem Untergrund hervorgetretene Linke begann sich zu formieren, sowohl die KKE als auch die PASOK. Zwar stellte Karamanlis beiden Parteien die freie Teilhabe an der politischen Macht in Aussicht, allerdings waren gerade in dieser Phase beide Parteien von parlamentarischer, demokratischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Gleichzeitig waren beide Parteien damit „beschäftigt“ ihre Strukturen aufzubauen und sich im neuen politischen Umfeld zu orientieren. Bereits zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich die Tendenz einer Polarisierung der Bevölkerung in ein rechtskonservatives und ein linkes sozialistisches Lager ab. Dennoch war die Polarisierung eine Gefahr, sollte, aufgrund unüberbrückbarer Differenzen zwischen

¹⁰ Siehe auch die im Februar 1975 aufgedeckte Offiziersverschwörung.

Regierung und bis dato systemunterstützender Opposition, der fundamentale demokratische Konsens verloren gehen. Diese Situation ist jedoch keineswegs eingetreten.

Die wirtschaftlich vordringlichsten Herausforderungen schienen 1977 gelöst zu sein, allerdings klafften die Reallöhne und die bisher hohe Inflation weit auseinander. Regionale Ungleichbehandlungen und Arbeitslosigkeit waren die dringlichsten Probleme. Hinzu kamen das gestiegene politische Bewusstsein und die aus der wirtschaftlichen Verbesserung automatisch resultierenden steigenden sozialen Ansprüche. Die Griechen ergriffen somit bei den kommenden Wahlen zum demokratischen Mittel ihrer Unmutsäußerung. Bei den kommenden Wahlen 1977, die in weiterer Folge noch gesondert behandelt werden, verpasste die Bevölkerung Karamanlis einen, wie es Gaitanides in einer Kapitelüberschrift nennt, „Denkzettel des Undanks“ (Gaitanides, 1980, S. 330). Neben Streiks und Demonstrationen sollte das rechtsradikale „Nationale Lager“ (EP) = Εθνική Παράταξις/Ethniki Parataxis wieder knapp 7% bekommen (Voigt, 1980, S. 675). Dies war auf mehrere Gründe zurückzuführen. Karamanlis hatte vorzeitige Wahlen beschlossen, und dies dem Präsidenten mitgeteilt (Kallis, 1999, S. 323). Es gab keinen schwerwiegenden Grund dafür, allerdings hätten die Wahlen ein Jahr später unter für ihn ungünstigeren politischen Bedingungen stattgefunden, mit den bevorstehenden Verhandlungen mit der EG, der Türkei und den USA. Im Hinblick auf das bereits Erreichte, wollte er sich ein sicheres Mandat und einen neuen Auftrag holen. Diese Rechnung ging auf jeden Fall nur zum Teil auf. Die ND verlor 12,5% und die Hälfte davon an die „EP“. Diese war bei der ersten Wahl noch sehr verhalten aufgetreten, nun formierten sich nach dem ersten Schock die „[...]Juntagläubigen und extremen Monarchisten“ (Gaitanides, 1980, S. 331) unter stärkere Führung geeint und mit genügend finanziellen Mitteln versehen. War die ND bei den vorangegangenen Wahlen ihrer eigenen Spaltung entgangen, und die „EP“ mit dem jetzigen Ergebnis von 6,82% immer noch in der politischen Bedeutungslosigkeit, so reichte dies um die ND empfindlich zu schwächen. Ihren Erfolg verdankte die „EP“ ihrer Förderung durch starke Unternehmergruppen, die der dirigistischen Wirtschaftspolitik von Karamanlis keinesfalls wohlwollend gegenüber standen. Zwar wollten sie ihn nicht von der Macht abbringen, allerdings war dies ein ernst zu nehmendes Warnzeichen. Die bisherige Führung Karamanlis zeichnet sich durch sehr autokratische Züge aus. Sowohl politisch als auch in seiner Kommunikation verfolgte Karamanlis, euphemistisch ausgedrückt, einen „zentralistischen

Organisationsansatz“. Dies spiegelt sich wie bereits erwähnt in grundlegenden Teilen der Verfassung bezüglich der Rechte des Präsidenten wider, aber auch in seinen politischen Entscheidungen, die zum Großteil die Oppositionsparteien außen vor ließen, wie eben auch sehr interventionistisch alle Bereiche des Regimeüberganges bestimmten.

Auf der einen Seite ist eben diesem Verhalten auf jeden Fall der einheitliche und ruhige Regimeübergang geglückt, andererseits sah dadurch eine Vielzahl an Vetoakteuren, die den demokratischen Grundkonsens durchaus nicht in Frage stellten, nunmehr den Zeitpunkt gekommen ihre Interessen geltend zu machen. Vor diesem Hintergrund sind die nachfolgenden Parlamentswahlen von 1977 zu sehen. Diese sollten den ersten erfolgreichen Abschluss der Redemokratisierung darstellen, gleichzeitig aber das Paradoxon einleiten, vor dem die ND und Karamanlis stehen sollten, - je erfolgreicher diese die demokratische Konsolidierung und das Bewusstsein für Demokratie im Allgemeinen etablieren sollten, umso unausweichlicher war ihre eigene Ablösung an der Macht.

7.9 Die Parlamentswahlen 1977

Die Ausgangssituation war nunmehr eine andere als 1974. War bei den vorangegangenen Wahlen die Devise gewesen „Karamanlis oder die Panzer“, war die demokratische Konsolidierung soweit vorangeschritten, dass dies nicht mehr als Legitimationsgrundlage für Karamanlis reichen sollte. Zudem warteten die Zypernfrage und der EG-Beitritt als anstehende Entscheidungen, die eines neuen Auftrages bedurften. So sah es zumindest Karamanlis. Freilich wollte er damit auch seine Mehrheit aus der letzten Wahl hinüberretten, bevor diese weiter erodierte (Spengler, 1995, S. 149).

Die Parlamentswahlen zeigten eine deutliche Verschiebung des Parteienspektrums. Die ND hielt mit dem bereits angesprochenen Verlust von 12,5% immer noch die Mehrheit mit 41,85%. Der rechte Flügel vereinigte mit 50% weiterhin die politische Mehrheit unter sich, allerdings war die Linke mit insgesamt 37% stark wie nie zuvor. Hier bahnt sich der gesellschaftliche Wandel an, der 1981 endgültig vollzogen werden sollte. Dennoch, die Politik zeichnete sich nunmehr durch ausgeglichene Kräfteverhältnisse aus. Die nunmehr verfassungsrechtlich geschützten Institutionen schienen funktionsfähig und stabil und vor allem von der Bevölkerung akzeptiert zu sein, und der „Wählerwechsel nach links“ trieb das Militär keineswegs aus den Barracken. Die Annäherung der politischen Kräfteverhältnisse

kann ebenfalls als konsolidierendes Zeichen interpretiert werden. In Folge sollte die traditionelle Mitte bei der nächsten Wahl 1981 völlig zwischen den sich angleichenden Machtblöcken zerrieben werden. Die PASOK sollte die Nachfolge der früheren Zentrumspartei im Rahmen ihrer „*catch-all-Funktion*“ übernehmen.

8 Exogene konsolidierende Faktoren der griechischen Demokratie

Betrachtet man die Konsolidierung Griechenlands, so fallen zwei Faktoren ins Gewicht, die einen festen Platz in der nachhaltigen demokratischen Konsolidierung einnehmen. Sowohl der Beitritt zur Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft, wie auch zur NATO haben, unter unterschiedlichen Voraussetzungen, demokratiekonsolidierende Auswirkungen auf das politische und gesellschaftliche System ausgeübt.

Karamanlis betrieb die Wiederaufnahme in die EWG aus zwei unterschiedlichen Gründen. Zum einen ging es darum, durch die Verankerung Griechenlands in der EG, seinen Nachfolger vor vollendete Tatsachen zu stellen. Gleichzeitig konnte zu diesem Zeitpunkt durch die zunehmende Konsolidierung auch eine Harmonisierung der institutionellen Strukturen des Landes stattfinden, die Abweichungen von westeuropäischen Normen nicht mehr zuließ. Schwieriger war der Wiedereintritt in die NATO, sowohl in der Kommunikation als auch in der Rezeption der Massen umzusetzen. Die Politik der Vereinigten Staaten im Hinblick auf den Zypernkonflikt und die schon mehrfach angesprochene Fremdbestimmung Griechenlands durch Schutzmächte, waren noch zu frisch im Gedächtnis der Bevölkerung. Auch die Verstrickungen der USA mit der Militärdiktatur hatten einen bitteren Beigeschmack hinterlassen.

8.1 Wiedereintritt in die NATO

Mit dem 14. 8. 1974 war Griechenland aus der militärischen Organisation der NATO ausgetreten. Dies war als Reaktion auf die Unfähigkeit der militärischen Allianz geschehen, die Invasion auf Zypern zu verhindern und einen potentiellen Krieg zwischen Bündnispartnern auszuschließen. Gleichzeitig behielt man jedoch alle Militärbasen, NATO-Depots usw. bei, „[...]um die von der NATO zugestandenen Kontrollrechte über die Ägäis nicht zu verlieren“ (Spengler, 1995, S. 145). Zugeständnisse von Seiten der USA, die um eine verminderte Verteidigungskraft im Mittelmeerraum fürchten mussten, waren die Unterstellung der US-Basen unter griechisches Kommando und die Aufrüstung des griechischen Militärs (Manousakis, 1981, S. 19). Die ursprüngliche Forderung, ein Wiedereintritt sei nur dann möglich, wenn sich die Türkei aus Zypern zurückziehe, war nicht zu halten gewesen, nachdem alle bilateralen Verhandlungen mit der Türkei ergebnislos verlaufen waren. Auch internationale Interventionen des UN-Sicherheitsrates, des

Internationalen Gerichtshofes, der USA und der NATO konnten daran nichts mehr ändern. Der Zwist mit der Türkei um die Festlegung von Grenzen von Festlandssockel, Territorialgewässern und Flugkontrollrechten, Minoritäten und Erdölfragen blieben weiterhin ungelöst.

Die Türkei ihrerseits stationierte die „Ägäis-Armee“ an der Westküste Kleinasiens und begann ihrerseits mit seismologischen Untersuchungen in griechischen Hoheitsgewässern. Auch proklamierte sie am 13. 2. 1975 den türkischen Föderativ-Staat in Zypern, und begann mit der Vertreibung der griechisch sprachigen Minderheit aus dem von ihnen besetzten Gebiet. Somit standen die Vorzeichen am 6. 8. 1976 alles andere als günstig, den Konflikt friedlich beizulegen. Erst das Eingreifen des UNO Sicherheitsrates konnte die Kriegsgefahr abwenden. Karamanlis stand somit vor der Aufgabe sich gegen einen aggressiven Nachbarn abzusichern und gleichzeitig das Verhältnis zu den USA, das sehr spannungsgeladen war, auszugleichen. Somit sah Karamanlis sein Heil in einem Beitritt zur EG.

8.2 Der EG-Beitritt

Wie schon bei der NATO waren weite Teile des Assoziierungsabkommens mit der EWG, der man am 1. 11. 1962 beigetreten war¹¹, zu einem Großteil außer Kraft gesetzt worden. Die Regierung der „Nationalen Einheit“ stellte am 16. 6. 1979 den offiziellen Antrag auf Vollmitgliedschaft. Am 28. 5. 1979 wurde der Vertrag über den 1981 erfolgenden Beitritt unterzeichnet. Das Beitritts-gesuch wurde zum Thema der Wahl 1977, auf dessen Gegnerschaft sich vor allem PASOK und KKE festlegten, während die ND, die Zentrums-partei sowie die Eurokommunisten trotz unterschiedlicher Voraussetzungen für den EG-Beitritt aussprachen. Karamanlis forcierte den Beitritt trotz der wirtschaftlichen, wie auch außenpolitischen Schwierigkeiten.¹² Interessant hierbei ist, dass Andreas Papandreou in den 60er Jahren noch bedingungsloser Befürworter des EG-Beitritts war. Zwar waren die während des Wahlkampfes vorgebrachten Argumente undifferenziert und polemisch, allerdings teilte die EG-Kommission die seinerseits vorgebrachten rationalen Befürchtungen, die aufgrund der strukturellen Defizite und der ungleichen sektoralen Entwicklung, sowie der

¹¹ Am 9. Juli 1961 war das Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Griechenland (Vertrag von Athen) unterzeichnet worden.

¹² Die Türkei versuchte den Beitritt Griechenlands zur EG zu verhindern. Ein schneller Beitritt wurde jedoch auch im Hinblick auf die Anträge Portugals und Spaniens angestrebt, da man sich, von einer gemeinsamen Behandlung im Rahmen der Süderweiterung, Nachteile erwartete.

hohen regionalen Disparitäten in der Industrieproduktion ebenfalls eine sehr skeptische Haltung eingenommen hatte.

Nichtsdestotrotz setzte Karamanlis den Beitritt zur EG schließlich durch. Die schon angesprochenen institutionellen konsolidierenden Faktoren wurden längerfristig tatsächlich umgesetzt. Allerdings trug das Thema, ob der ihm innewohnenden Polarisierung durch die beiden Führerfiguren Karamanlis und Papandreou, auch zur weiterreichenden Polarisierung der politischen Lager bei. Während Karamanlis den Slogan „Griechenland gehört zu Europa“ verwendete, bediente Papandreou die Ressentiments mit „Griechenland gehört den Griechen“. Recht hatten beide. Es gab rationale Gründe für und gegen einen Beitritt zur EWG. Dennoch sollten die ökonomischen Vorteile des Beitritts, die Förderungen zur Modernisierung der Landwirtschaft, Industrie und Verwaltung, aber auch die außenpolitische Stärkung gegenüber der Türkei die Entscheidung des Beitritts nachhaltig konsolidieren (Kallis, 1999, S. 338).

An der Frage des EG-Beitritts Griechenlands kann man verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen, die nach der Militärdiktatur stattfanden, festmachen. Die wirtschaftlichen Veränderungen und die daraus resultierenden Befürchtungen besetzten die Frage der Mitgliedschaft sowohl emotional wie auch rational. Der Einfluss der EG auf Griechenland löste den Beißreflex wider die Einmischung ausländischer Schutzmächte aus. Der gleichzeitig schwellende Zypernkonflikt machte die drückende Abhängigkeit im internationalen Beziehungsgeflecht klar. Die Einbettung in die EG bewirkte auf jeden Fall eine ökonomische wie auch außenpolitische Stabilisierung des Landes. In der innenpolitischen Stimmung sollte es Karamanlis jedoch keineswegs gedankt werden, diese Entscheidungen abseits des Meinungsbildungsprozesses der Bevölkerung, getroffen zu haben. Der Beitritt selbst konnte, zu diesem Zeitpunkt, nur „*top-down*“ getroffen werden, da im freien Spiel der politischen Kräfte und im Zuge der bereits in der Einleitung zu diesem Kapitel angesprochenen Erfahrungen mit einem repressiven System, die erneute Pflichterfüllung im Rahmen der Wirtschaftsgemeinschaft und die damit assoziierten Zwänge, durch die Wähler nicht zugelassen worden wäre.

9 Die Wahl von 1981 – das Ende der konservativen Ära

Griechenland musste nach der Obristendiktatur 1974 zweifelsohne seine demokratischen Strukturen neu aufbauen. Nimmt man als Bedingung für Demokratie die Teilhabe aller Akteure des politischen Spektrums, so ist Griechenland in der Zeit nach dem Bürgerkrieg bis hinauf zur Machtübernahme durch das Militär als „*defective democracy*“ (Merkel & Croissant, 2004, S. 199-213) zu definieren. Die Verfolgung der Kommunistischen Partei, und der Linken im Allgemeinen, ließen „demokratische Wahlen“ als unzureichend erscheinen. Gesellschaftlicher Wandel und Entwicklung projizierten sich dementsprechend auf die „Zentrumsunion“ 1963/64 von Georg Papandreou, wobei dieser durch die Obristen zu einem abrupten Stillstand kam.

Somit waren nach 1974 mehrere Entwicklungen in Angriff zu nehmen. Neben dem Aufbau und der Konsolidierung demokratischer Strukturen und Institutionen war es vor allem auf der Ebene der Eliten und Zivilgesellschaft, dabei besonders auf der Ebene der Massenzustimmung, notwendig, eine Wiederaufnahme der unterbrochenen gesellschaftlichen Entwicklungen zu gewährleisten. Nach der Diktatur wurde die ND mit einer satten Mehrheit ausgestattet. Ausschlaggebend dafür war zum einen die bewusst geschürte Angst vor einem Rückfall in das repressive System der Diktatur, zum anderen wurde ein Anknüpfungspunkt vor dem Militärsturz gesucht, der ein gewisses Maß an Stabilität gewährleisten sollte. Mit dem erfolgreichen Aufbau der demokratischen Institutionen und Strukturen, der Inklusion der bisher ausgeschlossenen politischen Kräfte und dem Ansteigen des subjektiven Sicherheitsgefühls, das u.a. aus der Aufarbeitung der jüngeren repressiven Vergangenheit resultierte, setzte sich der gesellschaftliche Wandel, der vor der Diktatur eingesetzt hatte, fort. Bereits das Wahlergebnis von 1977 zeigte ein Angleichen der politischen Kräfte, mit den Wahlen von 1981 sollte nunmehr ein weiterer Machtwechsel stattfinden. Erstmals in der Geschichte der griechischen Republik wurde eine linke, sozialistische Partei mit einem eindeutigen Votum ausgestattet, die Macht im Lande zu übernehmen. Dies ist aus mehreren Gründen beachtlich.

In meinen Augen kann die griechische Demokratie zu diesem Zeitpunkt als nachhaltig konsolidiert betrachtet werden. Der 1981 stattfindende politische Machtwechsel stellte eine wesentlich größere Belastung für das demokratische System dar, als die Neugründung der

Republik nach der Diktatur selbst. Es trat dieselbe Situation ein, die bereits 1967 jene extremen militärischen Kräfte auf den Plan gerufen hatte, die den Sturz des damaligen politischen Systems herbeigeführt hatten. Obwohl selbst im Juni 1981 Gerüchte eines erneuten Militärputsches aufgekommen waren, blieb das Ergebnis der Wahlen davon unbeeindruckt (Kallis, 1999, S. 352). Der Wahlsieg für die PASOK war eindeutiger als vorhergesagt. Mit 48,06% und 172 von 300 Sitzen¹³ verfügte sie über eine unangefochtene absolute Mehrheit. Die ND verlor mit 35,86% und 115 Sitzen über 6%, obwohl das Nationale Lager, das bei den Wahlen 1977 fast 7% erhalten hatte, zu ihren Gunsten bei diesen Wahlen nicht mehr angetreten war. Sowohl die Rechtsextreme als auch die Zentrumsparteien verloren ihre Parlamentssitze. Einzig die KKE konnte sich mit 10,92% leicht verbessern.

Der Wahlkampf 1981 wurde von beiden Großparteien stark polarisierend geführt. Ausgerichtet auf die beiden Spitzenkandidaten Papandreou und Rallis, schaffte es die PASOK zunehmend die ND in die Defensive zu drängen. Die ND konnte ihre Leistungen nicht entsprechend herausstreichen, während die PASOK mit ihrem Versprechen des „Wandels“ den Wünschen und Hoffnungen der Gesellschaft entsprechend Ausdruck geben konnte. Die ND konnte auch ihre bisherigen Erfolge nicht mehr geltend machen und zeigte nach außen hin ein stark zerrüttetes Bild.

Auch war die Inflation zu diesem Zeitpunkt wieder auf 25% angestiegen, womit die wirtschaftliche Kompetenz der ND in Frage gestellt wurde. Des Weiteren war nicht mehr Karamanlis angetreten, sondern Georg Rallis, womit die ND ihr prominentestes Aushängeschild verloren hatte. Die ND befand sich auch im Spannungsverhältnis sowohl rechtsextreme als auch liberale Wähler ansprechen zu wollen. Der bereits angesprochene Antrittsverzicht des Nationalen Lagers auf Initiative der ND ließ die Glaubwürdigkeit der ND als rechte Zentrumsparterie weiter sinken. Die ND erschien aufgrund dessen immer stärker als Verkörperung der autoritären traditionellen Rechten der Nachkriegszeit (Lyrantzis, 1984, S. 99-118).

Der Übertritt des Vorsitzenden der ehemaligen Zentrumsparterie zur PASOK hingegen, war ein Signal an liberale Wähler, sowie ein Gegenpol zur bis vor kurzem links-radikalen Rhetorik von Andreas Papandreou und festigte gleichzeitig den Anspruch der PASOK, auch Erbe der

¹³ Die Daten der Wahlergebnisse 1974, 1977 und 1981 wurden entnommen aus (Δρεττάκης, 1982, S. 46)

ehemaligen Zentrumsunion zu sein. Eine interessante Feststellung hierbei erfolgt durch Nikolas Wenturis: die Mehrheit der PASOK-Wähler wählte eine Partei, die sie für beachtlich linker hielten als sich selbst. 75,4% gaben im Rahmen einer Umfrage an die PASOK als „sozialistisch“ einzuschätzen, jedoch nur 27,2% der Wähler der PASOK, also weniger als die Hälfte, bezeichnete sich selbst als Sozialisten (Wenturis, 1984, S. 251). Auch schnitt die PASOK nunmehr ähnlich der ehemaligen Zentrumsunion ab, während sich die ND dem demografischen Ergebnis der ERE vor der Militärdiktatur annäherte (Katsoudas, 1987, S. 27-28), (Wenturis, 1984, S. 327).

In dem Ergebnis der Parlamentswahlen 1981 fand die Konsolidierung der Demokratie in Griechenland ihren vorläufigen Höhepunkt nach der Diktatur 1974. Die friedliche Machtübergabe der politischen Rechten an die Linke, markierte den Wendepunkt hin zu funktionierenden politischen Institutionen. Im Rahmen von Wahlen war es im Sinne der demokratischen Willensbildung der Bevölkerung möglich gewesen, einen politischen wie auch gesellschaftlichen Wechsel herbeizuführen, der nach dem Ende der Diktatur nicht möglich gewesen wäre. Es war der PASOK gelungen, innerhalb von sieben Jahren, ihre Struktur und Organisation auf die gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten Griechenlands auszurichten und ihre Anliegen mehrheitsfähig zu machen. Das schon mehrfach angesprochene und immer wieder proklamierte Schlagwort des „Wandels“, das die PASOK vor der Wahl 1981 geprägt hatte, war nunmehr Wirklichkeit geworden. Und dieser Machtwechsel war durchwegs dramatisch. Die jahrzehntelang aufgebauten und tradierten Machtstrukturen der konservativen Rechten waren überwunden worden, und die politischen Kräfte nunmehr in „gesellschaftlichem Gleichgewicht“ - eine Wiederholung der traumatischen Ereignisse von 1967 war nicht nur nicht eingetreten, sie sollte sich auch in Zukunft nicht mehr wiederholen. Die nachfolgenden Machtwechsel in Griechenland verliefen im demokratischen und verfassungsrechtlichen Rahmen.

Somit wäre die Frage nach der Konsolidierung der Demokratie nach der Diktatur beantwortet. Ich möchte nunmehr auf die spezielle Rolle der PASOK eingehen, die sie im Rahmen der Konsolidierung, aber auch in der gesellschaftlichen Entwicklung in Griechenland gespielt hat.

10 Die Panhellenische Sozialistische Partei Griechenlands (PASOK) und ihre Bedeutung in der demokratischen Konsolidierung

Die ND und Konstantinos Karamanlis haben einen unbestreitbaren Beitrag zur Konsolidierung und Entwicklung der griechischen Demokratie geleistet. Dennoch war es die PASOK die den eigentlichen gesellschaftlichen Wandel und damit den zweiten Paradigmenwechsel innerhalb von sieben Jahren in Griechenland eingeleitet und schließlich auch vollzogen hat.

Ich möchte daher in der Folge Aufbau und Struktur der PASOK untersuchen und auch ihre erste Regierungsperiode in näheren Augenschein nehmen. Der Einfluss des Parteiensystems auf die Konsolidierung wurde sowohl theoretisch (Kapitel. 5.3.2.1.) als auch in seiner praktischen Umsetzung (Kapitel. 6.1.) besprochen. Der Schlüssel zum konsolidierenden Beitrag der PASOK liegt dabei eine Ebene tiefer. Grundsätzlich ist nach den Erfahrungen mit repressiven Systemen, die Ablehnung derselben in den jeweiligen Gesellschaften am Anfang groß, weshalb die PASOK bereits bei ihrem ersten Antreten auf über 13% bei den Parlamentswahlen 1974 kam. Doch war sie, so sie tatsächlich als Partei nachhaltig erfolgreich sein wollte, gezwungen eine, für damalige Verhältnisse, moderne Parteistruktur aufzubauen. Im Gegensatz zur ND konnte sie nicht direkt auf die Wähler der Zentrumsunion vor der Diktatur zurückgreifen. Hier setzt aber der Erfolg der PASOK an. Der Aufbau von Strukturen bedingt, Anhänger bis hin in die kleinsten Dörfer zu gewinnen, um dort „präsent“ zu sein und Wählerschichten zu erreichen. Dies sollte ihr nachhaltig gelingen. Gleichzeitig hat eine Anpassung der Rhetorik, wie auch der Inhalte der PASOK auf die griechischen Befindlichkeiten stattgefunden. Der Erfolg dieser Strategien lässt sich an den nachfolgenden Wahlergebnissen und an den Mitgliederzahlen herauslesen. Diese Entwicklung zur „*catch-all-party*“, wird in den nachfolgenden Kapiteln ebenfalls Berücksichtigung finden.

11 Voraussetzungen der PASOK 1974

Die Panhellenische Sozialistische Bewegung hat nach dem Zusammenbruch der Diktatur und der „Geburt“ der Dritten Republik 1974 nachhaltig das politische wie auch soziale Leben in Griechenland bestimmt. War es ihr anfangs nur schrittweise gelungen sich als „überzeugende Alternative“ zur ND zu etablieren, so ist ihr bei den Wahlen Sieg 1981 um so bemerkenswerter, als damit in der griechischen Gesellschaft verschiedene Entwicklungen abgeschlossen und neue begonnen wurden. Eine bemerkenswerte Entwicklung, die ich herausgreifen möchte, ist die des „verspäteten Sozialismus“, wie sie von Heinz Jürgen Axt genannt wird (Axt, 1985, S. 12). Es gab vor der PASOK keine traditionelle sozialistische bzw. sozialdemokratische Massenpartei in Griechenland, wie in den meisten westeuropäischen Ländern, und entgegen der bisherigen griechischen politischen Tradition, konnte sie nach nur sieben Jahren die Regierungspartei stellen. Eine derartig schnelle Entwicklung sucht man ansonsten in Europa vergeblich (Axt, 1985, S. 12).

Ich möchte im Rahmen der Arbeit versuchen, am Beispiel der demokratischen Entwicklung/Etablierung der PASOK nach der Militärdiktatur in Griechenland und den Einfluss den selbige auf Staat und Gesellschaft und auf das demokratische Verständnis gehabt hat, aufzeigen. Des Weiteren werde ich die PASOK auch im Hinblick auf ihre Kennzeichen als „Massenpartei“ und etwaige Veränderungen dahingehend kurz behandeln. Der zeitliche Rahmen bezieht sich auf die PASOK der Jahre 1974-1996, von ihrer Gründung nach der Militärdiktatur bis hin zu ihrer Rolle als Regierungspartei und der Übernahme durch Kostas Simitis (1981- 1996).

Gerade ab der Übernahme durch Kostas Simitis vollzieht sich ein bereits vorher eingeleiteter aber nunmehr bewusst vollzogener Wandel hin zur „Allerweltpartei“ oder „*catch-all-party*“ nach dem Konzept von Otto Kirchheimer (Kirchheimer, 1965, S. 20 - 41). Dennoch möchte ich meinen Fokus auf die Zeit nach der Diktatur richten, da gerade in dieser Zeit Andreas Papandreou zum einen die Etablierung seiner Partei als demokratischen Opponenten ohne „Parteientradition“ in einem jungen demokratischen System vollzieht, zum anderen die Gesellschaft die „Klammer“ wie Voulgaris die Zeit der Militärdiktatur nennt, abstreift und sich jene Entwicklungen vollziehen, die die Junta so sehr zu verhindern suchte (Βούλγαρης, 2002, S. 28). Es ist daher notwendig die soziokulturellen und zeitgeschichtlichen Ereignisse

und Faktoren darzustellen, die ihre Gründung hervorgerufen und ihre Entwicklung bis 1996 bestimmt haben. Der Rahmen, der der PASOK durch den existierenden politischen, kulturellen und sozialen Kontext vorgegeben war, bestimmte dementsprechend ihre eigene Organisationsstruktur und ihre Positionierung im griechischen politischen System. Ausschlaggebend dafür war die Wirtschaftslage, aber auch die vorherrschende politische Kultur des Landes. Diese beeinflussten das Wahlverhalten der Griechen wie auch das Verhältnis zu ihren Parteien.

Nach der Darstellung dieser Rahmenbedingungen möchte ich die funktionalen und strukturellen Merkmale der Partei untersuchen, wobei ein weiterer Schwerpunkt auf der Programmatik der Partei und der Zusammensetzung ihrer Wählerschaft liegt. Der Erfolg der PASOK liegt vor allem darin begründet, dass sie ihre Wählerschaft aus allen sozialen Gruppen rekrutieren, und zu einer heterogenen Wählerkoalition zusammenführen konnte.

12 Die strukturellen Besonderheiten der Gesellschaft und der politischen Kultur Griechenlands

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, sind politische Parteien in erheblichem Maße von ihrer Umwelt abhängig. Hierzu zählen sowohl die institutionellen, kulturellen und politischen Rahmenbedingungen, als auch der soziale Kontext. Die Wahrnehmung von Parteien erfolgt aufgrund ihres Verhältnisses zu zivilgesellschaftlichen Entwicklungen und zum Staat selbst. Meiner Meinung nach finden täglich Veränderungen der sozialen Realität statt. Aus diesem Grund sind Parteien vielfältigen Anpassungsleistungen unterworfen. Der Erfolg dieser Anpassungsleistungen ist sowohl von der Rezeption der Veränderungen einerseits (parteintern), von der Verarbeitung einer Lösung, die der eigenen Identifikation und Programmatik entspricht, andererseits aber auch von der Kommunikation der angebotenen Lösung (parteioextern) abhängig. Dahingehend wird eine Partei auch immer wieder neu begriffen und interpretiert. Dies muss jedoch kurzfristig keine Folgen für die Partei haben, kann allerdings längerfristig Meinungs- und Imagewechsel herbeiführen.

Die wirtschaftliche Struktur Griechenlands zur Zeit der Gründung der Dritten Republik 1974 war im Unterschied zu den übrigen westeuropäischen Ländern hauptsächlich agrarisch. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung war in der Landwirtschaft tätig und fast 95% aller Betriebe beschäftigten nicht mehr als zehn Personen. Das griechische Sozialgefüge bestand somit zum Großteil aus einer stagnierenden Agrarschicht, die sich in eine breite bäuerliche Unterschicht und eine kleine Oberschicht der Finanz- und Handelsbourgeoisie unterteilte. Industrielles Besitzbürgertum sowie liberale Mittelschicht waren sehr schwach ausgebildet oder kaum vorhanden. Die Industriearbeiterschaft war wenig konzentriert, die Voraussetzungen für die Herausbildung stringent strukturierter sowie kohärenter Massenparteien wenig bis gar nicht vorhanden, und wurde durch das ausgeprägte Klientelwesen noch weiter in seiner Entwicklung behindert. Ein weiterer Nachteil lässt sich durch das Lösen von Konflikten durch persönliche Beziehungen erkennen: die Entstehung von sozialistischen Gewerkschafts- und Bauernbewegungen wurde dadurch unterbunden, die Teilhabe der Bevölkerung an der Mitgestaltung des politischen Lebens ausgeschaltet (Spengler, 1995, S. 61).

Zusammenfassend hat der geringe Grad der Industrialisierung in Griechenland eine Differenzierung von Klassen nicht begünstigt (Wenturis, 1984). Dies ist verbunden mit erheblichen Konsequenzen für die Parteien, da sich somit keine eindeutigen „Klassen-Parteien“ herausbilden konnten. Zwar waren laut Axt in Griechenland Klassen, Klassenwidersprüche und ihre politischen Artikulation vorhanden, kamen jedoch in einer sehr spezifischen Weise politisch zum Ausdruck und wurden durch spezifische Wahltraditionen beeinflusst und modifiziert (Axt, 1985, S. 122).

Die Zusammensetzung der griechischen Gesellschaft und die Wirtschafts- und Sozialstrukturen hat sich im Laufe der Zeit sehr stark verändert. Was dennoch unübersehbar bleibt, ist die Tatsache, dass eine Reihe von traditionellen Elementen übrig bleibt, die die politische Kultur Griechenlands gestaltet und beeinflusst haben. Kennzeichen dieser griechischen politischen Kultur sind ein System des Klientelismus und der Patronage sowie die herausragende Rolle von Charisma und Persönlichkeit (Axt, 1985, S. 30). Der Klientelismus selbst ist ebenfalls einem ständigen Wandel unterworfen (Zervakis, 1999, S. 631), (Axt, 1985, S. 30). Nach 1974 und der Gründung der Dritten Republik versuchten die Bürger zunächst im Zuge der klientelistischen Traditionen Forderungen direkt an die Abgeordneten und die Parteien zu stellen. Folglich war die Wählerstimme zum Tauschäquivalent für persönliche Vorteile geworden.

Zwar erfolgt die Sicherung der eigenen Machtbasis grundsätzlich über die Sicherung der staatlichen Verwaltung¹⁴, allerdings kam mit der vorherrschenden klientelistischen Tradition, ein Moment hinzu, das sich auch negativ auf die weitere demokratische Konsolidierung auswirken sollte. Die Besetzung der griechischen Ministerialverwaltung wurde sowohl von der ND aber auch von der PASOK systematisch dazu verwendet Forderungen ihrer Wähler zu erfüllen und, wie schon oben erwähnt, die eigenen Machtgrundlagen abzusichern bzw. zu verbreitern (Zervakis, 1999, S. 632). Dennoch ist gerade unter den Regierungen von Andreas Papandreou der Staatsapparat ausgiebig als Instrument für klientelistische Besetzungen benutzt worden. Das klientelistische Kalkül dahinter war, sich nicht nur mit Stellenvergaben

¹⁴ Ein entsprechendes Äquivalent findet man in Österreich in der „proporzmäßigen“ Besetzung von öffentlichen Posten, wenn auch die de facto Unkündbarkeit von Beamten, die Möglichkeit der willkürlichen Postenbesetzungen in Grenzen hält. Die Diskussion über das *Für* und *Wider* klientelistischer Postenbesetzungen ist nicht Thema dieser Arbeit, dennoch muß angemerkt werden, dass Griechenland zwar eine z.T. exzessive Besetzungspolitik seiner jeweiligen Regierungen betreibt, allerdings steht das Land mit diesem Vorgehen in Europa keineswegs alleine dar.

im öffentlichen Sektor die Unterstützung der Beamten selbst, sondern von deren ganzer Familie zu sichern. Schätzungen gehen davon aus, dass während der Regierungszeit der PASOK (1981-1989) zwischen 300.000 und 400.000 Personen im Öffentlichen Dienst neu eingestellt wurden. Die Zahl der so geschaffenen Stellen muss man also mindestens mit drei oder vier multiplizieren, um den Wahleffekt zu rechnen (Strobel, 1993, S. 258).

Das Eindringen in den Staatsapparat verursacht widersprüchliche Formen der individuellen Beziehungen zum Staat: Auf der einen Seite stehen „[...]diejenigen, die persönlich-klientelistische Beziehungen zu Vertretern der Regierungspartei unterhalten und die staatliche Allmacht mit einigem Stolz zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen“. Die anderen dagegen fühlen sich vom Staat bedroht und „stehen ihm feindlich gegenüber, wenn auch mit einem gewissen Opportunismus“ (Zervakis, 1999, S. 638), wie von Zervakis erwähnt. Eine Erklärung für das Klientelsystem ist in dem starken Zentralismus zu suchen, der viele Aufgaben der lokalen Verwaltungsautonomie übernommen und diese sehr stark zurückgedrängt hat. Das Wesen dieses Systems, dessen Ursprünge auf die Zeit der Türkenherrschaft zurückreichen, besteht darin, dass einige große „Chefs“ die sich auf einen Anhang von Verwandten, Freunden, „Landsleuten“, abhängigen Personen und Sympathisanten stützten, eine vermittelnde Rolle einnehmen (Hering, Demetriou, & Kelpanides, 1980, S. 119).

Eng verbunden mit dem Klientelsystem sind autoritäre Patronagesysteme. Die Parteiführer gelangten nicht selten in die Position eines „Patrons“. Der typische griechische Wähler identifiziert sich normalerweise mit seiner Partei über den „Parteiführer“. Für die ungebrochene Anziehungskraft der nationalen Parteiführung spielen die regionale Herkunft, die Altersidentifikation und der Grad des eigenen Wohlbefindens, sowie die Meinung des persönlichen Umfeldes eine wichtigere Rolle als die parteipolitischen Ideologien oder die sich ständig aktualisierenden Parteiprogramme (Zervakis, 1999, S. 638).

Dieses tradierte Klientel-/Patronagesystem baut somit auf charismatische Führer, die dementsprechenden Einfluss, sowohl auf die Parteistrukturen, als auch auf das griechische politische System ausüben. Diese Führerpersönlichkeiten sind der Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung, sie inspirieren, begeistern und fanatisieren. Vor dem Zweiten Weltkrieg kann man als Beispiel z.B. Eleutherios Venizelos, König Konstantin I und

deren Nachfolger nennen, nach dem Krieg sind es Plastiras, Papagos und Georgios Papandreou, die in diese Rolle schlüpften. Zu diesem Reigen durchwegs autoritärer Führungspersönlichkeiten gehören später auch Konstantinos Karamanlis, der Gründer der ND, und Andreas Papandreou, die als „nationale Idole“ (Zervakis, 1999, S. 619) gelten.

Parteien wurden eher mit ihren Führern als mit ihren Forderungen und Ideologien assoziiert. Aus diesem Grund hatten griechische Parteien bisher, selten ihre Parteigründer überlebt, sondern sind mit diesen aufgestiegen und auch wieder von der politischen Bühne verschwunden (Axt, 1985, S. 94). Ein „großer Name“ stellt somit politisches Kapital dar. Die Abgeordneten sind stark in die Parteien eingebunden und von diesen, d.h. vor allem vom Parteiführer abhängig.

Die PASOK unter Andreas Papandreou stellte so eine typische Führerpartei dar. Andreas Papandreou sorgte mit der Maxime „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich“ für die Festigung seiner eigenen Stellung innerhalb der Partei. Seine Parteiführung entsprach einer Organisationsform mit starken autokratischen und zentralistischen Ausprägungen. Typisch für seinen Führungsstil war, dass er sich selbst zum Vorsitzenden der PASOK ernannte, ohne je gewählt worden zu sein. Verschiedene Gruppierungen, die versucht haben, sich als Opponenten von Andreas Papandreou zu etablieren, wurden aus der Partei ausgeschlossen (Katsoulis, 1981, S. 230). Dass sich Andreas Papandreou trotz des Mangels an innerparteilichen demokratischen Regeln sowie der Verfolgung seiner persönlichen politischen Ziele behaupten konnte, dafür waren zwei Voraussetzungen ausschlaggebend: zum einen die Notwendigkeit des Zusammenhalts der politisch heterogenen Kräfte innerhalb der Bewegung und zum anderen der rasante Aufstieg der Partei selbst (Tsakalidis, 1999, S. 29).

12.1 Die Vorgeschichte der PASOK – Die Panhellenische Befreiungsbewegung (PAK)

Die Geschichte der PASOK beginnt bereits vor 1974. Im Gegensatz zu anderen sozialistischen Parteien in Europa sind die Wurzeln der PASOK nicht in den Arbeiterorganisationen oder Bewegungen zu finden, da die Industrialisierung in Griechenland, wie bereits erwähnt, relativ spät einsetzte. Angesichts dieser Besonderheit mangelte es der Basis der sozialistischen Bewegung in Griechenland an einer politisch aktiven Arbeiterklasse. Die

Wurzeln der Partei liegen in den Widerstandsbewegungen während der Ära der Militärdiktatur (1967-1974).

Im Widerstand gegen die Diktatoren begannen sich die Personen und Konturen des post-diktatorischen Parteienspektrums herauszukristallisieren. Die eigentliche Geschichte der PASOK beginnt mindestens zehn Jahre vor ihrer Gründung, nachdem Andreas Papandreou, ehemaliger US-Bürger und anerkannter Ökonomieprofessor, immer deutlicher zur herausragenden Persönlichkeit jener linken und radikal-liberalen Kräfte wurde (Axt, 1985, S. 55). Papandreou emigrierte, nachdem er durch die Militärs vorübergehend verhaftet worden war, zunächst nach Schweden und später nach Kanada. In Stockholm rief Papandreou im Februar 1968 die „Panhellenische Befreiungsbewegung“ (PAK), die Vorgängerorganisation der heutigen PASOK, ins Leben, und baute Kontakte mit gemäßigten und radikalen Widerstandsgruppen und internationalen Helfern auf.

An dieser Stelle werden einige Kennzeichen der PAK erwähnt, die ihren ideologischen Kern und ihre Mitglieder betreffen. Es geht nicht um eine ausführliche Untersuchung, sondern um eine zusammenfassende Darstellung, die für das bessere Verständnis der Partei erforderlich ist, da die PASOK der ersten Jahre stark von dieser Vorgängerorganisation beeinflusst worden war. Mit dem Programm von Juli 1972 machte die PAK klar, dass sie auf den Sturz der Junta und die Unabhängigkeit Griechenlands abzielte: „[...]Der Widerstand ist griechisch. [...]Er wird der feste Grundstein eines souveränen, unabhängigen, sozialistischen und demokratischen Griechenlands sein“ (Παπανδρέου, 1976, S. 18). Das Programm enthielt auch erste Vorstellungen über den zukünftigen griechischen Sozialismus, der weder der Sozialdemokratie westeuropäischer Spielart noch dem realen Sozialismus Osteuropas gleichen sollte: „Der Sozialismus, den wir für das Griechenland von Morgen programmieren, stützt sich auf drei Hauptthesen: Der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der Dezentralisierung und der Selbstverwaltung“ (Παπανδρέου, 1976, S. 24).

Die Basis der PAK war äußerst heterogen, ihre Mitglieder stammten aus sehr unterschiedlichen sozialen und politischen Milieus. Aus diesem Grund bietet die PAK ein sehr uneinheitliches politisches Profil. Darüber hinaus war die PAK organisatorisch schwach entwickelt und basierte vorwiegend auf persönlichen Kontakten. Sie verfügte kaum über Rückhalt in den Wählerschichten. Zu beachten ist, dass die PAK eine radikale Organisation

war, die sich als demokratische, unabhängige, antiroyalistische und antidiktatorische Bewegung verstand. Einige der ideologisch-radikalen Kennzeichen dieser Ära wurden in die frühen Jahre der PASOK mitgenommen.

12.2 Die programmatischen Vorstellungen der Partei

Am 3. September 1974, unmittelbar nach der Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland am 23. Juli 1974, hatte Andreas Papandreou auf einer Pressekonferenz gemeinsam mit Freunden aus der Widerstandsbewegung, die Gründung der PASOK bekannt gegeben. Die Fragen, die hier behandelt werden, sind: Was für eine Partei stellte die PASOK in den ersten Jahren ihres Bestehens dar? Was waren ihre Hauptmerkmale? Lässt sie sich als „*catch-all-party*“ charakterisieren?

In den ersten Jahren ihres Bestehens musste die PASOK vielerlei Herausforderungen bewältigen. Diese waren sowohl strukturell-organisatorisch aber auch inhaltlich-ideologischer Natur. Die PASOK von 1974 war in ihrer Programmatik aber vor allem in der Rhetorik ihres Führers, eine radikale Partei. Der radikale Charakter wurde bis 1981 zwar zunehmend schwächer, dennoch ist dieser meiner Meinung nach nicht nur nicht von Nachteil, sondern notwendig gewesen, um der Partei das notwendige Profil zu verleihen und ihre Positionen gegenüber der ND und der bisherigen politischen- wie auch Wählertradition zu festigen. Um erfolgreich sein zu können, musste die PASOK neue und eigene Strukturen schaffen, Mitglieder anwerben und sich ihre Basis und Netzwerke erarbeiten, die bis in die kleinsten Orte hineinreichen sollten. Gerade diese Strukturen waren und sind das Kapital jeder „*catch-all-party*“. Um dies zu verdeutlichen möchte ich kurz die Mitgliederzahlen aufgreifen.

Die PASOK hatte bei ihrer Gründung 1974/75 zwischen 3.000-4.000 Mitglieder. Das nachfolgende Wahlergebnis spiegelte sich auch in den Mitgliederzahlen wider. Diese waren nunmehr auf 28.000 angewachsen, ein Jahr später konnte die PASOK bereits 40.000 Mitglieder zählen. Vor der Wahl 1981 konnte sie ihren Mitgliederanteil mit 85.000 Mitgliedern beinahe verdoppeln. Ende 1982 waren es bereits 150.000 (Axt, 1985, S. 62-63). Natürlich sollte man auch hier den Gesichtspunkt der Patronage nicht vergessen, da zahlreiche leitende Funktionen in der Administration nur über Parteimitgliedschaften zugänglich sind. Das Charisma Andreas Papandreou verstärkte diese an sich problematische

Tradition des Personalismus und Klientelismus innerhalb von Staat und Partei. Dennoch muss festgehalten werden, dass sich erstmals in einer griechischen bürgerlichen Partei eine Mitgliederstruktur mit einer ansatzweise ideologischen Ausprägung (sozialistischer, dezentraler Reform- und Wohlfahrtsstaat) und ein funktionsfähiger, regional wie lokal straff durchorganisierter, zentraler Parteiapparat etabliert hat (ca. 2.000 Bezirksparteien - „κλαδικές“), der die Parteiführung entsprechend unterstützte (Zervakis, 1999, S. 657).

Die Positionen, an denen sich die neu entstandene Partei orientierte, lagen in dieser ersten Phase außenpolitisch vor allem im Kampf um die Unabhängigkeit von den USA, und innenpolitisch in der Umsetzung einer „Volksherrschaft“, der sozialen Befreiung und der Demokratisierung. In diesem Sinne verstand sich die PASOK als eine radikale sozialistische Kraft, die die Herstellung einer sozialistischen, selbst verwalteten Gesellschaft erreichen wollte. Trotzdem sollte man nicht daraus folgern, dass die PASOK aus einer unumstößlich soliden, ideologischen Basis heraus agierte. Die ideologischen Ansätze sollten ihr auch später eher als Mittel dienen, um erwünschte Ziele zu verwirklichen.

Das Ergebnis bei den ersten Wahlen 1974 konnte einerseits als durchwegs erfolgreich für eine dermaßen junge Partei bezeichnet werden, allerdings konnte man nicht darüber hinwegsehen, dass Papandreou die griechischen Verhältnisse nicht richtig eingeschätzt hatte. Nach dem ersten „Schock“ waren eine innenparteiliche „Säuberung“ sowie eine bewusste Deeskalation der Sprache, der politischen Reden und insbesondere eine Neupositionierung des Parteiführers selbst angesagt. Dadurch wurde A. Papandreou die einzige Stimme der PASOKschen Politik und Ideologie, was sich anhand zweier Vorgänge äußerte: einerseits die fortgesetzte und rasche Organisation einer Massenorganisation mit links-radikalem Selbstbewusstsein und andererseits die politisch-wahlbezogene Annäherung an die Wähler der sog. politischen Mitte bzw. die „Mitte-Links“ Wähler. Zu dieser Zeit wurde auch die starke „Anti-Rechte-Identität“ der PASOK geprägt, die aber gleichzeitig auch durch ihre ständigen Versuche, sich von der kommunistischen Linken abzugrenzen, zu erklären ist. Dennoch ist die Positionierung der PASOK aufgrund ihrer ideologischen Inkohärenz schwierig: sie schwankt zwischen revolutionärer linker Ideologie und realpolitischem Streben nach Macht. Um diese Gegensätze zu vereinen, bedarf es des schon mehrfach genannten „Populismus“ der von Andreas Papandreou meisterhaft bedient wird, und sich in der Folge als fester Bestandteil in der Orientierung der Partei konstituieren sollte.

Trotz dieser innenparteilichen Widersprüche war es der PASOK gelungen, sich als die Partei des Wandels zu präsentieren – das war auch das Motto dieser Zeit, nämlich „αλλαγή“ (*Allaghi* - Wandel/Wechsel). Die PASOK verkörperte die angestiegene soziale Mobilität, eine starke Politisierung, den nationalen Unmut. Dies waren die Gründe, weshalb sie bei den Wahlen 1977 zweitstärkste Partei wurde und nunmehr eine umfangreiche sozialpolitische Bewegung anführen bzw. unter sich versammeln konnte, deren gemeinsames Kennzeichen eine Ablehnung der „Rechten“ war. Diese Entwicklung in Verbindung mit dem Verlust der Aktualität des Parteienprogramms der ND und dem Austritt von Karamanlis (er wurde zum Präsidenten der Republik) führten zum Triumph der PASOK bei den Wahlen 1981 mit 48%.

12.3 Die organisatorischen Merkmale der PASOK

Nach der Gründung der PASOK galt es das Problem der innerparteilichen Organisation zu lösen. Dies verursachte bereits unmittelbar nach den Wahlen von 1974 eine erste Krise. Diskutiert wurde, ob die mittleren und unteren Organe gewählt oder ernannt werden sollten. Die Wahl der obersten Organe, etwa des Vorsitzenden stand gar nicht zur Debatte. Andreas Papandreou war für die Ernennung der Organe, hatte aber keine Mehrheit hinter sich (Kossiniari-Vallianou, 1985, S. 42). Als Katalysator für den Aufbau einer effizienten Parteiorganisation wirkte die in Athen abgehaltene Panhellenische Konferenz im Juli 1977. Bei dieser Konferenz wurde den Repräsentanten der Basis zum ersten Mal die Möglichkeit gegeben, ihre Meinungen auszudrücken, auszutauschen und bezüglich der Fragen der politischen Standortbestimmung der PASOK das Wort zu ergreifen (Kossiniari-Vallianou, 1985, S. 61).

Der Partei war es bis 1981 gelungen, eine weite und umfangreiche Massenorganisation aufzubauen und damit die organisatorische Schwäche, die charakteristisch für andere griechische Parteien war, zu überwinden. Es ist bezeichnend, dass ihre Organisation auch als Vorbild für die anderen griechischen Parteien galt. Wenn die PASOK durchaus als eine „moderne“ Partei gekennzeichnet werden kann, so bedeutet das nicht, dass sie sich ohne Probleme in die politisch-ideologischen Strömungen einpasste, wie sie in Westeuropa gängig waren oder sind (Kossiniari-Vallianou, 1985, S. 94). Wohl aber, dass die Mitgliedschaft und die Organisation u.a. eine vergleichbare Rolle wie auch in anderen europäischen sozialistischen/sozialdemokratischen Parteien spielten - mit der Einschränkung allerdings,

dass die PASOK eine Reihe spezifischer Eigenarten aufweist, die, wie schon gezeigt in engem Zusammenhang mit der griechischen politischen Kultur stehen.

Innerhalb kurzer Zeit baute die PASOK als erste nichtkommunistische Partei eine landesweite und straffe Organisationsstruktur auf. Dementsprechend waren Anfang 1981 nach eigenen Angaben der PASOK 85.000 Mitglieder in 1.600 Ortsgruppen (Axt, 1985, S. 62) organisiert und damit war sie die einzige Partei Griechenlands, die überall auf dem Lande durch Ortsvereine repräsentiert war (Spengler, 1995, S. 348).

Das höchste Organ der Partei ist laut Statut

der Parteitag,

der sich aus gewählten Delegierten der Lokal- und Berufsorganisationen, dem Zentralkomitee, dem Zentralausschuss und der Fraktion zusammensetzt. Es folgt

das Zentralkomitee,

das aus 80 Mitgliedern besteht, die alle drei Monate unter dem Vorsitz des Parteichefs tagt.

Dies ist das höchste Verwaltungsorgan und bestellt

das Exekutivbüro,

welchem als höchstem ausführendem Organ der Parteivorsitzende und acht weitere Mitglieder angehören. Unter Papandreou lagen dessen Kompetenzen natürlich bei ihm als Parteivorsitzenden.

Dieser hat die „Richtlinienkompetenz“. Kostas Simitis z.B. wurde aus dem Exekutivbüro ausgeschlossen, weil dieser in Publikationen eine abweichende Meinung in Zusammenhang mit der Ratifizierungsdebatte um den EG-Beitritt Griechenlands vertreten hatte (Axt, 1985, S. 96). Dem Parteivorsitzenden unterstehen die zentralen Parteiausschüsse und somit formal auch

die Parlamentsfraktion (Hering, Demetriou, & Kelpanides, 1980, S. 94),

die auch entsprechend diszipliniert werden konnte. Als Beispiel dafür ist die Ratifizierungsdebatte zum EG-Beitritt zu nennen, als das Exekutivbüro dessen Boykott beschloss, ohne dies vorher der Fraktion mitzuteilen. Das Verlassen des Parlaments vor Abstimmungen hatte jedoch auch den Zweck, die Fraktionsdisziplin zu überprüfen, da sich

die Parteiführung der eigenen Gefolgschaft nach dem unerwartet hohen Anstieg der Abgeordnetenzahl von 12 auf 93 bei den Parlamentswahlen nicht sicher war.

Entgegen der, an sich modernen Organisationsstrukturen, der Statuten und dem allgemeinen Demokratisierungsanspruch der Partei, konzentrierte sich die gesamte Entscheidungsgewalt auf die Person Andreas Papandreou. Der erste Parteikongress fand erst zehn Jahre nach der Gründung der Partei 1984 statt. Auch wurden wiederholt Mitglieder durch die Parteispitze unter Verletzung der Statuten ausgeschlossen, was jedoch die starke Stellung des Parteivorsitzenden nicht zu erschüttern vermochte. Im Gegenteil, der spektakuläre Rücktritt von über 50 Mitgliedern des Zentralkomitees, aus Protest gegen die undemokratischen Vorgehensweisen innerhalb der Partei, und der vor allem Personen aus dem Widerstand gegen die Militärjunta angehörten, führte in der Folge zu einer Stärkung seiner Position, da er nunmehr weder durch administrative demokratische Strukturen kontrolliert noch durch über eine eigene Wählerklientel verfügende und damit relativ unabhängige lokale Führer behindert wurde (Spengler, 1995, S. 349). Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass gerade auch die Autorität Papandreous die in der PASOK vereinten heterogenen Gruppen (Axt, 1985, S. 72) zusammenhielt und damit ein Auseinanderbrechen der Partei verhinderte, wie dies im Fall der Zentrumsunion geschah. Gerade das Charisma und die rhetorischen Fähigkeit Papandreous halfen der PASOK ihr Wählerpotential so stark zu vervielfachen.

In der Zeit von der Gründung 1974 bis zum Wahlsieg 1981 lassen sich drei Phasen erkennen. Die erste beginnt 1974 und ist geprägt vom Versuch sich als eigenständige, mit den Traditionen brechende Partei zu etablieren. Nach 1977 wird vermehrt das Vorhaben betrieben, als wählbare und einzige Alternative zur Regierung der ND aufzutreten. In dieser Zeit fällt auch die grundlegende Entwicklung hin zu einer „*catch-all-party*“, da versucht wurde möglichst viele Bevölkerungsschichten unter den Vorstellungen der PASOK zu vereinen. Schließlich begann sie, mit dem Näherrücken der Wahlen 1981, sich stärker als moderate, regierungsfähige Partei und somit auch als valide Alternative zum bisherigen politischen Establishment zu präsentieren (Spengler, 1995, S. 350).

12.4 Die Wählerschaft der PASOK

In der sog. Proklamation des „Dritten September“ stellte die PASOK den Anspruch, die Wünsche und Bedürfnisse des „durchschnittlichen Griechen“ zu repräsentieren. Als soziale Basis der PASOK wurden angesprochen: Bauern, Arbeiter, Handwerker, Angestellte und Jugendliche. Darüber hinaus war auch jeder „gebildete“ Grieche aufgefordert, sich der Bewegung anzuschließen. Die PASOK förderte den Aufbau einer Klassenallianz und die Aktivierung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die darum kämpften ihre Stimme zu erheben und alternative Gesellschaftskonzepte durchzusetzen.

Im Wahlprogramm von 1981, versucht die PASOK wie bereits im Kapitel zuvor erwähnt, ihre soziale Basis zu erweitern. So tritt sie nunmehr als Repräsentantin „aller Nichtprivilegierten Griechen“ auf und steht für ein „gleichberechtigtes Klassenbündnis der Unterprivilegierten“¹⁵. Die geforderte Klassenallianz wird in den einzelnen PASOK-Erklärungen immer weiter gefasst. War früher stets von der sozialen Befreiung der „arbeitenden Bevölkerung“ die Rede, so heißt es nunmehr, die soziale Befreiung erfasse die Werktätigen, die Frauen und die Unterprivilegierten. Das Verständnis von sozialer Befreiung wird also nicht mehr im ausschließlichen sozialistischen Sinne an die Aufhebung der Lohnabhängigkeit gebunden. Auch die Absicht die kapitalistisch-monopolistischen Zwänge auf Klein- und Mittelunternehmer zu verringern, kann demnach ohne Unterschied als soziale Befreiung erscheinen (Axt, 1985, S. 179).

Im Laufe der Zeit gewann der Begriff der „Unterprivilegierten“ einen umfassenderen Charakter und bezog sich auf mehrere gesellschaftliche Gruppen, die im Zuge dessen alle einen ehrenhaften sozialen Status erhielten. Die „stolze Jugend Griechenlands“, die „heldenhaften griechischen Mütter“ bis hin zu den „ehrwürdigen Älteren“ (Spengler, 1995, S. 350). In diesem Sinne formuliert Axt: „[...]fast alle Bevölkerungsschichten Griechenlands sollten sich mit den PASOK-Forderungen identifizieren können, weil der eigentliche Gegner in den ausländischen Entscheidungszentren gesehen wurde“ (Axt, 1985, S. 186). Die PASOK weist nach 1981 die Tendenz auf, möglichst viele soziale Gruppen in sich zu integrieren. Die Partei hielt keine exklusive Verbindung mit einer bestimmten sozialen Gruppe, sondern bemühte sich den größtmöglichen Teil der potentiellen Wähler zu erfassen.

¹⁵ Vgl. Die Proklamation der grundlegenden Prinzipien und Ziele vom 3. September 1974.

An dieser Stelle muss man jedoch zwei Bemerkungen einfügen: Zum einen begünstigten die unklaren sozialen Trennlinien der griechischen Gesellschaft nicht die Entwicklung einer sozialistischen Partei. Allein aus diesem Grund musste die PASOK Anhänger und Wähler aus allen Schichten und Gruppen ansprechen, wenn sie an die Macht kommen wollte. Andererseits spielte die Wahltradition in Griechenland eine herausragende Rolle bei der Wahlentscheidung. Es ist schwierig zu erläutern, inwieweit die PASOK in dieser Periode bewusst oder unbewusst diese Strategie der Verbreiterung ihrer Wählerbasis verfolgt hatte. Allerdings ist die PASOK schon nach 1981 keine Partei, die Wähler auf der Grundlage scharfer Klassenkonflikte oder konfessioneller Unterschiede in sich integrierte¹⁶, wie die meisten Massenparteien der westlichen Länder.

Die Parteimitglieder und Anhänger entstammen ursprünglich dem alten „Zentrum“ und den „anti-Rechts“ stehenden, ehemaligen Widerstandsgruppen (Zervakis, 1999, S. 639). In die PASOK- Bewegung floss ab 1977 erst sehr spät ein großer Teil der alten Zentrumsunion ein, der Partei Georgios Papandreous, Vater von Andreas Papandreou, deren Wähler eher zum gemäßigten Flügel der Partei zählten, und die sich in Folge der politischen Krise der bürgerlichen Ideologie dem Sozialismus von Andreas Papandreou zuwandten. Somit hatte Papandreou von seinem Vater einen erheblichen Teil der Mitte- und Mitte-Links-Wähler „geerbt“.

Die PASOK hatte in den Wahlen von 1974 nicht nur frühere Nichtwähler mobilisiert und zu sich geholt, sondern auch einen bemerkenswerten Teil der Anhänger der Zentrumsunion für sich gewonnen. Die Partei erhielt weiteren Zulauf durch Jugendliche und Anhänger kleinerer Linksgruppen in einem Umfang von knapp 3% (Buck, 1979, S. 286). Seit 1981 ist daraus eine heterogene, breite Wählerkoalition geworden, die sich aus „nicht privilegierten“ städtischen Arbeiter- und Angestelltenschichten und selbständigem Kleinbürgertum sowie aus Akademikern und einfachem bis mittlerem Verwaltungspersonal des öffentlichen Sektors zusammensetzte. Wie Diamandouros beobachtet, entwickelte sich die PASOK rasant zu

[...]a profoundly powerful magnet for a wide array of upwardly mobile strata whose chief characteristics were their transitional and insecure nature, fragile identity, ideological disorientation and divided loyalties, a vague but intense

¹⁶ Wobei in Griechenland die Konfession keine entscheidende Rolle bei den Wahlen spielt, da über 90% der Griechen der Orthodoxen Kirche angehören. Somit gilt es hier nicht Konfliktlinien zu bedienen.

sense of class antagonism directed against the “privileged” and strong feelings of malaise and discontent expressed, above all, in a defensive, “quilt type” mentality, parochial, xenophobic and illiberal; attitudes and crassly materialistic values (Diamandouros N. , 1991, S. 24).

13 Die PASOK von 1974-1981

Die politischen Ziele und die ideologische Orientierung der PASOK in dieser Periode sind in der Proklamation der Gründung der Partei von 1974 festgeschrieben. Diese so genannte Proklamation des „Dritten September“ stellt den wichtigsten Text für die Bewegung der PASOK dar und definiert ihre fundamentalen, politischen und ideologischen Prinzipien. Die wichtigsten Punkte dieses Manifests¹⁷ sind:

Volksherrschaft: alle Macht geht vom Volk aus, sie ist Ausdruck des Willens des Volkes und hat diesem zu dienen.

Festschreibung des Widerstandsrechts: das Recht auf Widerstand ist für jeden Bürger gewährleistet, wenn der Rechts- und Sozialstaat in Gefahr ist.

Menschenrechte: Es gelten die Menschenrechte wie sie in der Charta der UNO verzeichnet sind.

Nationale Unabhängigkeit: Das Land soll sich von der Einflussosphäre der USA befreien und eine eigenständige und unabhängige Politik verfolgen.

Gleichberechtigung: Die Gleichstellung von Mann und Frau soll in allen gesellschaftspolitischen und ökonomischen Bereichen gewährleistet sein.

Definitive Trennung von Staat und Kirche: Die Trennung von Staat und Kirche muss vollzogen werden und der Klosterbesitz verstaatlicht/vergesellschaftet¹⁸.

Neben der bis dahin noch nicht angeschlossenen Säuberung des Staatsapparats von Junta – Anhängern und der Sicherung der Grund- und Widerstandsrechte der Bürger wurde ein Recht auf Arbeit anstelle des permanenten Exports von Arbeitskräften und die freie, autonome Tätigkeit von Gewerkschaften gefordert. Des Weiteren trat die PASOK für eine neue Orientierung in der Außenpolitik ein. Ihre Forderungen waren der Austritt aus der NATO, die Kündigung des Assoziierungsabkommens mit der EG und die Öffnung gegenüber den blockfreien Ländern (Katsoulis, 1981, S. 231).

¹⁷ Die kursiv gehaltenen Abschnitte sind Bestandteile der Proklamation. Auf diese wurde über die Webpage der Partei zugegriffen. <http://www.pasok.gr/portal/gr/134/8867/1/7/1/showdoc.html> (15.7. 2008)

¹⁸ Der Begriff ist nicht eindeutig zu übersetzen. Was gemeint war, ist, dass die Beteiligung des Volkes an dezentralen Entscheidungszentren ermöglicht werden sollte, um lokal an der Planung der gesellschaftlichen Prozesse mitwirken zu können. Dies wurde auch aufgrund der tradierten systempolitischen Handhabe in der Folge jedoch einem sehr zentralistischen Organisationsansatz geopfert.

Die PASOK von 1974 hatte zu diesem Zeitpunkt zwar klare politische Ziele, jedoch war ihr politisches Profil keineswegs entwickelt. Lange Zeit präsentierte sie sich als marxistische Partei, die den Anspruch erhob, ihre programmatischen Grundsätze aus der marxistischen Analyse abzuleiten. Der Sozialismus, den nach Papandreou die PASOK vertreten wollte, basierte auf der Grundlage der Verstaatlichung/Vergesellschaftung¹⁹, der Dezentralisierung und der Selbstverwaltung sowie der aktiven Beteiligung der Menschen an den Beschlüssen, die sie betreffen. Wichtigste Voraussetzung für die „sozialistische Umwandlung“ der Gesellschaft war jedoch die rigorose Reform des Staates und seiner Verwaltung, so z.B. der Justiz, der Administration, der Armee, der Kirche, des Parlaments, des sozialen Systems usw. Papandreou sieht die Rolle des Staates als grundsätzlich nicht neutral an, da er als Beschützer der Institutionen auftritt, die in diesem Fall einem Establishment zu Dienste stehen. Demzufolge ist für die PASOK die sozialistische Transformation in einen dem Kapitalismus zu Dienste stehenden Staat nicht möglich, weil die sozialistischen Reformen leicht vom kapitalistischen System ausgebootet würden (Tsakalidis, 1999, S. 32).

Die PASOK war 1974 und 1977 als eine linke, radikale Partei aufgetreten, die als Folge der siebenjährigen Diktatur entstanden war. Die ideologisch fundierten Programme der Partei und der Kampf um die Durchsetzung alternativer Gesellschaftskonzepte, im Fall der PASOK die sozialistische Orientierung und Entwicklung der Gesellschaft, weisen auf Kennzeichen westlicher Massenparteien hin. So eindeutig sozialistisch die Zielrichtung war, so unscharf blieben jedoch einige Zwischenschritte. Es wird argumentiert, dass die programmatischen Ziele und besonders die Art und Weise, wie man diese Ziele erreichen sollte, unbestimmt sind. In Bezug auf den Sozialismusbegriff, bemerkt Axt, dass darunter sowohl in der Proklamation als auch in anderen Texten, ganz unterschiedliche Sachverhalte und Intentionen zu verstehen sind. Denn mit diesem Begriff war einerseits die Orientierung der Produktion an gesellschaftlichen Bedürfnissen, aber auch die Partizipation der Arbeiter an der örtlichen Selbstverwaltung und den sozialen Organisationen gemeint (Axt, 1985, S. 186). Es ist jedoch wichtig festzuhalten, dass die PASOK mit dem Begriff der Sozialisierung nicht unbedingt eine Veränderung von Eigentumsverhältnissen meint (Tsakalidis, 1999, S. 29). Diese Feststellung in Verbindung mit der Aussage Papandreous, dass der „bürgerliche Status quo“ nicht von der Programmatik der PASOK in Gefahr gestellt wurde, sind ein weiteres

¹⁹ Siehe Fußnote 18.

Merkmal der „Allerweltparteien“; nämlich die grundsätzliche Anerkennung der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung.²⁰

Von 1974 bis 1981 fanden in Griechenland drei nationale Parlamentswahlen statt. Die bedeutendsten Entwicklungen dieser Wahlen waren die anfangs überaus starke Position der ND unmittelbar nach der Beendigung der Militärdiktatur, die sich zunehmend abschwächte und in Folge durch den Aufstieg der PASOK abgelöst wurde. Bei den Wahlen von 1974 erzielte die PASOK nur 13,6% der Stimmen (ca. 666.000 Wähler), was aber insofern ein Erfolg war, da die PASOK eine neue, erst kurz zuvor gegründete Partei war. 1977 verdoppelte sie gegenüber 1974 ihren Stimmanteil auf gut 25% (fast 1,3 Millionen) und errang ein Drittel der Parlamentssitze (Voigt, 1980, S. 675). Damit war die PASOK nach den Parlamentswahlen 1977 die stärkste Oppositionspartei geworden. In den Wahlen von 1981 erreichte die PASOK 40,29% der Stimmen (ca. 2,7 Millionen) und war nunmehr stärkste Partei im Parlament. Nur sieben Jahren nach ihrer Gründung war es der PASOK gelungen an die Macht zu kommen. Das Wahlergebnis vom Oktober 1981 hat ohne Zweifel historische Dimension für Griechenland.

Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes konnte mit der PASOK eine zu diesem Zeitpunkt „linke“ oder zumindest „links-assozierte“ Partei Regierungsverantwortung übernehmen. Damit war die Entwicklung hin zu einem „hinkenden Zwei-Parteiensystem“ vollzogen, da die ursprünglichen Zentrumparteien zwischen ND und PASOK zerrieben, bzw. von diesen aufgenommen worden waren. Damit waren nur noch die Kommunistische Partei (KKE) übrig – die nunmehr die drittgrößte politische Kraft im Land war, gefolgt vom „Synaspismos“, die in den nachfolgenden Wahlen zwar konstante Ergebnisse einfuhren, jedoch zumeist unter 10% lagen, die Ergebnisse von Synaspismos sogar unter 5%.

²⁰ Vgl. Kapitel 1

14 Die PASOK an der Macht 1981-1996

Die PASOK der 80er und 90er Jahre war eine andere als in den 70er Jahren. Ihre politischen Ziele weisen eine gewisse Mäßigung auf und auch die radikale Rhetorik ihres Vorsitzenden tritt zurück. Gleichzeitig bleibt die PASOK eine Partei, die versucht, mit Hilfe von populistischen Parolen und der Darstellung von Trennungs- und Konfliktlinien zwischen „Linken“ und „Rechten“, Stimmen für sich zu gewinnen bzw. bei sich zu behalten. Ihre Programmatik in dieser Periode weist Kennzeichen einer populistischen Partei auf, ihre Wahlprogramme sind vage und sehr allgemein formuliert. Gleichzeitig passt sie ihre ideologischen Positionen permanent an die jeweiligen gesellschaftlichen Umstände an. Dieser Wandel ist auch in den Reden A. Papandreous zu bemerken, die nunmehr „mildere“ und „versöhnlichere“ Töne anschlagen (Kossiniari-Vallianou, 1985, S. 86).

Sprach und „lebte“ die PASOK nunmehr die „*Allaghi* – den Wechsel“ an der Regierung, ist die Frage zu beantworten, wie dieser Wechsel denn nun tatsächlich aussah. Im „realpolitischen Ambiente“ definierte sie diesen Wechsel weder als einen Umsturz oder gar eine Revolution, sondern betrachtete ihn als einen Transformationsprozess der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung. Greifen wir noch einmal kurz zurück und fassen die gesellschaftlichen Voraussetzungen auf, die den „Wechsel“ des politischen Establishment bzw. der politischen Tradition herbeigeführt haben.

Nach der Militärjunta, der Zyperntragödie und der finanziellen Krise hatten die Massen der Griechen begonnen, sich von den traditionellen Parteiblöcken loszulösen. Die griechische Gesellschaft weist in dieser Periode auch eine zunehmende Radikalisierung auf, ohne aber gleichzeitig bereit zu sein eine revolutionäre Bewegung zu unterstützen. Es war eher ein „gemäßigter Radikalismus“, der dem Bedürfnis nach einem Wandel zum Ausdruck brachte (Λούλης, 2003, S. 130).

Dass der „Wandel“ von allen erwünscht war, ist eine Tatsache. Die entscheidende Frage war jedoch, welche politische Partei sich den „Wandel“ zur Aufgabe machen würde. Die PASOK hatte es anscheinend geschafft - wie der Wahlerfolg zeigte - die Bevölkerung zu überzeugen, dass sie die Alternative zu den Rechten war und „nur“ sie den heiß erwünschten „Wandel“ herbeiführen konnte. Wie von Loulis (=Λούλης) betont wird: „[...]der Wandel war unbestreitbar das Erwünschte. Vor allem, wenn jeder sich etwas anders darunter vorstellen

konnte“ (Λούλης, 2003, S. 145). Der PASOK war es in dieser Periode gelungen, mit einem vagen Schlagwort, wie „Wechsel“, den „gemäßigten Radikalismus“ der Griechen zum Ausdruck zu bringen. Auf diese Weise konnte sie, als „echte Allerpartei“, die meisten Wähler mobilisieren und ihren Stimmenanteil maximieren. Diese Strategie der PASOK, sich populistisch an der öffentlichen Meinung zu orientieren und ihre Programmatik entsprechend zu formulieren sollte, in den kommenden Jahren fester Bestandteil ihrer Kommunikation und Politik werden.

Im Wahlprogramm von 1981 hatte die Partei die gleichen Ziele fortgesetzt, jedoch waren sie modifiziert und ihr radikaler Charakter wurde beschränkt. Im Bereich der Außenpolitik wurden der Rückzug aus der NATO, der Abzug ausländischer Militärbasen und eine konsequente Vertretung griechischer Interessen gegenüber der Türkei gefordert. (Axt, 1985, S. 180) Über die EG- Mitgliedschaft sollte die Bevölkerung nach einer „objektiven und gründlichen Informationskampagne“ (Π.Α.Σ.Π. ΠΟΛΙΤΙΚΩΝ ΕΠΙΣΤΗΜΩΝ, 2008) in einem Referendum entscheiden. Die PASOK gab dem Abschluss eines besonderen Abkommens den Vorzug. Allerdings wurde ganz offen und deutlich davon gesprochen, dass Griechenland für eine nicht genauer bestimmte Zeitspanne Mitglied der EG bleiben sollte (Axt, 1985, S. 1985).

Des Weiteren wurde im Programm von 1981 den Landwirten besondere Zuwendung zuteil. Die Landwirtschaft wurde als „Rückgrat der Nation“ bezeichnet und sollte sich längerfristig „harmonisch“ mit dem gleichzeitigen Ausbau der Industrie entwickeln. Trotz der zentralen Bedeutung der Landwirtschaft, wurden bei dem Programm nicht nur die Forderungen der Bauern und Arbeiter berücksichtigt, sondern auch die der Klein- und Mittelbetriebe. Deren wirtschaftliche Rolle ist ebenfalls von großer Bedeutung. Nach 1981 hatte die PASOK damit begonnen, Abschied von ihrem marxistischen Charakter zu nehmen. Der Begriff „Marxismus“ wurde aus den Reden ihres Parteiführers entfernt und der Begriff „Sozialismus“ nur beschränkt benutzt (Λούλης, 2003, S. 135). War die Ideologie der PASOK von der Priorität her zuerst „Hauptantriebskraft für politische Zielsetzungen“, wurde sie nunmehr auf die Rolle eines möglichen Elements in einer viel komplexeren Motivationsreihe herabgesetzt. Wie Axt bemerkt, „[...]Die PASOK hat gleichwohl keine in sich stimmige und realisierbare Entwicklungsstrategie. Die Sozialismus- Vorstellungen sind vage geblieben“ (Axt, 1985, S. 280).

Die PASOK bot ein kurzfristiges politisches Aktionsprogramm, wie dies bei „*catch-all-parties*“ üblich ist, in meist einprägsamer, leicht verständlicher und populistischer Formel. (Zervakis, 1999, S. 638). Die PASOK benutzte ihre sozialistischen Vorstellungen, um sich von der konservativen ND abzugrenzen und eine Polarisierung der Wählerschaft herbeizuführen. Diese Polarisierung wirkte zugunsten der PASOK, wie in Folge die Wahlen 1985 zeigen sollten. Vor den Wahlen 1985 befindet sich die PASOK wegen ihrer Regierungspolitik in einer schwierigen Lage, denn die Realität des Regierens zeigte, dass sie ihre Wahlprogrammatik nicht in die Praxis umsetzen konnte. Gleichzeitig hatte sie der Wählerschaft jedoch keine überzeugende programmatische Alternative anzubieten. (Strobel, 1993, S. 266)

Die Konzeptionslosigkeit der PASOK wurde hiermit von der Partei mit der sog. „Plattform Koutsogiorgas“ für eine weitere Legislaturperiode zum Programm erklärt. Der Innenminister Koutsogiorgas konzipierte den Wahlkampf von 1985 als einen ausschließlich gegen die „Rechte“ ausgerichteten. Dies geschah auf zwei Ebenen: zum einen sollte die Rolle der Rechten in den letzten 50 Jahren thematisiert werden, insbesondere bei den Punkten nationale Unabhängigkeit, nationale Souveränität und demokratische Freiheiten. Zweiter Angriffspunkt war die Person Mitsotakis selbst, der als „Diener der Interessen des Establishments“ und als Mensch mit zweifelhafter Vergangenheit dargestellt werden sollte.²¹

Die Strategie dieses „ideologisch“ geführten Wahlkampfs ging auf und die PASOK konnte die Wahlen mit 45,82% der Stimmen gewinnen. Dennoch wurde bei den Wahlen 1985 der bisher rasante Aufstieg der Partei zum ersten Mal gebremst. Die PASOK hatte, im Vergleich zu ihrem ersten Wahlsieg 1981, einige Prozentpunkte (2,78%) eingebüßt. Ferner war die Popularität von Andreas Papandreou nicht mehr so uneingeschränkt wie zu Beginn der achtziger Jahre, der Sieg selbst vor allem auf die schwache konservative Partei zurückzuführen.

In den kommenden Jahren bis 1990 wurden sowohl die PASOK als auch Griechenland von politischen Skandalen erschüttert, die das Profil der Partei stark negativ beeinflussten. Neben vielen kleineren Skandalen in dieser Periode, haben die Vorgänge rund um Koskotas

²¹ Diese Strategie birgt die Gefahr in sich, dass die Partei Wähler, die bisher die Rechte gewählt hatten, nicht mehr zu erreichen sind. Aus diesem Grund betonte die PASOK, dass ihre Angriffe allein gegen die konservative Partei gerichtet seien und nicht gegen die Bürger, die die Konservative Partei in der Vergangenheit gewählt hatten. (Strobel, 1993, S. 249).

und die Bank von Kreta²², der Kauf der Mirage-Düsenjäger sowie andere Waffengeschäfte besondere Bedeutung. Die PASOK „entpuppt“ sich nach 1985 und bis 1989 als eine korrupte, alle sozialistischen Prinzipien verleugnende und machtbesessene Partei. Die Krise um Andreas Papandreou und seiner PASOK-Bewegung hatte bei den Wahlen von 1989 die Niederlage der Partei als Konsequenz. Sie konnte zum ersten Mal nach acht Jahren, trotz eines wiederum stark polarisierenden Wahlkampfes, die 40% Marke, nicht erreichen. Der ND jedoch war es, trotz gewonnener Wahl nicht möglich eine entsprechende Mehrheit für eine Regierungsbildung erreichen. Nach einer Reihe von Wahlen und dem Scheitern der „großen Koalition“ zwischen den Linken und der ND, die eine „Katharsis-Politik“ umsetzen wollte, kam es 1990 wiederum zu Wahlen. Die ND konnte schließlich eine Regierung bilden, die sich jedoch wegen der knappen Mehrheit (46,89 der Wählerstimmen, aber nur 173 Mandate) als äußerst instabil erweisen sollte.

Die Krise von 1989, die Skandale und die Wahlniederlage signalisierten keineswegs das Ende der Vormachtstellung der sozialistischen Partei Griechenlands. Am 10. Oktober 1993 kam es wiederum zu einer, für die griechischen politischen Verhältnisse nunmehr üblichen, vorzeitigen Austragung von Wahlen. Diese Wahlen waren notwendig geworden, da die Regierung Mitsotakis durch den Ausstieg ihres Außenministers Samaras und weiterer Abgeordnete, die „Eine-Stimme-Mehrheit“ der Mandate verloren hatte. Mitsotakis und seine ND verlor die Wahlen an die PASOK²³ und an Andreas Papandreou, der ein unerwartet beeindruckendes politisches Comeback feiern konnte. Allerdings ließ die politische Erbschaft der ND-Regierung, die tief greifenden Reformen, die sie versucht hatte umzusetzen, und die prekäre wirtschaftliche Lage des Landes, der PASOK-Regierung nur geringen politischen Spielraum. In dieser Periode wurden die Voraussetzungen für die Stärkung jener

²² Das größte Aufsehen erregte der so genannte Koskotas- Skandal. Koskotas konnte mit betrügerischen Mitteln in kurzer Zeit ein Finanzimperium aufbauen. Es war ihm gelungen, die erste Rate für die Aktienmehrheit bei der Bank von Kreta zu bezahlen. Danach hat die Regierung die Einlagen staatlicher Betriebe und Organisationen bei der Bank von Kreta deponiert und dort unter Marktniveau verzinst. Mit diesen Zinsgewinnen erwirbt Koskotas drei Tageszeitungen, die kritisch gegenüber der Regierung standen, und besetzt die Posten der Chefredakteure mit Personen aus der engsten Umgebung des Ministerpräsidenten. Darüber hinaus läßt sich die Regierung für die Deponierung der staatlichen Gelder bei der Bank von Kreta „direkt“ Provisionen bezahlen. Nach der Offenbarung des Skandals und auf Anforderung der ND- Regierung, hatte das Parlament sich entscheiden, das Immunitätsrecht der Minister von PASOK aufzuheben und vor Gericht zu bringen. Bis heute gilt das Jahr 1989 als sogenanntes „Schmutziges 1989“ und nicht wie im übrigen Europa als „Ende des Kommunismus.“ <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?id=13494066&top=SPIEGEL>

²³ Die PASOK gewann 46,88% der Stimmen und 170 Mandate, während die ND 30% der Wahlstimmen und 111 Mandate erringen konnte.

„Modernisierer“ innerhalb der Partei geschaffen, die in Folge auch die Parteiführung übernehmen sollten.

15 Von der Sozialistischen Partei zur Sozialdemokratie?

Als die PASOK 1974 erstmalig die politische Bühne betrat, musste sie sich nicht nur der griechischen Öffentlichkeit stellen. Auch ihre „Schwesternparteien“ im Ausland, mussten ihr Verhältnis zur PASOK erst definieren. Dabei trafen zwei Standpunkte aufeinander, die zunächst entgegengesetzter nicht hätten sein können. Wüssten sich die westeuropäischen Parteien, in Griechenland möge sich die PASOK entsprechend dem Typus der westeuropäischen Sozialdemokratie entwickeln, so äußerte diese wiederum in der Anfangsphase ausnehmend heftige Kritik an den übrigen „verwässerten“ westeuropäischen sozialistischen Parteien. Dennoch suchte man sehr schnell Kooperationspartner, hierbei sind vor allem die sozialistischen Organisationen im Mittelmeerraum, aber auch die französischen Sozialisten zu nennen, und intensivierte die Beziehungen.

Im August 1980 kam es auf Korfu zu einem Treffen der Vorsitzenden der sozialistischen Parteien Frankreichs, Portugals, Spaniens und Griechenlands. Bei diesem Treffen erklärte sich die PASOK bereit, den Beitrittswunsch zur Europäischen Gemeinschaft der spanischen und portugiesischen Sozialisten zu unterstützen (Axt, 1985, S. 83). Dabei ist zu berücksichtigen, dass führende sozialistische Parteien Westeuropas 1974 zunächst Karamanlis unterstützen. Gleichzeitig trat die PASOK der Sozialistischen Internationalen v.a. aus innerparteilichen Gründen nicht bei. Somit hat sich die PASOK, anders als in Spanien und Portugal ohne die Unterstützung der Parteien der Sozialistischen Internationalen, Axt meint, „[...]sogar gegen der Widerstand entwickelt“ (Axt, 1985, S. 84). Immer wieder betont die PASOK zu diesem Zeitpunkt, dass die Sozialdemokratie in Westeuropa nur eine Besitzstandswahrerin des Kapitalismus sei.

Bereits zwei Jahre später (1977) ändert sich die Diktion Andreas Papandreou dahingehend und er sucht immer stärker die Anerkennung der „Schwesternparteien“ und revidiert seine Position der scharfen Abgrenzung von diesen. Generell kann zu diesem Zeitpunkt ein grundlegender Wechsel der Positionen in der PASOK beobachtet werden. Papandreou hatte nach dem Wahlergebnis 1975 verstanden, dass er seinen Grundsätzen die „Schärfe“ nehmen musste, um auch breiteren Wählerschichten zugänglich zu sein. Zu diesem Zeitpunkt rückt die PASOK meiner Meinung nach bereits von ihrem grundsätzlichen „revolutionärem Charakter“ ab, auch wenn dies in der allgemeinen Diktion noch nicht zu bemerken ist.

Mit ihrem Wahlsieg 1981 sollte dieser Prozess noch verstärkt werden, wobei gerade das Verhältnis zu westeuropäischen Parteien auf eine neue Basis gestellt wurde, und im Gegenzug wurde garantiert, dass die griechische Außenpolitik keinerlei Annäherung an die Sowjetunion plane. Ein Beleg für die weitere Veränderung der Partei weg vom revolutionären sozialistischen hin zu einer realpolitischen sozialdemokratischen Positionierung ist, dass die PASOK in der Folge weder aus der EG noch aus der NATO austritt. Im Gegenteil sie verstärkt die Suche nach Bündnispartnern im Rahmen des Europäischen Parlaments und schließt sich der Fraktion der Sozialisten und Sozialdemokraten an. Sie ist aber auch weiteren Veränderungen unterworfen. Die bereits angesprochen starken ideologischen Trennlinien der Parteien, bedingen auch dass Wähler von Begriffen wie „sozialer Gerechtigkeit“ oder „sozialer Befreiung“ stark angesprochen werden. Dadurch fand die Ausweitung des Staates auf den Wirtschaftssektor und dessen interventionistischer Charakter durchaus auch die Zustimmung der Bevölkerung in den 80er Jahren. Dies sollte sich Anfang der 90er Jahre jedoch ändern. Die Wähler tendierten immer stärker zur freien Marktwirtschaft und hatten, auch in Folge der vielen Skandale den Glauben an die Allmacht des Staates verloren. Es hatte eine Gegenbewegung eingesetzt die nunmehr für eine Wirtschaftspolitik eintrat, die frei von ideologischen „Altlasten“ sein sollte.

Bis zu diesem Zeitpunkt lässt sich ein grundlegender Wandel hin zu einer sozialdemokratischen Partei westeuropäischen Typs, oder gar des „third way“ nur schwierig dokumentieren. Sowohl die Wahlkämpfe, wie auch das Selbstbild der PASOK sind vor allem auf die bewusst betriebene Spaltung der Gesellschaft in politische Rechte und Linke zurückzuführen. Auch entspricht ihre Ausrichtung auf die Figur des „Parteiführers“ hin und dessen zahlreiche übergebührlischen Kompetenzen und ihre klientelistische Ausformung, die das politische System Griechenlands nachhaltig geprägt haben und in dieser Form bis heute Bestand haben, eher „sozialistischer Tradition“.

Erst die nachlassende Gesundheit Andreas Papandreous machte den Weg frei für einen Vertreter aus den Reihen der sog „Delfine“ – dem Modernisierungsflügel der PASOK – Kostas Simitis. Simitis sollte umfassende und tief greifende Reformen, sowohl im Staatsapparat als auch in der eigenen Partei, durchführen. Sein dringlichstes Anliegen war die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und der Verbesserung des administrativen Systems. Er sollte auch ein neues ideologisches, wie auch programmatisches Konzept erarbeiten, das als „der Vierte

Weg zum Sozialismus“ beschrieben wurde. Dabei werden nach wie vor der Neoliberalismus und dessen Positionen eindeutig abgelehnt und aus den Ideen und Positionen der traditionellen Linken der Weg zu einer gerechten Gesellschaft erarbeitet. Allerdings wird auch der staatliche gelenkte bürokratische Zentralismus in Frage gestellt, da dieser zur Machtkonzentration des Staates und nicht zu einem Ausgleich der Kräfte geführt habe (Tsakalidis, 1999, S. 86). Als „Vierter Weg“ kann somit ein demokratischer Sozialismus der Gleichberechtigung zwischen dem einzelnen Individuum und dem gemeinschaftlichen Wohl gesehen werden. Simitis versuchte durch diese Maßnahme zu einer Politik der Inhalte zu wechseln und wegzukommen von den rhetorisch-polarisierenden Konfrontationen seines Vorgängers. Gleichzeitig behielt er jedoch die traditionellen politischen Werte der PASOK, wie Fairness, soziale Gerechtigkeit, Solidarität usw. bei. Allerdings werden sie nicht mehr als konkrete politische Zielsetzungen formuliert, sondern dienen vielmehr einer Traditionsbestimmung (Tsakalidis, 1999, S. 87).

Somit hat mit Simitis eine grundlegende Modernisierung und Anpassung der PASOK hin zu westeuropäischen Vorbildern stattgefunden, obwohl diese nicht vollkommen im Sinne einer englischen „*labour party*“ umgearbeitet wurde. Dabei muss festgehalten werden, dass dies aufgrund des Wahlerfolges der PASOK und der Tatsache, dass sie an der Regierung war zu diesem Zeitpunkt nicht notwendig war. Auch wäre eine derartige Veränderung während der Legislaturperiode gefährlich für den Zusammenhalt der Partei und die Arbeit der Regierung gewesen. Auf jeden Fall vollzieht sich erst mit Simitis und der besonderen Umstände seiner Wahl sowohl der inhaltliche wie auch organisatorische Wechsel hin zu einer sozialdemokratischen Partei.

Zusammenfassung

Das griechische politische System alternierte immer wieder zwischen Phasen, die kaum demokratische, ja sogar repressive Züge trugen und dem Ringen um Befreiung von selbigen. Nimmt man den Konflikt zwischen König Konstantin I. und Eleftherios Venizelos hinzu, und die daraus resultierende Spaltung Griechenlands in Venizelisten und Royalisten 1917, so ergibt die Kombination dieser Faktoren ein demokratiepolitisch explosives Gemisch, dessen Auswirkungen bis 1941 anhielten. Das Land wurde aufgerieben durch die anhaltenden Konflikte der beiden politischen Lager, in der Frage ob Monarchie oder Republik umzusetzen sei. Dieser Konflikt führte zwangsläufig zu einer Destabilisierung der damaligen demokratischen Strukturen. Im Rahmen dieses Konfliktes nahm man bewusst eine Politisierung des Offizierskorps in Kauf, da man immer wieder versuchte den Machtfaktor Militär auf seine Seite zu ziehen. Damit weckte man jedoch auch die Begehrlichkeiten des Militärs, das sich immer wieder zu Interventionen berufen fühlte. Danach führten zwei gescheiterte Putschversuche venizelistischer Offiziere nach der Wahlniederlage des venizelistischen Bündnisses zur Restauration der Monarchie und in der Folge setzte Ioannis Metaxas 1936 das Parlament außer Kraft und errichtete seine Diktatur, die bis 1941 andauern sollte. Hier setzte eine weitere Spaltung ein: Die Kommunistische Partei, die sich als einzige Metaxas' Regime entgegenstellte, wurde aufgelöst. 1941 besetzte die deutsche Wehrmacht Griechenland. Die Folge waren drei weitere Jahre Okkupation, bis zum Oktober 1944, die jedoch zu einer widersprüchlichen Situation führten. Der Widerstand gegen die Wehrmacht hatte zur Folge, dass das bisherige politische System in Frage gestellt wurde. Der nachfolgende Bürgerkrieg, der bis 1949 andauerte, hinterließ einmal mehr einen tiefen Riss in der griechischen Gesellschaft.

Die politische Rechte baute in den Nachwehen des Bürgerkriegs auf dem „Gespenst“ des Kommunismus mit Hilfe der USA als neuer „Schutzmacht“ ihre Macht aus. Vor diesem Hintergrund konnten sämtliche progressiven oder reformistischen Ideen angeprangert werden. Es fanden die autoritären Machtinstrumente wie Militärgerichte, Deportationen, Gesinnungszertifikate, die starke Beschneidung der rechtsstaatlichen Garantien beinahe 20 Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs noch Anwendung, womit die Verfolgung und Unterdrückung von Oppositionellen durch die Exekutive ermöglicht wurde. Dabei trat immer stärker das „Parakratos“ in Erscheinung – ein neben dem Staat existierender Machtapparat,

der sich aus Militärs und den mit ihnen kooperierenden Geheimdiensten und paramilitärischen Verbänden zusammensetzte, und der immer wieder in politische sowie gesellschaftliche Entwicklungen im Land intervenierte. Der „Antikommunismus“ wurde zur Ideologie erhoben, und über die künstlich am Leben gehaltene Spaltung wurde er als Kontrollinstrument missbraucht und diente gleichzeitig der Demobilisierung der Gesellschaft. Das System verstärkte die Spaltung des Landes, indem auf der einen Seite die „national Gesinnten“ standen, deren Loyalität zum restriktiven System nicht in Frage stand, und allen anderen, die das System auf irgendeine Weise in Frage stellten oder selbigem auch nur kritisch gegenüber standen und denen aus diesem Grund die gleichberechtigte Teilhabe am politischen aber auch am öffentlichen Leben verweigert wurde. Zwar fanden in diesem Zeitraum immer wieder Wahlen statt, die jedoch nicht als demokratisch bezeichnet werden können. Der Aufbau einer stabilen parlamentarischen Demokratie war unter diesen Voraussetzungen nicht möglich.

Mögliche Machtwechsel sollten auch mit Wahlmanipulationen durchgesetzt werden, weshalb 1961 eine weitere Verschärfung des politischen Klimas einsetzte und die Regierung Karamanlis einen massiven Vertrauensverlust erleben sollte. Dies war der Zeitpunkt, an dem es Georgios Papandreou gelang, in seiner Zentrumsunion (EK) die liberalen Parteien der Mitte zusammen zu führen, und sowohl die Legalität als auch die Machtbasis selbiger zu erschüttern. Die Wahlen 1963 und 1964 sollten diese Tendenz verstärken. Gleichzeitig setzte ein Mobilisierungsprozess ein, der zum einen auf die wirtschaftlichen Entwicklungen der 50er und 60er Jahre zurückzuführen ist, aber auch Ausdruck der Unzufriedenheit mit den herrschenden politischen Umständen war. Die Wahlsiege der Zentrumsunion wurden als Möglichkeit zur Veränderung und Reformierung angesehen, ohne das gesamte politische und gesellschaftliche System in Frage zu stellen. Versuchte der König als Hauptvertreter des herrschenden Establishments zunächst eine Einbindung von Papandreou, so mussten die versprochenen Reformen von Thron, Militär und der Rechten als Angriff auf die etablierten parastaatlichen Strukturen interpretiert werden. Dementsprechend scheiterte Papandreou am Versuch Justiz, Streitkräfte und Polizei unter seine Kontrolle zu bringen. Hierbei erwiesen sich die herrschenden Herrschaftsstrukturen als äußerst resistent.

Das Imperium schlug zurück. Der König entließ G. Papandreou, der wiederum den königstreuen Verteidigungsminister entlassen hatte, und sich selbst mit dieser Position

betrauen wollte. Im daraus resultierenden Machtkampf ging es ums „Eingemachte“- die Rechte und Befugnisse des Königs, wie auch seine Rolle im politischen System. Damit war die demokratische Krise besiegelt. Der König versuchte in der Folge über Minderheitskabinette, deren Mitglieder aus der Zentrumsunion heraus gekauft wurden, den demokratischen Schein zu wahren. Massendemonstrationen zugunsten der gestürzten Regierung wie auch Streiks waren die Folge. Die verfassungsmäßigen Institutionen waren zur Farce verkommen.

Das Militär konnte sich in diesem Konflikt ungesehen bewegen. Das Klima war von innerparteilichen Streitigkeiten und der Auseinandersetzung mit dem Monarchen und den Konservativen geprägt, die eine nochmalige Machtübernahme der Linken mit allen Mitteln zu verhindern suchten. Das Militär als Machtfaktor wurde nicht beachtet, was sich als verhängnisvoller Fehler herausstellen sollte. Ein friedlicher Machtwechsel hatte im politischen System der Nachkriegszeit somit nicht stattfinden können.

Die Obristen errichteten ein autoritäres Regime, auf der Basis von Patriotismus, Nationalismus und Ordnung. Es hatte keine umfassende Ideologie zu bieten. Terror und Einschüchterungen waren die Grundlage der Macht des Obristenregimes. Die Duldung und anfängliche Unterstützung der Putschisten durch den König sollten das Ende der Monarchie in Griechenland bedeuten. Das Militär selbst schaffte es nicht sich zu institutionalisieren oder seine Legitimation zu konsolidieren. Den daraus resultierenden Zerfallserscheinungen versuchte der Diktator Papadoupoulos mit zunehmenden Liberalisierungen zu begegnen, die ihren Höhepunkt in der „Zivilregierung“ Markezinis fand. Die folgenden Studentenunruhen waren Kennzeichen einer zunehmenden gesellschaftlichen Mobilisierung, die dem Obristenregime in Folge zum Verhängnis werden sollte. Die Antwort der Militärs mit massiver Repression sollte sich als unzureichend erweisen. Ihre völlige Delegitimierung sollte die Diktatur schließlich durch die militärische Intervention der Türkei im Zypernkonflikt erfahren. Geschlagen im eigenen Feld, erfolgte die „geordnete“ Machtübergabe an die politische Rechte in der Person Konstantinos Karamanlis, wodurch man sich ein noch gewisses Maß an Einfluss im Transitionsprozeß versprach.

Gehen wir noch einmal zurück zu den theoretischen Definitionen, die den Transformationsprozess beschreiben und klassifizieren sollen. Die gewaltfreie Lösung politischer und sozialer Probleme ist ein Zeichen für die Stabilität und Legitimität jedes

politischen Systems. Die Voraussetzungen dafür sind ein Fundamentalkonsens aller systemstützenden Gruppen über die Grundfragen der Gestaltung des öffentlichen Lebens. Die Integration von Minderheiten fördert zusätzlich die Akzeptanz des Systems. Systemsprengende Aktivität wird nur von nicht integrierten Teilen und Meinungen entwickelt. Legitimität erfährt ein politisches System durch die Anerkennung und aktive Unterstützung der politischen Institutionen, Werte und Normen durch Eliten und große Teile der Bevölkerung.

Darüber hinaus lässt sich zusammenfassen, je höher der Legitimitätsgrad ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit der Durchsetzung eines alternativen Systems. Mit diesem Faktor hängt die Leistungsfähigkeit eines Regimes zusammen, also die Kapazität Ressourcen zu mobilisieren und zu verteilen, und die unterschiedlichsten sozialen Strömungen zu integrieren und diesen politische Teilhabe zu ermöglichen. Jedes politische System ist permanent von systeminhärenten Veränderungen betroffen, die seine Anpassungsfähigkeit auf die Probe stellen. Davon sind neben dem System als Ganzes weitere Subsysteme wie Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Somit ist eine Transformation die Veränderung eines Systems als Ganzes und/oder seiner Subsysteme. Ein stabiles System muss daher versuchen, Entwicklungen und Veränderungen permanent zu integrieren. Dies gelingt solange, wie die Kosten zur Systemerhaltung niedriger sind als die zur Systemüberwindung und der Errichtung eines neuen, anders strukturierten Systems. Demnach dürfen die zur Stabilitäterhaltung des Systems benötigten Kosten keinesfalls die Ressourcen übersteigen. Ein Systemwandel erfolgt somit, wenn das alte System aus der Transformation heraus die enormen Kostensteigerungen nicht mehr absorbieren kann. Hier stellt sich die Frage inwieweit die Ressourcen erschöpft sind und ob die Akteure bereit sind sich für den Systemerhalt einzusetzen.

Die bereits angesprochene Kosten-Nutzen-Erwägung der Akteure führt somit über den Systemwandel zum Systemwechsel. In diesem Sinne ist der Systemwechsel als Übergang von der autoritären Diktatur zum demokratischen Repräsentativsystem definiert. Wendet man die Definition von O'Donnell/Schmitter (O'Donnell, Schmitter, & Whitehead, 1986, S. 6) an, so ist der Übergang jene Etappe, die von der Krise und dem Zusammenbruch des autoritären Regimes nach der Neudefinition der politischen Spielregeln zur Gründung des neuen Regimetyps der Demokratie führt. In Griechenland vollzog sich der Übergang in Form einer

Redemokratisierung, deren Ziel die Überwindung der Diktatur war. Diese qualitativen Systemveränderungen basierten auf dem Unvermögen der Diktatur sich den systemimmanenten und externen Veränderungen anpassen zu können.

Karamanlis war wie schon erwähnt die Person, die sowohl von der Bevölkerung als auch von der diktatorischen Elite beauftragt worden war den Systemwechsel umzusetzen. Dabei half ihm auch die externe Krise mit der Türkei, indem sie eindämmend auf das bestehende Mobilisierungs- und Radikalisierungspotential wirkte. Auch setzte er mit seinen Entscheidungs- und Handlungskompetenzen in der Rolle eines „*modernizing monarch*“ eine Klammer zwischen modernisierenden und traditionellen Elementen. Dementsprechend ist die Rolle von Karamanlis in der Transformationsphase sowie der weiteren Etablierung und Konsolidierung der Institutionen unumstritten. Einen Punkt möchte ich herausstreichen, der für die Konsolidierung der griechischen Demokratie besonders wichtig war: die Abschaffung des Königs durch demokratische Willensbildung. Dadurch war ein grundlegender Faktor politischer Instabilität in Griechenland endgültig entfernt worden.

Die Erfahrungen mit der Militärdiktatur hatten zur Folge, dass sich die tradierten Einflüsse von Militär und König auf die griechische Politik völlig delegitimiert hatten und eine Wiederholung des politischen Systems der Nachkriegszeit somit ausgeschlossen war. Erstmals kam es zur Partizipation der Linken am politischen System. Dies geschah ohne die Untergrabung durch parastaatliche Strukturen, obwohl bis 1981 immer wieder Putsche geplant, jedoch meistens schon im Vorfeld aufgedeckt und verhindert werden konnten.

In dieser Arbeit wurde versucht, die Panhellenische Sozialistische Bewegung und ihre demokratische Entwicklung und Etablierung in Griechenland nach der Militärdiktatur zu dokumentieren. Daher wurden die programmatischen Vorstellungen, die Wählerschaft der Partei sowie ihre innere Struktur untersucht. Gleichzeitig wurden sowohl die politischen als auch die sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen dargestellt, die zur Entwicklung der PASOK beigetragen haben. Die PASOK spielte eine besondere Rolle in der demokratischen Konsolidierung Griechenlands.

Zu Beginn dieser Arbeit wurde die Frage nach der Henne und dem Ei gestellt und was zuerst da war. Ob der Erfolg der PASOK die Konsolidierung beeinflusst hat oder umgekehrt? Beides ist der Fall. Die PASOK trat als sozialistisch marxistische Partei an, und konnte bereits bei

ihrem ersten Antreten 13% erreichen. Damit war jedoch klar, dass die Partei noch grundlegende Schritte setzen musste, um nachhaltigen Erfolg erzielen zu können. Die PASOK begann ihre Strukturen aufzubauen, Bezirksparteien wurden gegründet, Mitglieder geworben. Die Kommunikation wurde angepasst, und war weit weniger extrem und „links“ als zu ihrer Gründung. Sie begann sich im Sinne moderner „*catch-all-parties*“ zu organisieren, und zwang die ND ebenfalls dasselbe zu tun, zumindest organisatorisch. Und sie schaffte es schließlich dem gesellschaftlichen Verlangen nach Wandel Ausdruck zu verleihen und soweit dieser Begriff, auch absichtlich, gefasst worden sein mag, bedeutete er vor allem eines: die Verschiebung der Macht, die seit der Nachkriegszeit fest in rechter konservativer Hand war, nach links. Dies war der eigentliche Test, der die Konsolidierung der Demokratie zu einem Abschluss bringen sollte. Der Machtwechsel fand im Rahmen demokratischer Willensbildung eindeutigen Niederschlag. Erstmals konnte eine sozialistische Partei die Regierung in Griechenland stellen.

Im Gegensatz zur oben beschriebenen, modernen externen Struktur weisen die beiden Großparteien ND und PASOK zusammen bis heute jedoch parteiinterne Merkmale auf, die der Entwicklung und Qualität der griechischen Demokratie abträglich sind. Ein wesentliches Merkmal ist das Verhältnis zwischen Parteien und Gesellschaft, deren Rolle als Vermittler bei der politischen Willensbildung zu sehen ist. Durch ihre starke Ausrichtung auf Führerpersönlichkeiten vernachlässigen sie sowohl ihr programmatisches als auch ihr organisatorisches Profil. Die Ämterpatronage ist sehr stark ausgeprägt, was immer wieder in der Besetzung der staatlichen Bürokratie seinen Niederschlag findet. Um seine eigene Wählerschaft zu versorgen, werden immer wieder Posten nach den eigenen Befindlichkeiten besetzt und Strukturen parallel zu bereits vorhandenen aufgezogen. Dadurch entsteht ein aufgeblähter, schlecht organisierter und schwer zu kontrollierender Staatsapparat, der wiederum das Vertrauen der Gesellschaft in die Institutionen abschwächt.

Die Demokratie in Griechenland hat sich trotz dieser Belastungen als stabil und nachhaltig konsolidiert erwiesen. Auch konnten eventuelle Systemkrisen weiterhin ohne Rückfall in ein autoritäres Regime überwunden werden²⁴. Alle Machtwechsel haben nach dem Zusammenbruch der Militärdiktatur demokratisch stattgefunden und es wurde bis herauf

²⁴ Siehe Skandaljahr „Schmutziges 1989“

zur Gegenwart, soweit verfassungsmäßig kein Einwand bestand, allen Akteuren die Möglichkeit der politischen Teilhabe gegeben.

Abkürzungsverzeichnis

ADEDY	Ανώτατη Διοίκηση Ενώσεων Δημοσίων Υπαλλήλων [ΑΔΕΔΥ] - Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
DE	Δημοκρατική Ένωσης [ΔΕ] – Demokratische Union
DSK	Δημοκρατικό Συνδικαλιστικό Κίνημα [ΔΣΚ] – Demokratische-Gewerkschafts-Bewegung
EAM	Εθνικό Απελευθερωτικό Μέτωπο [ΕΑΜ] –Nationale-Befreiungs-Front
EK	Ένωσης Κέντρου [ΕΚ] - Zentrums Union
ELAS	Ελληνικός / Εθνικός Λαϊκός Απελευθερωτικός Στρατός [ΕΛΑΣ] - Griechische Volksbefreiungsarmee
EP	Εθνική Παράταξις“ [ΕΠ] - Nationale Lager
ERE	Εθνική Ριζοσπαστική Ένωση [ΕΡΕ] – Nationale Radikale Union
ERT	Ελληνική Ραδιοφωνία Τηλεόραση [ΕΡΤ] – Griechisches Radio und Fernsehen
ES	Ελληνικός Συναγερμός [ΕΣ] – Hellenische Sammlung
GSEE	Γενική Συνομοσπονδία Εργατών Ελλάδος [GSSE] – Griechischer Gewerkschaftsverband
IPE	Ηνωμένη Παράταξη Εθνικοφρόνων - Vereintes Bündnis der Nationalgesinnten
KKE	Κομμουνιστικό Κόμμα Ελλάδας [ΚΚΕ] - Kommunistische Partei Griechenlands
ND	Νέα Δημοκρατία [ΝΔ] - Neue Demokratie
ODEPES	Οργανισμός Διαχείρισεως Ειδικών Πόρων Εργασιακών Σωματείων [ODEPES] – Organisation zur Verwaltung der Gewerkschaftsbeiträge
PASEGES	Πανελλήνια Συνομοσπονδία Ενώσεων Αγροτικών Συνεταιρισμών – [ΠΑΣΕΓΕΣ] - Panhellenischer Zentralverband der Unionen landwirtschaftlicher Genossenschaften
PASOK	Πανελλήνιο Σοσιαλιστικό Κίνημα [ΠΑΣΟΚ] – Gesamtgriechische Sozialistische Bewegung, PASOK / PA.SO.K.
SEB	Σύνδεσμος Ελληνικών Βιομηχανιών [ΣΕΒ] – griechische Industriellenvereinigung

SEO	Συντονιστική Επιτροπή Οργανώσεων [ΣΕΟ] – Koordinierende Verbandskommission
Synaspismos	Συνασπισμός της Αριστεράς των κινημάτων και της Οικολογίας [Συνασπισμός] - Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie

Literaturverzeichnis

- Axt, H. J. (1985). *Die PASOK. Aufstieg und Wandel des verspäteten Sozialismus in Griechenland*. Bonn: Europa Union Verlag.
- Bakojannis, P. (1972). *Militärherrschaft in Griechenland. Eine Analyse zu Parakapitalismus und Spätfaschismus*. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Verlag W. Kohlhammer.
- Beyme, K. v. (2000). *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Beyme, K. v. (1995). Theorie der Politik im Zeitalter der Transformation. In K. v. Beyme, & C. Offe (Hrsg.), *Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft* (Bd. 26, S. 9-29). Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH.
- Buck, K. H. (1979). Die Panhellenische Sozialistische Bewegung - PASOK. In W. Peterson, & K. Schmitz (Hrsg.), *Sozialdemokratische Parteien in Europa*. Bonn: Neue Gesellschaft.
- Buck, K. H. (1979). Die Panhellenische Sozialistische Bewegung - PASOK. In W. Peterson, & K. Schmitz (Hrsg.), *Sozialdemokratische Parteien in Europa*. Bonn: Neue Gesellschaft.
- Burton, M., & Higley, J. (1998). Political Crisis and Elite Settlement. In M. Dogan, & J. Higley (Hrsg.), *Elites, Crises, and the Origins of Regimes*. New York: Rowman and Littlefield Publishers, Inc.
- Carothers, T. (Januar 2007). How Democracies Emerge. The "Sequencing" Fallacy. *Journal of Democracy*, 18 (1), S. 12-27.
- Dahl, R. A. (1972). *Polyarchy: Participation and Opposition*. New Haven: Yale University Press.
- Diamandouros, N. P. (1991). Regime Change and the Prospects for Democracy in Greece: 1974-1983. In G. O'Donnell, & P. C. Schmitter (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule: Southern Europe* (2. Ausg., S. 138- 164). Baltimore, London: John Hopkins University Press.
- Diamandouros, N. P. (1984). Transition To and Consolidation Of, Democratic Politics in Greece, 1974 - 1983. A Tentative Assessment. In G. Pridham (Hrsg.), *The New Mediterranean Democracies: Regime Transition in Spain, Greece and Portugal*. London: Frank Cass & Co. Ltd.

- Diamandouros, N. (1991). PASOK and State-Society Relations in Post-Authoritarian Greece (1974-1988). In A. D. Caratzas (Hrsg.), *Greece on the Road to Democracy: From the Junta to PASOK 1974-1986* (Bd. 5, S. 15-36). New Rochelle, New York: Jan Press Inc.
- Diamandouros, N., & Gunther, R. (Hrsg.). (2001). *Parties, Politics and Democracy in the New Southern Europe*. Baltimore: The John Hopkins University Press.
- Diepgen, U. (1980). Massenmedien. In K.-D. Grothusen (Hrsg.), *Südosteuropa - Handbuch* (Bd. III, S. 400-424). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Fakiolas, R. (1987). Interest Groups: an Overview. In K. Featherstone, & D. K. Katsoudas (Hrsg.), *Political Change in Greece. Before and After the Colonels* (S. 174-188). London, Sydney: Croom Helm Ltd.
- Freris, A. F. (1986). *The Greek Economy. In the Twentieth Century*. London, Sydney: Croom Helm Ltd.
- Gaitanides, J. (1980). *Griechenland ohne Säulen*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Gefou-Madianou, D. (May 1997). The Social Production of Indifference: Exploring the Symbolic Roots of Western Bureaucracy. *Journal of Modern Greek Studies* (15), S. 137-140.
- Gemtos, P. (1980). Der Beitritt Griechenlands in die Europäische Gemeinschaft aus wirtschaftlicher Sicht. In A. E. Ott, & N. Wenturis (Hrsg.), *Griechenland vor dem Beitritt in die Europäische Gemeinschaft. Reihe Europäisches Forum* (Bd. III, S. 147-183). Frankfurt am Main: Verlag Peter D. Lang GmbH.
- Gollomazou - Papas, C. (1991). The General Confederation of Workers of Greece: A Case of an Intermediary Within an Authoritarian Licensed Corporatist Practice? In S. Vryonis (Hrsg.), *Greece on the Road to Democracy: From the Junta to PASOK 1974-1986* (S. 247-242). New Rochelle, New York: Aristide D. Caratzas.
- Grothusen, K. -D. (1980). Verfassung Griechenlands vom 9. Juni 1975. In *Südosteuropa - Handbuch* (S. 577-624). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Hering, G., Demetriou, G., & Kelpanides, M. (1980). Politisches System. In K. D. Grothusen (Hrsg.), *Südosteuropa - Handbuch. Griechenland* (Bd. III, S. 54-121). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- Herzfeld, M. (1993). *The Social Production of Indifference: Exploring the Symbolic Roots of Western Bureaucracy*. Chicago and London: The University of Chicago Press.
- Huntington, S. P. (1993). *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. 4. (J. J. Series, Hrsg.) Oklahoma: University of Oklahoma Press.
- Ignazi, P., & Ysmal, C. (Hrsg.). (1998). *The Organization of Political Parties in Southern Europe*. Westport: Praeger.
- Kallis, I. (1999). *Griechenlands Weg nach Europa. Das Ringen um demokratische Strukturen im 20. Jahrhundert*. Münster: Theophano Verlag.
- Katsanevas, T. (1985). Trade Unions in Greece. *Relations industrielles*, 40 (1), S. 99-114.
- Katsoudas, D. K. (1987). The Constitutional Framework. In K. Featherstone, & D. K. Katsoudas (Hrsg.), *Political Change in Greece. Before and after the Colonels*. (S. 14-33). London, Sydney: Croom Helm Ltd.
- Katsoulis, I. (1981). Griechenland. In J. Raschke (Hrsg.), *Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte - Programm - Praxis. Ein Handbuch*. (S. 215-237). Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Kirchheimer, O. (1965). Der Wandel des Westeuropäischen Parteiensystems. *Politische Vierteljahresschrift*, 6 (1), S. 20 - 41.
- Korisis, H. (1980). *Das politische System Griechenlands. Strukturprobleme einer Demokratie*. Hersbruck: Pfeiffer Verlag.
- Korisis, H., & Lepszy, N. (1991). Die Nea Demokratie Griechenlands (ND). In J. v. Veen (Hrsg.), *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa 3. Italien, Griechenland* (S. 207-281). Paderborn, München, Wien, Zürich: Verlag Ferdinand Schöningh.
- Kossiniari-Vallianou, V. (19. 6 1985). Die Panhellenische Sozialistische Bewegung "PASOK". Untersuchung zur geschichtlichen Entwicklung, Organisation, Ideologie und Politik der PASOK von 1974-1984. München: Ludwig-Maximilian Universität München.
- Luhmann, N. (2001). *Soziale Systeme. Grundriss einer Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Lyrantzis, C. (1984). Political Parties in Post Junta Greece: A Case of Bureaucratic Clientelism? In *The New Mediterranean Democracies: Regime Transition in Spain, Greece and Portugal*. London: Frank Cass & Co. Ltd.
- Manousakis, G. (11. 2 1981). Der Aus- und Wiedereintritt Griechenlands in die militärische Integration der NATO. *Beiträge zur Konfliktforschung*, S. 19-32.
- Merkel, W. (1997). Einleitung. In W. Merkel, & E. Sandschneider (Hrsg.), *Systemwechsel 3* (S. 9-22). Opladen: Leske u. Budrich.
- Merkel, W. (2007). Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. *Politische Vierteljahresschrift*, 48 (3), S. 413-433.
- Merkel, W. (1999). *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Opladen: Leske & Budrich.
- Merkel, W. (1996). Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften. (K. v. Beyme, & C. Offe, Hrsg.) *Politische Vierteljahresschrift. Politische Theorien in der Ära der Transformation. Sonderheft. (26)*, S. 30-58.
- Merkel, W., & Croissant, A. (December 2004). Conclusion: Good and Defective Democracies. *Democratization*, 11 (5), S. 199-213.
- Merkel, W., & Puhle, H. J. (1999). *Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Morlino, L. (1998). *Democracy between Consolidation and Crisis. Parties, Groups and Citizens in Southern Europe*. New York: Oxford University Press.
- Morlino, L. (1995). Political Parties and Democratic Consolidation in Southern Europe. In R. Gunther, N. P. Diamandouros, & H.-J. Puhle, *The Politics of Democratic Consolidation: Southern Europe in Comparative Perspective*. Baltimore.
- Mouzelis, N. (1987). Continuities and Discontinuities in Greek Politics - from Eleftherios Venizelos to Andreas Papandreou:. In K. Featherstone, & D. K. Katsoudas (Hrsg.), *Political Change in Greece. Before and After the Colonels* (S. 271-287). London, Sydney: Croom Helm Ltd.

O'Donnell, G., Schmitter, P., & Whitehead, L. (1986). *Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*. Baltimore, Maryland: Johns Hopkins University Press.

Offe, C. (2003). *Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen*. Frankfurt, New York: Campus Verlag.

Pridham, G. (2000). Democratization in the Balkan Countries: from theory to practice. In G. Pridham, & T. Gallagher (Hrsg.), *Experimenting with Democracy. Regime Change in the Balkans* (S. 1-23). London: Routledge.

Pridham, G. (Hrsg.). (1984). *The New Mediterranean Democracies: Regime Transition in Spain, Greece and Portugal*. London: Frank Cass and Company Ltd.

Przeworski, A. (1991). *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. New York: Cambridge University Press.

Puhle, H. J. (1997). Politische Parteien und demokratische Konsolidierung in Südeuropa. In W. Merkel, & E. Sandschneider (Hrsg.), *Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess*. Opladen: Leske & Budrich.

Puhle, H. J., Diamandouros, N. P., & Gunther, R. (1995). Introduction. In N. P. Diamandouros, H. J. Puhle, & R. Gunther (Hrsg.), *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative* (S. 1-32). Baltimore, Maryland: The John Hopkins University Press.

Sartori, G. (1994). *Comparative Constitutional Engineering. An Inquiry into Structures, Incentives and Outcomes*. Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London: Macmillan Press.

Schmidt, M. G. (2006). *Demokratietheorien. Eine Einführung*. (3.überarb. u. erw. Ausg.). Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Spengler, B. (1995). Systemwandel in Griechenland und Spanien. Ein Vergleich. In J. Domes (Hrsg.), *Saarbrücker Politikwissenschaft* (Bd. 20). Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien: Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften.

Spourdalakis, M. (1988). *The Rise of the Greek Socialist Party*. London, New York: Routledge.

Spyropoulos, P. C. (1981). *Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Griechenland unter Berücksichtigung der orthodoxen Kirche*. Athen: Dissertation.

Strobel, M. (1993). *Machtwechsel in Griechenland: eine Analyse der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PA.SO.K) zwischen 1974 - 1989*. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.

Tsakalidis, G. (1999). Das politische System Griechenlands nach 1974. In A. f.-u.-L. e.V. (Hrsg.), *Europa 2020. Studien zur interdisziplinären Deutschland- und Europaforschung* (Bd. 17). Münster: LIT Verlag.

Tzermias, P. (1999). *Neugriechische Geschichte. Eine Einführung* (3. überarb. u. erw. Ausg.). Tübingen, Basel: A. Francke Verlag.

Veremis, T. (1997). *The Military in Greek Politics*. London: Hurst and Company.

Voigt, W. (1980). Ergebnisse der Wahlen und Volksabstimmungen. In K. D. Grothusen (Hrsg.), *Südosteuropa-Handbuch. Band III. Griechenland* (S. 663-677). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Voigt, W. (1980). Ergebnisse der Wahlen und Volksabstimmungen. In K. D. Grothusen (Hrsg.), *Südosteuropa-Handbuch. Griechenland* (Bd. III, S. 663-677). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Vryonis, S. J. (Hrsg.). (1991). *Greece on the Road to Democracy: From Junta to PASOK 1974 - 1986*. New Rochelle, New York: Aristide D. Caratzas.

Wenturis, N. (1984). *Das politische System Griechenlands. Eine soziopolitische Analyse*. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Verlag W. Kohlhammer.

Woodhouse, C. M. (1977). *Modern Greece: A Short History*. London: Faber and Faber Limited.

Woodhouse, C. M. (1985). *The Rise and Fall of the Greek Colonels*. London, Toronto, Sydney, New York: Granada Publishing Limited.

Zervakis, P. (1999). Das politische System Griechenlands. In W. Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske und Budrich.

Βούλγαρης, Γ. (2002). *Η Ελλάδα της Μεταπολίτευσης 1974 - 1990* (Bd. 2). Αθήνα: Εκδόσεις Θεμέλιο & Γιάννης Βούλγαρης.

Βούλγαρης, Γ. (2002). *Η Ελλάδα της Μεταπολίτευσης 1974 - 1990*. Αθήνα: Εκδόσεις Θεμέλιο & Γιάννης Βούλγαρης.

Δρεττάκης, Μ. (1982). *Βουλευτικές Εκλογές 1974 1977 1981. Μια Συγκριτική Ανάλυση*. Αθήνα.

Λούλης, Γ. (2003). Τα Είκοσι Χρόνια που Άλλαξαν την Ελλάδα: Τι Φεύγει, τι Έρχεται και οι Επόμενες Εκλογές. Αθήνα: Α.Α. Λιβάνη.

Παπανδρέου, Α. (1976). *Από το ΠΑΚ στο ΠΑΣΟΚ*. Αθήνα: Λιβάνης.

Σβώλος, Α. (1998). *Τα Ελληνικά Συντάγματα 1822 - 1975/1986*. Αθήνα: Στοχαστής.

Τσουλφίδης, Λ. (2003). *Οικονομική Ιστορία Ελλάδας*. Θεσσαλονίκη: Εκδόσεις Πανεπιστημίου Μακεδονίας.

Internetquellen

Carothers, T., Snyder, J., & Fukuyama, F. (30. 1 2007). *Debating the "Sequencing Fallacy"*.

Abgerufen am 21. 7 2008 von Carnegie Endowment for International Peace:

[http://www.carnegieendowment.org/events/index.cfm?fa=eventDetail&id=953&&prog=zgp
&proj=zdl](http://www.carnegieendowment.org/events/index.cfm?fa=eventDetail&id=953&&prog=zgp&proj=zdl)

Kirchheimer, O. (1965). *Confining Conditions and Revolutionary Breakthroughs*. Abgerufen

am 21. 7 2008 von JSTOR: <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/1953216.pdf>

Rustow, D. (1970). *Transitions to Democracy: Toward a Dynamic Model*. Abgerufen am 21. 7

2008 von JSTOR: <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/421307.pdf>

Skriver, A. (8. 12 1972). *Nicht alles ist Faschismus. In der parakapitalistischen Gesellschaft*

Griechenlands ersetzt das Militär die Massenbasis. Abgerufen am 3. 6 2008 von ZEIT ONLINE:

<http://www.zeit.de/1972/49/Nicht-alles-ist-Faschismus>

Π.Α.Σ.Π. ΠΟΛΙΤΙΚΩΝ ΕΠΙΣΤΗΜΩΝ. (2008). Abgerufen am 10. 9 2008 von

http://www.pasppolitikou.gr/news/index.php?option=com_content&task=view&id=64&Itemid=50

ΠΑΣΕΓΕΣ. (2008). Abgerufen am 26. 8 2008 von Διοίκηση-Οργανωτική Δομή:

<http://www.paseges.gr/portal/cl/co/c44b8226-f222-42bc-81d4-3b10dde40636>

Abstract

In der vorliegenden Arbeit behandle ich den demokratischen Konsolidierungsprozess des griechischen politischen Systems nach der Militärdiktatur 1974 und auf welche Weise die Etablierung der politischen Parteien und der „Panhellenischen Sozialistischen Partei“ im Besonderen dazu beigetragen hat. Dem Militärputsch in Griechenland gingen spezifische politische Entwicklungen voraus, die schließlich in der sog. Obristendiktatur ihren unrühmlichen Höhepunkt fanden: nach dem Zweiten Weltkrieg war das Land tief gespalten zwischen politischer Rechter und Linker, das Resultat des verheerenden Bürgerkriegs (1946-1949), der, nach der deutschen Okkupation, die Angst des Westens vor der „kommunistischen Übernahme“ folgte.

Um diese zu verhindern, wurden die äußerst erfolgreich im Widerstand gegen die deutsche Wehrmacht kämpfenden Kommunisten mit Hilfe von deutschen Kollaborateuren unter englischer Schirmherrschaft verfolgt und schließlich besiegt. Die Linke wurde verboten und die Kommunisten konnten weiterhin nur noch im Untergrund politisch aktiv sein. Oberhaupt des griechischen Staates war nunmehr König Paul I. dem 1964 sein Sohn Konstantin II. nachfolgte.

Die Rolle des Königshauses in Griechenland war in der Folge keine rühmliche. Der König versuchte seine Macht mit allen Mitteln auszuweiten, was vor allem zu Lasten des ohnehin schon fragilen politischen Systems ging. Er war auch für die Entlassung Georgios Papandreous aus der Regierung am 15. Juli 1965 verantwortlich, die zu einer Verfassungskrise führte und schließlich jene labilen gesellschaftlichen Umstände hervorrief, die den Obristen als Grund ihres Putsches 1967 dienen sollte.

Mit dem Sturz der Militärdiktatur 1974, und der demokratischen Konsolidierung des politischen Systems, traten zum ersten Mal in der Geschichte der griechischen Republik zwei Parteien an, die bisher von der politischen Teilhabe ausgeschlossen waren: die Kommunistische Partei und die neugegründete Sozialistische PA.SO.K. Diese war gezwungen, um sich im politischen System zu etablieren, organisatorisch, wie auch strukturell politische Grundlagenarbeit zu leisten. Sie warb Mitglieder, baute ihre Strukturen bis hinunter zu den Ortsgruppen innerhalb sehr kurzer Zeit aus, und zwang gleichzeitig auch die mit absoluter Mehrheit regierende Konservative ND dasselbe zu tun. Dieser Prozess ist meiner Meinung

nach grundlegend dafür verantwortlich, dass sich das demokratische System Griechenlands in sehr kurzer Zeit stabilisieren konnte.

Gerade die PA.SO.K sollte schließlich zum Symbol des gesellschaftlichen wie auch politischen Wandels werden, der mit ihrem Wahlsieg bei den Parlamentswahlen 1981 ihren Höhepunkt fand. Dies war gleichzeitig auch der „Konsolidierungstest“ für die Demokratie in Griechenland. Der grundlegende und erstmalige Machtwechsel von der politischen Rechten zur Linken, verlief „friedlich“, wie auch alle anderen zukünftigen Wahlen aber auch Systemkrisen stets ohne Gefahr militärischer Intervention überwunden werden konnten.

English Abstract

This paper analyzes the process of the democratic consolidation of the Greek political system after the fall of the military dictatorship in 1974 and to what extent the founding of the political parties in general and the Pan-Hellenic Socialist Party (PASOK) in particular was a contributing factor. After the Second World War the country was divided sharply between the political Right and Left as a result of the devastating civil war which grew out of the West's fear of a "Communist invasion". To prevent this, the Communists, who had played an important role in the resistance against the German army, were persecuted and killed by the English ruling powers with the help of German collaborators. The Left was banned and the Communists could only continue their political activities underground. The Greek Head of State at this point was King Paul I, followed by his son Konstantin II. The subsequent role of the monarchy is hardly praiseworthy. The King attempted to extend his power by all means possible, burdening the already fragile political system. He was also responsible for dismissing Georgios Papandreou from the government on 15 July 1965, which led to a constitutional crisis and created the volatile social circumstances for the military coup in Greece which had its infamous climax in the so-called "Regime of the Colonels".

With the fall of the military dictatorship and the democratic consolidation of the political system, two parties which had been previously excluded from taking part entered the political stage for the first time in the history of the Greek Republic: the Communist party and the newly-founded PASOK. In order to establish itself in the political system, the PASOK had to ensure that it had solid organizational as well as political foundations. It recruited members and extended its structures to local levels within a very short space of time, simultaneously forcing the Conservative ND, which was at that time in the government with an absolute majority, to do the same. This paper argues that this process was fundamentally responsible for the unusually rapid stabilization of democracy in Greece. The PASOK can thus be seen as a symbol of both social and political change, emblemized by their victory in the national elections of 1981 which also formed the "test" of democratic consolidation in Greece. The first fundamental shift of political power from Right to Left was a peaceful one and set the precedent not only for all future elections but also for later crises in the system to be overcome without resorting to military intervention.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Michael Glatz

Geburtsdatum 11.12.1975

Staatsbürgerschaft Österreich

Lebenslauf

- 2007 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Verein Zeitraum für die Umsetzung des Projekts „First Aid in Integration“ im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „Equal“.
- 2006 Controlling der inhaltlichen wie auch finanziellen Unterlagen der um Ziel 3-Förderungen eingereichten Projekte.
- 2003-2006 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der FAA-Holding in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, zuständig für Projektberatung, Projektmanagement, Controlling für die Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative „Equal“ in Österreich. Zuständig für 15 Projekte im Bereich „Reintegration in den Arbeitsmarkt“.
- 2002-2005 Trainertätigkeit für die Bildungsabteilung der Gewerkschaft der Eisenbahner (GdE), Erarbeitung und Durchführung des Bildungsschwerpunktes „Politische Bildung“ in Zusammenarbeit mit Dr. Brigitte Pellar.
- Erarbeitung und Durchführung des Bildungsschwerpunktes „Gegen Rechts“ und „Geschichte der Arbeiterbewegung“ für die Jugendabteilung der Gewerkschaft der Eisenbahner.
- 1994-2000 Konzertfachstudium Fagott am Konservatorium der Stadt Wien
- 1994 Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien in Kombination mit Neogräzistik und Byzantinistik (später Fächerkombination mit zusätzlich Deutsch als Fremdsprache)
- 1993 Matura am Stiftsgymnasium St. Paul im Lavanttal

Sprachkenntnisse

Deutsch (Muttersprache)

Griechisch (Muttersprache)

Englisch (fließend)